Hugenberg und die Hitler-Diktatur

Heft 1

Ein Beitrag zur Verteidigung von Dr. Alfred Hugenberg

in dem Entnazifizierungsverfahren

vor dem Berufungsausschuß Detmold 1949

Vorgelegt durch den Verteidiger

Dr. jur. Borchmeyer

Rechtsanwalt und Notar in Recklinghausen

Verfasser: Lothar Steuer

Bearbeiter der Anlagen: Dr. Otto Meesmann

1949

MAXIMILIAN-VERLAG · DETMOLD

Inhalt von Heft 1

	Seite
Einleitung	1
A. Die Entwicklung bis 1932	2
B. Die Lage unter der Diktaturgefahr	13
C. Die Kabinettsbildung im Januar 1933	24
D. Allgemeine Angriffe gegen Hugenberg	40
E. Zusammenfassung	50
Anlagen I—X	55—94

Nachdruck von Auszügen mit Quellenangabe gestattet

Hugenberg und die Hitlerdiktatur

Suche nach Schuldigen

Es ist nicht überraschend, daß in der deutschen Publizistik nach 1945 die „Suche nach Schuldigen" eine große Rolle spielt, nach Personen also, denen man eine politische, moralische und womöglich strafrechtliche Verantwortung dafür aufbürden möchte, daß Hitler und seine Partei das deutsche Volk unter die Diktatur zwingen und dann die ganze Welt in die Vernichtungskatastrophe des zweiten Weltkrieges stürzen konnten.

Wie weit die „Suche nach Schuldigen" auf begreiflichen, aber nicht objektiv urteilenden Vergeltungsdrang zurückgeht und wie weit mit ihr außen- oder innenpolitische Konjunkturerwägungen verbunden sind, die ihr den Charakter sachlicher Geschichtsbetrachtung nehmen, das soll hier unter allgemeinen Gesichtspunkten nicht näher behandelt werden. Gegenstand der nachfolgenden Untersuchung ist lediglich die Frage nach der Berechtigung jener Angriffe, die in diesem Zusammenhang gegen Geheimrat Dr. Hugenberg gerichtet werden. Daß er Nationalsozialist gewesen sei, kann man ihm unmöglich vorwerfen. Aber man beschuldigt ihn, „Hitlers Steigbügelhalter" gewesen zu sein. Er soll durch seine ganze Politik die „Weimarer Republik" untergraben und die „Geldsackinteressen der Großindustrie und des Großgrundbesitzes" vertreten haben und deshalb — womöglich noch verkoppelt mit dem Wunsche nach Entfesselung eines Eroberungskrieges — die Diktatur Hitlers gewollt oder wenigstens ungewollt mitherbeigeführt haben. „Gewollt" — das widerspräche, wie nachstehend erwiesen wird, dem tatsächlichen Verlaufe der Entwicklung. „Ungewollt" — selbst wenn das mit Recht unterstellt würde, so wäre es jedenfalls keine „Belastung".

War Hugenberg ein „Steigbügelhalter"?

Die Verfechter dieser Behauptung begnügen sich vielfach nicht damit, die politische Voraussicht Hugenbergs, seine Menschenkenntnis und sein taktisches Geschick als Parteiführer zu kritisieren. Dann würden sie ihm begründet oder unbegründet „Fehler" vorhalten, die bekanntlich hinterher leichter festzustellen sind, als sie im voraus erkennbar waren. Eine solche auf historisch-politischer Forschung aufgebaute Kritik, die billigerweise dann auch die Tätigkeit anderer vor 1933 im politischen Leben führender Männer — nicht nur rechts, sondern auch in der Mitte und nicht zuletzt auch links — auf „Fehler" durchleuchten müßte, genügt den Angreifern meistens nicht. Sie plädieren nicht auf „Irrtum" sondern auf „Schuld". Um diese These zu unterstützen, behauptet man, Hugenberg habe vor 1933 Hitler und seine Partei absichtlich groß gemacht — z. B. durch das Volksbegehren 1929 und durch die Harzburger Tagung 1931, durch Brünings Sturz und durch „Geburtshilfe für Papen" 1932, durch Presse und Film usw. —, er habe ihm im Januar 1933 planmäßig zur Kanzlerschaft verholfen und durch das Ermächtigungsgesetz zur unbeschränkten Diktatur. Das alles, so unterstellen die Angreifer, habe Hugenberg bewußt für Hitlers rechtswidrige Gewaltherrschaft getan, um durch ihn oder zum mindesten mit ihm diese Herrschaft über den deutschen Staat und die deutsche Wirtschaft auszuüben. Daß sich dann schließlich Hitler Hugenbergs entledigt habe, sei für diesen keine Entschuldigung.

Wie war es nun in Wirklichkeit?

Hugenbergs Parteivorsitz

Hugenberg wurde 1928 von der Parteivertretung der Deutschnationalen Volkspartei zum Parteivorsitzenden gewählt. Seine Wahl war das Ergebnis einer Führungskrise, die in dieser Partei nach der Wahlniederlage vom Mai 1928 ausgebrochen war, hervorgerufen durch die allgemeine Unzufriedenheit mit der Erfolglosigkeit der vorangegangenen Politik. Die DNVP war 1925 und 1927-28 Partner einer Koalitionsregierung gewesen, in der sie von der Zentrumspartei und von Dr. Stresemann dauernd taktisch überspielt wurde, wobei schließlich diese beiden Partner unter sich über das Reichsschulgesetz einen Konflikt mit dem Ergebnis bekamen, daß durch Regierungskrise und Neuwahl die Deutschnationalen ausgebootet wurden. Die taktische Hilflosigkeit der damaligen deutschnationalen Parteiführung gegenüber dieser Situation und ihr Mangel an Initiative und Aktivität wurde von fast 2 Millionen Wählern mit Abkehr von der Partei beantwortet. Dabei gingen, wie festgestellt werden muß, diese Wähler nicht etwa zur NSDAP, die 1928 nur 800000 Stimmen erhalten hatte. Diese 2 Millionen bisheriger deutschnationaler Wähler zersplitterten sich zu einem kleinen Teil. In der Masse streikten sie, denn die Zahl der Nichtwähler stieg 1928 von 8,3 auf 10,1 Millionen. Die Parteiorganisation reagierte auf diese Lage, wie das wahrscheinlich auch jede andere Partei getan hätte, mit Führungskrise und verlangte unbeschadet aller sonstigen Meinungsverschiedenheiten mit großer Mehrheit einen Wechsel im Vorsitz.

So kam es auf der Tagung der deutschnationalen Parteivertretung am 20. Oktober 1928 — im demokratischen geheimen Wahlverfahren — zur Wahl Dr. Hugenbergs, die keineswegs etwa das Ergebnis einer spontanen Stimmung war, sondern als Ausweg aus einer verfahrenen Situation angesehen wurde, in der übrigens ein Gegenkandidat nicht aufgestellt war. Was die DNVP von ihrem neuen Vorsitzenden erwartete und was dieser sich zum Ziele setzte, war offenbar eine Taktik, durch die diese immer noch stärkste nichtmarxistische Partei wieder eine ihrer Größe entsprechende Bedeutung und eine Anwartschaft auf Rückgewinnung ihrer verlorenen Wähler erlangen sollte, nachdem in dem vorangegangenen Jahre in der Regierungskoalition ihr Einfluß im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Mandatsstärke gestanden hatte. In die Opposition hat damals die DNVP nicht etwa Hugenberg erst geführt, sondern sie war in diese Rolle bereits durch ihre vorherigen Koalitionspartner hineingenötigt worden, die nach der Reichstagswahl von 1928 ein Kabinett mit der SPD unter sozialdemokratischer Kanzlerschaft gebildet hatten. Bei der Führungskrise in der DNVP und der Wahl Hugenbergs zum Vorsitzenden spielte der Gedanke an eine Stellungnahme zur NSDAP, die mit 12 Abgeordneten als kleine Partei ohne Fraktionsstärke im Reichstag vertreten war, überhaupt keine Rolle.

Verfassungsmäßige Opposition

Bei der parlamentarischen Situation nach der Reichstagswahl von 1928 fiel Hugenberg die Rolle des „Führers der Rechtsopposition" zu, die im wesentlichen aus den 78 deutschnationalen Reichstagsabgeordneten bestand, während 54 Kommunisten die Linksopposition bildeten und die 12 Stimmen der NSDAP und anderer kleinerer Gruppen automatisch auch gegen die Regierung abgegeben wurden, was für das Ergebnis jedoch ohne Belang war.

Der sich aus der parlamentarischen Lage, aus Wahlergebnis und Regierungsbildung zwangsläufig auch schon vor der Übernahme des Parteivorsitzes durch Hugenberg ergebende Kurs der DNVP war nun klare Opposition gegen das Kabinett Hermann Müller, wie sich das nach den Spielregeln des Parlamentarismus von selbst verstand — ebenso wie etwa für die 1945 in der Wahl geschlagenen englischen Konservativen gegenüber der Regierung Attlee.

Dieser Opposition standen lediglich verfassungsmäßige Mittel zu Gebote, wie Mißtrauensanträge und Verweigerung der Zustimmung zu Haushaltsplänen und Gesetzesvorlagen, sowie gegebenenfalls das verfassungsmäßige, 1926 von der Linken zuerst angewandte Mittel des Volksentscheids. Das Ziel dieser Opposition konnte nur die Herbeiführung einer Lage sein, in der — sei es ohne, sei es mit Neuwahlen — die Mitte genötigt würde, sich von der Linken zu lösen und mit der DNVP zusammenzugehen.

Verfassungsreform

In der *Innenpolitik* stellte Hugenberg programmatisch in den Vordergrund die von der DNVP schon 1927 erhobene Forderung auf Verfassungsreform und zwar nach zwei Gesichtspunkten, die beide in keiner Weise „antidemokratisch" waren. Es sollten lediglich offenbare Grundfehler im deutschen Verfassungsaufbau beseitigt werden.

Machtstellung des Reichspräsidenten wie in USA

Erstens: *Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten* durch Befreiung seines Ministerernennungsrechtes von der Einschränkung durch die Rücktrittspflicht der Reichsminister bei Mißtrauensvoten einer Reichstagsmehrheit, also: Wegfall des Artikel 54 der Reichsverfassung. (Nach amerikanischem Vorbild.)

Reich und Preußen

Zweitens: *Beseitigung des Dualismus Reich — Preußen* durch Personalunion des Reichspräsidenten mit dem neuzuschaffenden Preußischen Staatspräsidenten und durch die dadurch ermöglichte Personalunion des Reichskanzlers mit dem Preußischen Ministerpräsidenten. So sollte ein in Theorie und Praxis allseitig festgestellter, grundlegender Übelstand der Reichs- und Staatskonstruktion von 1919, nämlich das Neben- und Gegeneinanderarbeiten zweier Berliner Zentralregierungen, behoben werden.

Die erste Forderung hätte zwar das bisher übliche parlamentarische Spiel bei der Regierungsbildung im Reich und in Preußen beseitigt. Es wäre aber völlig falsch, eine solche Tendenz als „antidemokratisch" zu bezeichnen. Es sollte nur die Ernennung des Reichskanzlers und der Reichsminister in die alleinige Zuständigkeit des in demokratischer Volksabstimmung gewählten Reichspräsidenten gelegt und damit staatsrechtlich der Zustand geschaffen werden, den die Verfassung der USA und die Verfassung der Mehrzahl aller amerikanischen Staaten für die Stellung des Präsidenten kennen: die präsidentielle Regierungsbildung anstelle der parlamentarischen. Für eine Verwirklichung der beiden von Hugenberg vertretenen Reformvorschläge war weder im Reich noch in Preußen damals eine Parlaments- oder Volksentscheidsmehrheit erreichbar. Auf Grund der späteren Entwicklung kann aber heute die These beweiskräftig aufgestellt werden, daß *eine solche Reform das Eintreten der totalen Verfassungskrise im Reich und in Preußen 1932 verhindert hätte, die dann zu Hitlers Kanzlerschaft geführt hat.* Denn die Weimarer Verfassung ist 1932 nicht vom Reichspräsidenten oder von Generalen, Industriellen, Großgrundbesitzern usw. rechtswidrig außer Kraft gesetzt worden. Die Reichsverfassung und zugleich die Preußische Verfassung wurden automatisch dadurch gebrauchsunfähig, daß die in beiden Verfassungen vorgesehene parlamentarische Regierungsbildung praktisch unmöglich war, nachdem die deutschen und preußischen Urwähler beiden Parlamenten eine negative Mehrheit aus Nationalsozialisten und Kommunisten gegeben hatten, also in Preußen ab April, im Reich ab Juli 1932.

Man mag sachlich zu den damaligen Vorschlägen Hugenbergs stehen, wie man will — soviel steht jedenfalls unbestreitbar fest: Wäre rechtzeitig im Sinne dieser Vorschläge eine Verfassungsreform zustande gekommen, dann hätten trotz der Geistesverwirrung der Urwählermehrheit verfassungsmäßige und arbeitsfähige Regierungen im Reich und in Preußen vom Reichspräsidenten auch noch weiter unter Hitlers Ausschaltung berufen und im Amt behalten werden können. So aber bestand schließlich — staatsrechtlich durch den Wortlaut der Weimarer Verfassung zu Hitlers Gunsten erzwungen — nur noch die Wahl

zwischen einem verfassungswidrig durchgeführten Staatsstreich des Reichspräsidenten oder aber der verfassungsmäßig dem parlamentarischen System allein entsprechenden Berufung Hitlers zum Reichskanzler mit Vollmacht zur Parlamentsauflösung. Die Hugenbergschen Reformforderungen waren somit nicht gegen die Weimarer Verfassung gerichtet, sondern sie zeigten einen praktisch gangbaren Weg, auf dem die Verfassung existenzfähig geblieben wäre, während sie nun an der extremen Gegensätzlichkeit der Wählermehrheit zugrunde gegangen ist.

Hugenbergs Eintreten für eine organische Verfassungsreform, deren Kerngedanke eine Übereinstimmung mit der Verfassung der USA hinsichtlich der Stellung des Staatsoberhauptes bedeutet hätte, ist eine beweiskräftige Widerlegung jener Zeitungspropaganda, die ihm vorwarf, er „untergrabe böswillig und heimtückisch die Republik". Ein Mann, der dieses will, macht keine Reformvorschläge. Er spekuliert vielmehr darauf, daß die von ihm als fehlerhaft angesehene Verfassung an ihren inneren Fehlern zugrunde geht. Er macht sich höchstens diese Fehler zu nutze, um den Zerstörungsprozeß zu beschleunigen. Auch auf diesem Gebiete zeigte sich die absolute Verschiedenheit zwischen Hugenbergs Auffassungen und den Methoden Hitlers. *Hitler* war ein Todfeind der Weimarer Verfassung, solange seine Bewegung noch unbedeutend war, dachte aber nicht daran, konstruktive Reformvorschläge zu machen. Nachdem aber seine NSDAP zur stärksten Partei angeschwollen war, scheute er sich nicht in einer öffentlichen Versammlung in München am 7. 9. 1932 zu erklären:

> „Wenn die anderen sagen, daß die Verfassung sich überlebt hat, so sagen wir: Die Verfassung gewinnt jetzt erst ihren Sinn!"

Hugenberg hat dagegen, unabhängig davon, welche Parteirichtung die Führung hatte, als verantwortungsbewußter Politiker nicht für die Beseitigung der Verfassung, sondern für ihre vernünftige Reform gearbeitet. Dabei standen ihm Staat und Volk über jedem Parteidoktrinarismus und auch über dem Streit um die Staatsform. In diesem Sinne hatte *Hugenberg* bereits in seinem Brief vom 17. September 1927 an den Grafen Westarp, den damaligen Führer der Deutchnationalen Volkspartei, geschrieben:

> „Die Lebensfragen unserer Kinder — auf die kommt es an — erschöpfen sich nicht in formalen Verfassungsfragen, mit denen wir uns ja aber auch nicht beschäftigen. Sie erschöpfen sich nicht einmal in der Frage Monarchie oder Republik."

Hugenbergs Taktik gegenüber der Mitte

In seiner innenpolitischen Taktik hatte Hugenberg das Ziel, eine Lage herbeizuführen, in der sich die Parteien der Mitte, vor allem das Zentrum, im Reich wie in Preußen von der Linken lösen und zu einem Zusammengehen mit der Rechten entschließen mußten. Dieses Ziel anzustreben, war natürlich sein gutes Recht. In einem Lande, in dem es kein angelsächsisches Zweiparteiensystem, sondern eine Aufspaltung der politischen Front in Rechte, Mitte und Linke gibt, muß zwangsläufig die Rechte ebenso wie die Linke eine Entwicklung anstreben, bei der die Mitte taktisch und sachlich genötigt wird, sich anzuschließen und so die Mehrheit zu bilden. Hugenbergs derart eingestellte Politik war selbstverständlich der SPD nicht willkommen. Sie stieß auch bei der Mehrheit des Zentrums, bei dem linken Flügel der Deutschen Volkspartei und den kleineren Parteigruppen auf wenig Gegenliebe. Ob unter den damaligen Gesichtspunkten mit Recht oder Unrecht, das zu erörtern ist heute müßig. Ohne Stellungnahme für oder wider ist aber jedenfalls, von dem Fazit von 1933 aus rückwärts gesehen, kaum zu bestreiten, daß das am Ende doch nutzlose Festhalten des Zentrums an der Partnerschaft mit der SPD in Preußen ohne Rücksicht auf die totale Umschichtung der Wählerschaft in den Jahren 1929 bis 1932 der NSDAP-Propaganda eine ihrer stärksten und erfolgreichsten Agitationswaffen in die Hand gegeben hat. Der eingetretene Effekt läßt also

sehr bezweifeln, ob die ablehnende Haltung der Mittelparteien gegenüber Hugenberg der Allgemeinentwicklung, aber auch dem Interesse dieser Parteien selbst und schließlich sogar dem der SPD wirklich dienlich gewesen ist.

Gegen den Young-Plan

Außenpolitisch vertrat Hugenberg damals als wichtigste Forderung die Ablehnung des Young-Planes für die deutschen Reparationszahlungen. Es wäre völlig widersinnig, wollte man diesen aus ernstester vaterländischer Besorgnis geborenen und auf volkswirtschaftlichen Argumenten beruhenden Standpunkt etwa als „verständigungsfeindlich" oder gar als „kriegshetzerisch" verunglimpfen. *Mit der Annahme des Young-Planes ist nicht nur Deutschland, sondern auch seinen Reparationsgläubigern ein sehr schlechter Dienst geleistet worden.* Schon zwei Jahre später stand außer jedem Zweifel, daß sie niemals in den Genuß der Tributleistungen kommen konnten, die ihnen der Young-Plan — wie das schon 1928 als undurchführbar erkannte Dawes-Abkommen — auf dem Papier in Aussicht stellte. Hugenberg vertrat, wie schon früher Helfferich, die Auffassung, daß er die Unterschrift unter Zahlungsverpflichtungen ablehnen müsse, von deren praktischer Undurchführbarkeit er überzeugt war.*)

Niemand wird die ernsthafte Begründung dieses Standpunktes bestreiten können, — zumal ihn ja der tatsächliche Lauf der Entwicklung nachher als zutreffend bestätigt hat. Er entsprach im Kerngedanken auch durchaus der Beurteilung des Reparationsproblems durch anerkannte nationalökonomische Autoritäten des Auslandes wie z. B. den berühmten englischen Volkswirtschaftler Keynes. Man konnte mit Recht darauf hinweisen, daß eine Politik, die nur das, was sie für ausführbar hält, an Verpflichtungen unterschreibt, auch den Interessen der Gläubiger besser Rechnung trage als eine widerspruchslose Bereitschaft zur Unterzeichnung von Wechseln, die nachher bei Fälligkeit zu Protest gehen. Man mag es als entschuldbar ansehen, wenn 1929 die Befürworter des Young-Planes ihn als durchführbar beurteilten — auf Grund einer scheinbaren Wirtschaftsblüte, die in diesem Jahre das deutsche Volkseinkommen auf eine Rekordhöhe von 76 Milliarden RM hatte ansteigen lassen. Aber man muß dann gerechterweise umsomehr die sachliche Voraussicht der Kritiker des Young-Planes anerkennen, die schon 1929 seine Annahme als ein Unglück erkannten, und denen dann eine Entwicklung recht gab, in der binnen drei Jahren das deutsche Volkseinkommen um fast 31 Milliarden RM fiel und die Zahl der Erwerbslosen sich gleichzeitig versechsfachte. In den Verhandlungen von Lausanne fanden sich die Vertreter Englands, Frankreichs und der anderen Reparationsgläubiger im Sommer 1932 auf Grund der weltwirtschaftlichen Gesamtlage gegenüber dem Kabinett von Papen bereit, einen Schlußstrich unter die Reparationen zu machen, für die man noch drei Jahre vorher über zwei Menschenalter gespannte Zahlungspläne konstruiert hatte. Der damalige englische Ministerpräsident Mac Donald, der in Lausanne den Vorsitz führte, sprach das inhaltreiche Wort: „Das Kapitel der Reparationen ist geschlossen." Und er fügte die Feststellung hinzu:

> „Die ganzen Zahlungen und Transfers sind nicht nur eine Strafe für die einen, sondern ein Verhängnis für alle gewesen, der Ursprung aller unserer Leiden."

Damit war auch die Kritik Hugenbergs, Keynes' und anderer Deutscher und Ausländer, die vor unerfüllbaren Reparationsverträgen gewarnt hatten, sachlich gerechtfertigt. Diese Kritik kam keineswegs, wie manchmal entgegengehalten wurde, etwa aus nationalistischen „Stimmungsmomenten". Sie beruhte vielmehr auf der nüchternen *Erkenntnis, daß die Grundgesetze der National-*

*) Es ist übrigens eine böswillige Ausstreuung, daß Hugenberg jemals im Gegensatze zu Helfferich gestanden habe. So hat er noch 1923, kurz vor Helfferichs allzufrühem Tode, gemeinsam mit ihm bei dem Meinungsstreit über die Judenfrage in der DNVP die Entscheidung herbeigeführt, die dann schließlich Anlaß zum Ausscheiden der völkischen Abgeordneten aus der DNVP wurde.

ökonomie und die eiserne Gültigkeit des Einmaleins weder durch politische Diktate noch durch Kompromisse außer Kraft gesetzt werden können. Auch unsere Gegenwart gibt hierfür eindeutige Beweise.

Man kann also unmöglich Hugenberg als „Antidemokraten", als „Verständigungsfeind" und als „Steigbügelhalter Hitlers" verdammen, weil er sich 1929 hinsichtlich des Young-Planes nicht verrechnet hatte. Die Tatsache, daß auch die Nationalsozialisten den Young-Plan ablehnten, ändert an der Richtigkeit dieser Feststellung ebensowenig wie der Umstand, daß die Kommunisten damals die gleiche Ansicht vertraten.

Verfassungsmäßiger Volksentscheid

Daß Hugenberg im Kampfe gegen die Annahme des Young-Planes zum Mittel des Volksentscheids griff, kann billigerweise nicht begründen, ihn als Verfassungsfeind, als Demagogen, als Kriegshetzer usw. zu diffamieren. *Volksbegehren und Volksentscheid waren nach der Weimarer Verfassung durchaus legale Mittel zur Feststellung des Willens des Volkes als des obersten Gesetzgebers.* Sie waren im besonderen die gegebenen Waffen der Opposition gegen eine regierende Parlamentsmehrheit, und es war nicht demokratisch, wenn die Parlamentsmehrheit die Benutzung dieser Waffen durch die Opposition übelnahm. Auch eine etwaige, nach Lage der Stimmenverhältnisse rein demonstrative Anwendung von Volksbegehren und Volksentscheid zur besonderen Hervorhebung der lebenswichtigen Bedeutung einer aufgestellten Forderung konnte in Anbetracht der überragenden Wichtigkeit des Gegenstandes niemand beanstanden. Die Sozialdemokratie konnte das am allerwenigsten. Einer ihrer führenden Männer, der spätere Reichskanzler Hermann Müller, hatte bereits im Februar 1919 in der Weimarer Nationalversammlung einen Volksentscheid über den Friedensvertrag von Versailles gefordert, indem er erklärte:

> „Wir sind der Meinung, daß bei uns, wenn die endgültige Fassung dieses Vertragsentwurfes vorliegt, das Volk gefragt werden muß, daß wenn die Nationalversammlung entschieden hat, auch an das Volk appelliert werden muß."

Diese Absicht ist allerdings nicht durchgeführt worden. Aber im Jahre 1926 hat dann die Sozialdemokratische Partei bei der von ihr geforderten Fürstenenteignung das Mittel des Volksbegehrens und Volksentscheides praktisch angewendet. Billigerweise mußte man ihr — aber dann auch Hugenberg und der DNVP — zugeben, daß einer Partei, die von der Verfassung Gebrauch macht, nicht deshalb Verfassungsfeindschaft vorgeworfen werden kann.

Das Vorgehen Hugenbergs im Jahre 1929 war also durchaus zulässig und in der Wahl des Kampfmittels streng verfassungsmäßig und demokratisch. Weder der deutschen Außenpolitik, noch dem Gedanken der Demokratie, noch der Weimarer Verfassung wurde dadurch wirklich gedient, daß die Linke und auch amtliche Stellen damals gegen die Teilnahme am Volksbegehren einen scharfen Druck ausübten und die Einzeichner zu „Feinden der Demokratie" stempelten, denen man, soweit sie Beamte waren, sogar Vergeltungsmaßregeln in Aussicht stellte. Man mag der damaligen Linken zubilligen, daß sie sich über die Erfüllbarkeit des Young-Planes infolge der günstigen Konjunktur von 1929 ebenso gutgläubig verrechnete wie die beteiligten Regierungsstellen. Aber schon mit Rücksicht auf spätere Schwierigkeiten konnte die deutsche Außenpolitik gar kein Interesse daran haben, die Zahl der gegen den Young-Plan fallenden Stimmen durch amtlichen Druck künstlich zu verringern. Bei ähnlich gelagerten Fällen (z. B. beim Sträuben Frankreichs gegen die Zahlung von Zinsen an die USA nach dem ersten Weltkriege oder bei der Opposition Italiens gegen den Friedensvertrag 1947) haben die Regierungen die Nützlichkeit einer möglichst starken inneren Opposition gegenüber außenpolitischem Druck offenkundig anders beurteilt und taktisch behandelt. Dagegen hat die schroffe Haltung der deutschen Linken und mancher amtlichen Stellen 1929 gerade allen

denen den Wind aus den Segeln genommen, die in den alliierten Ländern selbst die Durchführbarkeit der Young-Plan-Zahlungen in Zweifel zogen. Für das Ausland war es ein willkommener Beweis der Tragbarkeit des Young-Planes, wenn die politische Gefolgschaft der Reichs- und Preußischen Regierung das Volksbegehren als einen innerpolitischen Angriff auf die Republik auslegte und behandelte, statt nur als Auseinandersetzung über die Belastungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft. Ob die Formulierung des Volksbegehrens im einzelnen, und ob seine agitatorische Verfechtung im diesem oder jenem Punkt berechtigter Kritik unterlag, kann angesichts der höchst kritisierbaren Art und Form seiner Bekämpfung dahingestellt bleiben. Es ist jedenfalls bei einer objektiven und gerechten Betrachtung nicht möglich, Hugenberg ein anders Motiv zu unterstellen als das des Protestes gegen eine außenpolitische Verpflichtung, deren Tragbarkeit durch die deutsche Wirtschaft er für ausgeschlossen gehalten hat, und gegen deren Unterzeichnung er deshalb eine verfassungsrechtlich zulässige Einspruchsmöglichkeit benutzte; wie die spätere Entwicklung bewies, nicht zu Unrecht.

Mitwirkung der NSDAP

Man kann weiter bei der Aktion des Volksbegehrens eine „nazistische Belastung" für Hugenberg auch nicht etwa aus der Behauptung ableiten, er habe mit ihr den Auftrieb der NSDAP gefördert, ihr also „geholfen". Wer so folgert, müßte analog auch der SPD vorwerfen, diese trage durch das mit der KPD gemeinsam veranstaltete Volksbegehren auf Fürstenenteignung die „Schuld" für den Aufstieg der totalitären linken Flügelpartei, der KPD, die seit diesem Volksbegehren von 1926 bei jeder folgenden Wahl unaufhaltsam angewachsen ist und schließlich mit 100 Mandaten mit der NSDAP gemeinsam die parlamentarische Staatsmaschine völlig blockieren konnte. Die Führung der SPD würde diesem Vorwurf damals sicher scharf widersprochen und entgegnet haben, daß erstens bei einem Volksbegehren die Zustimmung jeder Partei grundsätzlich willkommen sein müsse, ob sie sonst sympathisch sei oder nicht, daß zweitens natürlich keine Partei daran gehindert werden könne, zu dem aufgeworfenen Problem Stellung zu nehmen, und daß drittens die SPD den Volksentscheid auf Fürstenenteignung nicht zuletzt deshalb mitaufgegriffen habe, um der KPD den Wind aus den Segeln zu nehmen, der ihr zugute kam, wenn sie allein vorgehen konnte. Die gleichen Argumente schützen aber auch Hugenberg gegen den Vorwurf, er sei durch das Young-Plan-Volksbegehren zum Wahlmacher der NSDAP geworden.

Im Gegenteil hat Hugenberg beim Volksbegehren gegen den Young-Plan vor allem auch das Ziel verfolgt, dem wirtschaftlichen Niedergang und damit einer weiteren Radikalisierung der Massen, die nachher eintrat und die Grundlage des Aufstiegs der NSDAP bildete, vorzubeugen. Die NSDAP hat diese Zielsetzung erklärlicherweise nicht geteilt und deshalb beim Volksbegehren nur mit halber Kraft mitgearbeitet. Aus den zahlreichen Warnungen Hugenbergs vor den unentrinnbaren Folgen des Young-Planes enthält die Anlage I eine kleine Auswahl. An dieser Stelle sei nur ein Wort aus der Rede wiedergegeben, die Hugenberg bei der ersten Lesung des Young-Planes im Reichstag am 11. Februar 1930 gehalten hat:

> „Wir bitten heute, im Interesse von Land und Volk das furchtbare Unglück dieses Vertragswerkes von Deutschland abzuwenden. Wir sind zu Gunsten dieses Zieles nach wie vor zur Verständigung mit allen bereit, die über diesen Punkt mit uns übereinstimmen."

Im übrigen haben die Ergebnisse beider Volksentscheide (1926 und 1929) — und auch später des vom „Stahlhelm" beantragten Volksentscheides auf Landtagsauflösung in Preußen — gezeigt, daß solche Aktionen keine durchschlagende Umstellung der parteipolitischen Kraftverteilung herbeiführen. Ihr Ergeb-

nis beschränkte sich ungefähr darauf, die Gefolgschaft an die Wahlurne zu bringen, welche die veranstaltenden Parteien auch bei vorangegangenen Wahlen gehabt hatten. Für das Anwachsen der KPD und noch viel durchschlagender für das der NSDAP ergibt die statistische Überprüfung der Reichs- und Landeswahlergebnisse von 1928 bis 1933 eine völlig beweiskräftige und unwiderlegbare Analyse der wirklichen Ursache. *Das Anwachsen beider totalitärer Parteien hing so eng und folgerichtig mit dem jeweiligen Steigen der Erwerbslosenziffer und dem Fallen des Volkseinkommens zusammen, daß man geradezu von einer mathematischen Koppelung sprechen kann.* Für die NSDAP im besonderen bieten diese Zahlen folgendes eindeutige Bild:

Wirtschaftskrise als Hitlers Wegbereiter

Im Mai 1928 gab es in Deutschland unter Einschluß aller Unbeschäftigten eine Million Arbeitslose. Das Volkseinkommen belief sich in diesem Jahre auf 75,5 Milliarden RM. — Die NSDAP hatte nur 800 000 Wähler.

Im September 1930 überschritt die Arbeitslosenzahl die dritte Million. Das Volkseinkommen dieses Jahres fiel auf 70 Milliarden RM. — Die NSDAP bekam über 6 Millionen Stimmen.

Im Jahre 1932 schwankte die Arbeitslosenzahl zwischen 5,5 und 6 Millionen. Das Volkseinkommen betrug nur noch 46,5 Milliarden RM. — Die NSDAP-Wählerzahl schwankte zwischen 11,5 und 14 Millionen.

Die NSDAP war also geradezu das Fieberthermometer der deutschen Wirtschaftskrise.

Die KPD hatte, wenn auch in begrenztem Maße, die gleiche Funktion. Bei dieser durch die amtliche Statistik belegten Entwicklung wäre es unsinnig, darüber noch Mutmaßungen anzustellen, wie weit eventuell diese beiden im Vormarsch befindlichen Massenbewegungen auch noch agitatorischen Vorteil aus den Volksbegehren von 1926 und 1929 gezogen haben könnten. Bei der ganzen damaligen Kräfteverteilung hat jedenfalls Hugenberg 1929 den Hintergedanken, für Hitler Wähler zu werben statt für sich selbst, ebensowenig haben können, wie von Wels und Breitscheid angenommen werden kann, daß sie 1926 ihr Volksbegehren zu Gunsten der Kommunisten vom Stapel gelassen haben.

Woher kamen Hitlers Wähler?

Der Vorwurf, Hugenberg habe durch seine 1929 bis 1933 angewandte Taktik dem Nationalsozialismus Anhänger und Wähler zugeführt, wird auch durch eine statistische Analyse der Herkunft der Hitlerschen Wählerschaft widerlegt. Hugenberg hätte die ihm vorgeworfene Rolle des Zutreibers nur dann wirklich gespielt, wenn seine Taktik mit oder gegen seinen Willen die Wähler seiner eigenen Partei in die Reihen der NSDAP hineingeführt hätte. Davon aber kann durchaus nicht die Rede sein. Wohl büßte die Deutschnationale Volkspartei am 14. September 1930, bei der ersten Reichstagswahl nach Hugenbergs Übernahme der Parteiführerschaft, 1,9 Millionen Wählerstimmen ein. Aber diese sind fast vollzählig, nämlich mit 1,85 Millionen als Gefolgschaft der drei Gruppen zu ermitteln, die sich von der DNVP abgespaltet hatten, nämlich die Christlich-Nationale Landvolk- und Bauernpartei, der Christlich-Soziale Volksdienst und die Volkskonservative Partei. Während der KPD-Gewinn in dieser Wahl von der SPD und z.T. von der bisherigen Nichtwählerschaft stammte, konnte Hitler seinen Stimmengewinn von 5,5 Millionen zu mehr als ¾ aus der Nichtwählerschaft und den Rest aus der bürgerlichen Mitte (außer Zentrum und Bayr. Volkspartei) herausholen. Und ähnlich lagen die Dinge auch weiterhin durch drei Reichstagswahlen hindurch bis zum März 1933. Die SPD fiel von Mai 1928 bis März 1933 von 9,1 auf 7,1 Millionen, die KPD stieg von 3,2 auf 4,8 Millionen, Zentrum und Bayrische Volkspartei nahmen von 4,7 auf 5,4 Millionen Stimmen zu. Die Deutschnationalen, die etwa 800 000 ihrer 1930 abgesplitterten Wähler zurückholten, kamen auf 3,2 Millionen. Von den Volks-

konservativen bis zu den Demokraten verschwanden 9 Parteien bis auf geringe Reste. In diesem Sektor des Parteilebens gab es 1928 und auch noch 1930 über 8 Millionen Wähler und im März 1933 nur noch 1 Million! Die Wahlbeteiligung stieg von 1928 bis 1933 von 75 auf 89 % der Wahlberechtigten, deren Zahl an sich schon um 3,5 Millionen durch Jahrgangszuwachs zugenommen hatte. So gab es im März 1933 8,5 Millionen gültige Stimmen mehr als 1928. Die Herkunft der über 16 Millionen Wähler, die Hitler in 5 Jahren gewann, ist also eindeutig und klar:

a) Er saugte etwa 85 % der Wählerschaft der neun Parteien auf, die außer der DNVP, dem Zentrum und der Bayrischen Volkspartei im nichtmarxistischen Lager bestanden.
b) Er bekam fast die ganze wahlmündig gewordene Wählerschaft, und er riß
c) fast alle diejenigen an sich, die bisher der Wahlurne interesselos ferngeblieben waren.

Aus allen drei Faktoren ergibt sich: Hitler war der König des politischen Treibholzes. Er zog magnetisch alles an sich, was bisher politisch teilnahmslos und unorientiert oder solchen Parteien gefolgt war, die schwach organisiert, weltanschaulich unklar abgegrenzt waren und in ihrer Haltung unsicher vor der Öffentlichkeit standen. Für das Verhalten dieser Wählerschaft kann man vorweg die *enorme Schlagkraft der Hitlerschen Propaganda* verantwortlich machen, die an Skrupellosigkeit und an agitatorischer Aufmachung alles in den Schatten stellte und die gerade auf die genannten Wählergruppen eine unwiderstehliche Kraft ausübte. *Stärker als diese unbestreitbare Anziehungskraft war jedoch noch der Druck der Wirtschaftskrise,* die in Deutschland, ebenso wie auch in anderen Ländern bei gleichartiger Lage, die Millionen-Massen der weltanschaulich nichtgebundenen Wählerschaft panikartig in die Gefolgschaft eines als Wundertäter angepriesenen Diktaturanwärters trieb.

Angesichts dieser klar erwiesenen Sachlage ist es also völlig unbegründet, Hugenberg für das Anwachsen der NSDAP verantwortlich zu machen. Er war als Vorsitzender der DNVP in den Jahren 1929 bis 1933 ebenso wie alle anderen Parteiführer von dem Bestreben geleitet, die von ihm geführte Partei trotz des braunen Malstroms intakt zu halten und möglichst zu stärken.

Selbstverständlich hat sich — wie sollte es, zumal in solchen Zeiten, einem Parteiführer auch anders ergehen — damals und späterhin gegen Einzelheiten seiner Taktik manche Kritik geltend gemacht. Hugenberg hatte es sich zur Aufgabe gestellt, seine 1928 zurückgeworfene Partei wieder zu einem entscheidend mitbestimmenden Faktor der deutschen Politik zu machen, um diese im Sinne seiner ideellen und wirtschaftlichen Auffassungen beeinflussen zu können. Es waren jedenfalls nicht Hitlersche Ideologien, die er verwirklichen wollte, sondern ganz klare realpolitische Ziele und Gedanken, die zu den Phantasien und Experimenten des nationalsozialistischen Führers im direkten Gegensatz standen. Der Gang der Ereignisse hat gezeigt, daß ihm der angestrebte Erfolg nicht zuteil wurde. Ob die übernommene Aufgabe im Verlauf der ganzen Entwicklung für ihn oder auch für einen Dritten mit Aussicht auf Erfolg lösbar war, ließ sich damals nicht übersehen. Es hing von der Haltung der vielen zersplitterten Faktoren ab, deren Mithilfe notwendig war. Daß sie nicht lösbar war, wenn sich eine dritte, anders eingestellte Gruppe der ausschließlichen (totalitären) Herrschaft bemächtigte, war für Hugenberg wie für jeden vernünftigen Dritten klar. Darum mußte sein Bestreben selbstverständlich auf Stärkung der eigenen Parteikraft gerichtet sein. Und feststeht jedenfalls, daß die von ihm geführte Partei neben dem Zentrum (einschließlich der Bayerischen Volkspartei) und den beiden marxistischen Parteien die einzige war, die nach 1930 trotz des riesenhaften Anwachsens der NSDAP ihre eigene Position nicht nur halten, sondern noch verstärken konnte.

Taktische Lage Hugenbergs im damaligen Parteisystem

Dieses Ergebnis wurde erreicht, obwohl die DNVP für die Erhaltung ihrer Anhängerschaft nicht die starke Rückversicherung hatte, die den beiden marxistischen Parteien durch die Freien Gewerkschaften und die dem Zentrum durch die kirchlich-konfessionelle Bindung seiner Wählerschaft gegeben war. Daß allen anderen neun nichtmarxistischen Parteien ihre noch 1930 rd. 8 Millionen zählende Wählerschaft in nicht ganz 3 Jahren zu 85 % zum Nationalsozialismus weglaufen würde, war damals kaum voraussehbar. Dadurch, daß das gesamte nichtmarxistische Parteisystem außerhalb der Deutschnationalen Volkspartei und des Zentrums von der NSDAP einfach fortgespült wurde — September 1930 noch zusammen 119 Mandate, März 1933 nur noch 13 —, war die taktische Position der inzwischen von 41 auf 53 Mandate angewachsenen DNVP gegenüber der alles erdrückenden NSDAP in gleichem Maße geschwächt wie auch diejenige des Zentrums, das bis 1932 alle Reichstage taktisch beherrscht hatte. Die Partei Hugenbergs stellte einen auch im günstigsten Falle zahlenmäßig begrenzten Machtfaktor dar, der der NSDAP gegenüber nur im Rahmen des Gesamtparteisystems der damaligen Zeit eine unter Umständen starke Hebelwirkung ausüben konnte. Nach dem totalen Dammbruch links von der Deutschnationalen Volkspartei gab es aber für diese Hebelwirkung keine Möglichkeit mehr. Es wäre ungerecht, den Führern der neun von Hitler vernichteten Parteien einen ihren guten Willen belastenden Vorwurf daraus zu machen, daß ihre Wählerschaft nicht bei ihnen verblieb, sondern praktisch Rekrutendepots für die NSDAP darstellte. Aber es ist erst recht ungerecht und geradezu widersinnig, Hugenberg für diese Massenpanik der halbrechten und mittelparteilichen Wählerschaft verantwortlich zu machen, die er schon deshalb nicht wünschen konnte, weil sie ja ihm selbst völlig die Position zerschlug, in der seine Partei Hitler gegenüber noch ein parlamentarischer Machtfaktor sein konnte! Diese sich neben seiner Partei abspielende große Umwälzung der Parteiverhältnisse hatte für den Führer der DNVP parlamentstaktisch die gleiche schlimme Konsequenz, die sie für Brüning und Kaas — indirekt auch noch für die SPD — hatte.

Hugenberg und das Kabinett Brüning

Auf Grund dieser Betrachtung erledigt sich zugleich der nicht selten gegen Dr. Hugenberg erhobene Vorwurf, er habe das Anwachsen der Hitlerschen Anhängerschaft und dessen Vormarsch zur Macht dadurch gefördert, daß er sich gegen das Kabinett Brüning in Opposition gestellt habe. Auf Grund der zahlreichen, von interessierter Seite verbreiteten tendenziösen Darstellungen ist in der Öffentlichkeit vielfach der Eindruck erweckt worden, als trage die Opposition Hugenbergs die Schuld am Mißerfolg Brünings und an seinem Sturz, und als sei andererseits die SPD die verläßliche Stütze und Gefolgschaft der Brüningschen Politik gewesen. Beides ist historisch falsch. Ein Rückblick auf die wechselvolle Arbeit dieses in besonders krisenreicher Zeit amtierenden Kabinetts ergibt vielmehr folgendes Bild: Über den Zweck seiner Berufung, die ohne jede Fühlung mit der DNVP erfolgt war, gehen die Meinungen auseinander. Es wurde als „Hindenburg-Kabinett", als „Kabinett der Frontsoldaten", als „Notverordnungs-Kabinett" usw. bezeichnet. Der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Dr. Breitscheid erklärte in der Reichstagssitzung vom 12. 4. 1930 sogar, es sei mit der Absicht gebildet worden, „um die DNVP zu sprengen, die Gruppe um Hugenberg zu isolieren".

Unbeirrt von allen diesen Auslegungen und Mutmaßungen hat sich Hugenberg in seiner ganzen Haltung gegenüber dem Kabinett Brüning ausschließlich von sachlichen Gesichtspunkten leiten lassen. Er hat in keiner Weise grundsätzliche, sture Opposition getrieben. Er ist auch nicht Schuld am Sturze Brünigs gewesen. Anderseits hat gerade die SPD sich in zahlreichen Fällen offen gegen dieses Kabinett gestellt. Den Kritikern von heute sei ins Gedächtnis zurückgerufen, daß z. B. am 3. April 1930 die deutschnationale Reichstagsfrak-

tion unter Führung Hugenbergs und Oberfohrens geschlossen gegen die beiden von der SPD und KPD eingebrachten Mißtrauensanträge gestimmt und dadurch das Kabinett Brüning gerettet hat. Maßgebend für diese Haltung waren die von der Regierung angekündigten Maßnahmen zum Schutze der in ihrem Dasein gefährdeten deutschen Ostprovinzen. Erinnert sei ferner an die Tatsache, daß, angesichts zweier weiterer Mißtrauensanträge der SPD und KPD und eines Antrages der SPD auf Aufhebung der am 16. 7. 1930 erlassenen Steuernotverordnungen, Hugenberg und Oberfohren dem Reichskanzler Brüning den Vorschlag machten, die Reichsregierung unter gleichzeitiger Umbildung der Preußischen Regierung nach rechts zu erweitern. Die Regierung hätte unter der vorgeschlagenen Einbeziehung der Deutschnationalen über eine feste und sichere Mehrheit verfügt, auch ohne die Nationalsozialisten, die damals nur 12 Reichstagsmandate innehatten. Diese Vorschläge wurden leider nicht angenommen, wohl auf Grund der ablehnenden Haltung der Preußischen Zentrumsfraktion, die sich von Rücksichten auf ihre langjährige parlamentarische Zusammenarbeit mit der SPD leiten ließ. Im übrigen kann die Frage, welche sachlichen Gründe für die Stellungnahme der DNVP zu Brüning maßgebend waren, bei der hier angestellten Untersuchung völlig zurücktreten. Es handelt sich vielmehr allein darum, ob Hugenberg durch seine politische Haltung gegenüber dem Kabinett Brüning dessen Sturz veranlaßt und dadurch dem Nationalsozialismus den Weg zur Macht geebnet hat. Denn die schon logischerweise vorweg zu erörternde Vorfrage, ob Hugenberg überhaupt die Möglichkeit gehabt hätte, erstens Brüning an der Macht zu halten und zweitens dadurch den Vormarsch Hitlers wirklich zu verhindern, ist hinsichtlich beider Möglichkeiten zweifellos zu verneinen. Dann aber steht die Politik Hugenbergs gegenüber Brüning zu dem lawinenartigen Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung in keinem kausalen Verhältnis, sodaß schon deswegen von einer Schuld und Verantwortung nach den elementaren Gesetzen jeder Logik keine Rede sein kann.

Gewiß hätte eine Unterstützung Brünings durch die deutschnationale Reichstagsfraktion das Kabinett nach einer Seite hin parlamentarisch entlastet. Aber das Verhalten der SPD-Fraktion gegenüber Brüning vor der Septemberwahl 1930 zeigte deutlich, daß der Kanzler auf eine — überdies ständig unsichere — Unterstützung von links nur rechnen konnte, wenn er sich im Gegensatze zur Rechten befand. Führung und Gefolgschaft der SPD hätten offenkundig die agitatorische Situation ihrer Partei der KPD gegenüber als unhaltbar beurteilt, wenn der SPD von dort der Vorwurf gemacht werden konnte, sie bilde mit Hugenberg zusammen eine geschlossene Regierungsgefolgschaft. Sie hätte bei der nächsten unpopulären Notverordnung unzweifelhaft ihre Konsequenzen gezogen und sich davon auch nicht durch die Befürchtung abhalten lassen, daß Hitler der Nutznießer ihrer Taktik sein werde. Im übrigen aber war, wie ja die zu Brünings Sturz führenden Momente deutlich gezeigt haben, die Existenz seines Kabinetts ausschließlich von der Frage abhängig, *wie lange die Umgebung des Reichspräsidenten und vor allem wie lange General von Schleicher diesem Kanzler zutrauten, den Vormarsch Hitlers überhaupt noch einmal abzustoppen.* Nach der Präsidenten- und Preußenwahl von 1932 war anscheinend in der Vorstellung Schleichers und Hindenburgs diese Hoffnung weitgehend zerstört. Sie zogen die Folgerung, daß im Spiel gegen Hitler auf die Karte Brüning nicht mehr gesetzt werden könne. Andere Momente mögen mitgesprochen haben.

Brünings und Brauns Sturz ohne Mitwirkung Hugenbergs

Hugenberg hat beim Sturz Brünings und bei der Berufung Papens ebensowenig mitgewirkt wie später bei der Absetzung der preußischen Regierung Braun. Er hat also das Schicksal des Kabinetts Brüning gar nicht in seiner Hand gehabt. Dieses Kabinett ist letzten Endes an der ständig steigenden Ab-

lehnung durch die deutschen Urwähler in dem Augenblick gescheitert, in dem die Berater des Reichspräsidenten keine Chance mehr sahen, daß darin noch eine Änderung kommen werde. Sie wäre auch in der Tat nicht gekommen. Für die praktischen Maßnahmen des Kabinetts lassen sich im geschichtlichen Rückblick bestimmt viele ernste Gründe anführen, die sich vor allem gerade in wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen aus der totalen Abhängigkeit vom guten Willen des Auslands ergaben. Dieses bewies aber Brüning viel weniger Entgegenkommen als später Adolf Hitler. Für die deutsche Öffentlichkeit jedoch verstärkte sich dauernd der Eindruck, daß die Regierung die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten nicht meistern werde, und daß alle ihre Spar- und Einschränkungsmaßnahmen zu weiterer Konsumschrumpfung und damit zwangsläufig zu weiterer Steigerung der Wirtschafts- und Finanzkrise führen werde. Es erübrigt sich, heute noch darüber zu diskutieren, ob im damaligen Zeitpunkt die Regierung Brüning anders handeln konnte, als sie gehandelt hat. Denn wie die Wählerstimmung darauf reagierte und nach den Grundgesetzen der Massenpsychologie auch reagieren mußte, steht fest. Wenn alle Lohn- und Gehaltsempfänger ständig Herabsetzungen ihres Einkommens erfahren, gleichzeitig die Landwirtschaft Schuldzinsen und Steuern nicht aufbringen kann, gleichzeitig Industrie, Handwerk und Handel ständigen Geschäftsrückgang erleben und gleichzeitig die Zahl der Erwerbslosen und damit auf niedrigste Lebenshaltung Gestellten fortdauernd wächst, dann gehen unvermeidlich, in Deutschland nicht anders wie in allen Ländern der Erde, die Wählermassen in geschlossenem Strom zu der schärfsten Opposition. Dann kann sich keine Regierung am Ruder halten, die genötigt ist, diese Lage an der Wahlurne zu vertreten. Und mit ihr wird jede sie stützende Partei hinweggeschwemmt, wenn sie nicht, wie im Falle Brüning das Zentrum, über ein gegen die Tagespolitik immunes Fundament verfügt, in diesem Falle das kirchlich-konfessionelle.

Daß Hugenberg, auch wenn er es für richtig gehalten und gewollt hätte, Brüning nicht vor dem unhemmbaren Anwachsen der Wähleropposition hätte bewahren können, ist nicht nur ein zwingender theoretischer Schluß. Es ist durch praktisches Experiment bewiesen. Denn die 1929/30 von der Deutschnationalen Volkspartei abgesplitterten drei Gruppen haben ja ihre Trennung hauptsächlich vollzogen, um die Regierung Brüning zu unterstützen. Sie haben aber damit bei ihren Wählern noch schnelleren Schiffbruch erlitten als andere Brüning stützende Parteien. Soweit diese Wähler nicht zur Deutschnationalen Volkspartei zurückgingen, sind sie in stürmender Eile zum Nationalsozialismus gestoßen, obwohl sich ihre Parteien selbstverständlich alle Mühe gaben, sie bei der Stange zu halten. *Hugenberg hätte durch eine Unterstützung der Regierung Brüning* nur erreicht, daß auch seine Partei von der NSDAP bereits auf dem Vormarsch aufgerieben oder wenigstens entscheidend geschwächt worden wäre. Er hätte *nicht verhindern können, daß Hitler im Frühjahr oder Sommer 1932 die 40%-Grenze der Gesamtwählerschaft fast erreichte oder gar überschritt*, und daß dieser alsdann mit den Kommunisten zusammen die „negative Mehrheit" in beiden Parlamenten in die Hand bekam. Damit war der demokratische Parlamentarismus in Deutschland endgültig blockiert, wenn man nicht eben aus der Zwangsläufigkeit dieser Situation heraus Hitler als den Führer der überragend stärksten Partei zum Kanzler berief. Hugenberg selbst hat diese etwas fatalistische, aber gerade vom demokratisch-parlamentarischen Standpunkte aus kaum angreifbare politische Logik nie anerkannt. Er hat bis zum letzten jeden ihm anständig und legal erscheinenden Versuch gemacht, die seit Herbst 1931 vor seinem Auge stehende Gefahr einer Alleinherrschaft der Nationalsozialisten abzuwenden. (Vgl. seinen weiter unten zitierten Brief an Hitler vom 20. März 1932.)

B. Die Lage unter der Diktaturgefahr

Welche Entwicklungsmöglichkeiten gab es überhaupt?

Im Jahre 1930 und auch noch 1931 hat der größte Teil des deutschen Volkes, auch der größte Teil seiner politischen Führungsschicht ohne Unterschied der Parteistellung mit einer wirklich unmittelbaren, ernsthaften Gefahr einer heranrollenden nationalsozialistischen Totalität, mit einer zur Wirklichkeit werdenden Diktatur Hitler nicht gerechnet. Weitaus die meisten, ob rechts, ob links oder in der Mitte, sahen in den Nationalsozialisten eine mit Worten sehr anspruchsvolle Agitationspartei, die sich unter dem Zwang der Verhältnisse schließlich damit abfinden müsse, in einer Regierungskoalition nützlich oder schädlich zu wirken. Erst in der zweiten Hälfte 1931 und stärker noch 1932 war erkennbar, daß der laut betonte „Totalitätsanspruch" der NSDAP ernster als ein nur agitatorisches Geräusch zu nehmen sei, und daß auch die bedrohliche politische und wirtschaftliche Gesamtlage sehr wohl die Erfolgchancen für die Verwirklichung eines solchen Totalitätsanspruches ergeben könnte. Die deutsche Politik stand nunmehr unter dem Schatten der Diktaturgefahr. Diese Gefahr bestimmte — zunächst nur mit anderen Faktoren zusammen, dann mehr und mehr allein ausschlaggebend — den Gang der Dinge. In dieser Lage ergaben sich *folgende Möglichkeiten:*

a) Für den ständig wachsenden überzeugten Anhang Hitlers und für die noch viel größere Masse derer, die nicht die Überzeugung, aber der Magnetismus des Erfolges mitriß, gab es die einfachste aller Möglichkeiten: Mit der freudigen Spannung des Kindes vor der Weihnachtsbescherung warteten sie auf den Einzug ihres Messias in die Macht. Die besseren unter ihnen erhofften davon alles Heil für Deutschland, die schlechteren wenigstens für sich selbst.

b) Eine weitere Gruppe von Menschen sah ohne Genugtuung, ja vielfach mit Sorgen und Bedenken die Machtergreifung durch Adolf Hitler als unvermeidlich, als geradezu schicksalhaft für Deutschland an. Soweit sie dann noch den Weitergang der Dinge optimistisch beurteilten, wie z. B. manche führenden Wirtschaftler, Diplomaten und Generäle, glaubten sie durch Anschluß an die NSDAP und durch aktive positive Mitarbeit im Gefolge des Diktators die Dinge günstig beeinflussen zu können.

c) Diejenigen dagegen, die die Diktatur ebenfalls für unvermeidlich ansahen, die Zukunft aber pessimistisch beurteilten, zogen sich, soweit sie im öffentlichen Leben standen, völlig in den Bereich des Unpolitischen zurück und überließen Deutschland seinem Schicksal.

Einheitsfront DNVP bis SPD gegen Hitler?

d) Das Gegenteil dieser passiven Einstellung zu den Dingen wäre ein aktiver Zusammenschluß aller nichttotalitären Kräfte gewesen, also aller Kräfte außer NSDAP und KPD, zu *einer* Front zur Erhaltung des Verfassungs- und Rechtsstaates und zum Schutze der staatsbürgerlichen Freiheiten.
Unter anderen Umständen hätte dieser Weg der für das deutsche Volk aussichtsreichste sein können: Wenn alle Machtfaktoren außerhalb des totalitären Bereichs, also außerhalb der NSDAP und der KPD, mit dem Ziele zusammengegangen wären, die Entstehung einer Parteidiktatur zu verhindern, dann wäre diese vermutlich dem deutschen Volke wirklich erspart geblieben. Wenn Reichspräsident, Reichsrat und fast alle Länderregierungen, gestützt auf Reichswehr und Polizei, auf alle Parteien von der DNVP bis zur SPD und auf alle entsprechend eingestellten Verbände und Wirtschaftsorganisationen eine feste Front hätten bilden können, dann konnte der Weg zur Diktatur wohl beiden totalitären Richtungen verbaut werden. Aber es steht außer Frage, daß an eine so weit gespannte Front unter den damaligen Verhältnissen niemals zu denken war. Dafür waren die herkömmlichen Parteigegensätze viel zu scharf. Deshalb Vorwürfe gegen rechts

oder links zu richten, ist müßig. Es ist für jeden Kenner der damaligen Verhältnisse unbestreitbar: für die SPD wäre jede Frontbildung mit den Deutschnationalen zusammen gegenüber der kommunistischen Agitation untragbar gewesen. Schon für die Anknüpfung entsprechender Verhandlungen wäre sie mit dem Vorwurf des „Verrates an der Arbeiterklasse" belegt worden. Ihre Führung konnte in der ganzen Zeit nach 1918 ihrer Gefolgschaft die Koalitionsbereitschaft mit bürgerlichen Mittelparteien eben nur dadurch plausibel machen, daß auch noch die „Große Koalition" den Kern der Rechten ausschloß. Hätte die SPD zur Abwehr Hitlers — und zugleich natürlich auch der zweiten totalitären Diktaturpartei, der KPD — eine Hugenberg einschließende Einheitsfront gebildet, dann hätte sie einen großen Teil ihres Anhangs an die KPD abgegeben. Und eine mit der SPD verbündete DNVP hätte ebenfalls scharenweise Verluste an die NSDAP gehabt. Hätten Führung und Gefolgschaft aller nichttotalitären Parteien den späteren Verlauf der Hitlerdiktatur vorweggeahnt, dann hätte die Sache wohl anders gelegen. So aber ist die Frage einer Einheitsfront aller nichttotalitären Parteien damals von niemand maßgebend angeschnitten worden, weder in den Parteilagern noch von außen her. Denn jeder sah diesen Weg von vornherein als nicht gangbar an. Es lag in den Dingen selbst ja auch letzten Endes eine furchtbare Barriere: die 1933 durchgeführte Wirtschaftspolitik Hugenbergs konnte politisch mit der SPD nicht durchgeführt werden.

e) Ein anderer Weg trug den Charakter unfruchtbarer Kraftvergeudung: Verzicht auf Teilnahme oder Förderung bestimmter positiver Entwicklungen und Beschränkung auf rein parteitaktische Opposition gegen alles Unerwünschte ohne jede Rücksicht auf die indirekten Auswirkungen dieser Opposition.

Dies war in Konsequenz ihrer ganzen Politik der gegebene Weg der KPD. Sie suchte auf ihm möglichst nach Agitationserfolgen gegen die SPD. Daß sie mit ihrer ganzen Taktik wider Willen Hitler sehr viel mehr nützte als irgendein anderer politischer Faktor außerhalb der NSDAP, hat ihre Führung zweifellos erkennen müssen. Aber sie war offenbar so sehr von einem baldigen Zusammenbruch jeder Hitlerregierung und von der Wahrscheinlichkeit ihrer eigenen Erfolge überzeugt, daß sie eine Entwicklung, die zunächst die NSDAP an die Macht bringen konnte, keineswegs als das Schlimmste angesehen hat.

Aber auch die von ganz anderen Grundvoraussetzungen ausgehende SPD hat zwar noch der zweiten Kandidatur Hindenburgs zum Reichspräsidenten zugestimmt, weil sie anderenfalls Hitlers Wahl zum Reichspräsidenten fürchtete. Sie hat sich aber im übrigen völlig vom Gang der Dinge in den unfruchtbaren Weg einer planlosen Opposition gegen alles ihr Unerwünschte hineintreiben lassen. Allerdings waren ihr durch ihre ganze taktische Lage die zwei Wege gesperrt, auf denen positiv — und vielleicht noch mit Erfolg — dem Abrutsch in die Diktatur entgegengearbeitet werden konnte. Sie hat sich wohl in Unterschätzung der Dringlichkeit und Größe der Gefahr nicht mehr entschlossen, sich wenigstens den einen von beiden zu öffnen, der auch für sie — wenn auch mit Unbehagen — gangbar sein konnte.

Hitlerfreies Präsidialkabinett?

f) Dieser Weg hätte in der Unterstützung oder wenigstens Duldung einer Präsidialregierung bestehen können, die der Reichspräsident ohne Mitwirkung der Parteien berief und in Anbetracht der Unmöglichkeit einer parlamentarischen Regierungsmehrheit und des darin liegenden Staatsnotstandes im Amte hielt, — erforderlichenfalls unter wiederholter Reichstagsauflösung. Das war der letzte, auch gegenüber der Verfassung vertretbare Ausweg, wenn eine „negative Mehrheit" — NSDAP und KPD — eine parlamentarische Regierung unmöglich machte. Das wäre gegebenenfalls auch

in dem freiesten Lande der Welt, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, in solcher Lage der einzige Ausweg, — wenn diese Notlösung dort nicht schon durch die Bestimmungen der Verfassung (über die Ernennung der Minister durch den Präsidenten) in einer verfassungsmäßig klaren Form als selbstverständlich gewiesen wäre.

g) Außerdem aber konnte unter den erforderlichen Kautelen noch ein anderer völlig verfassungsmäßiger Weg versucht werden, bestimmt durch folgende Erwägungen: Die NSDAP wuchs und mußte kraft ihres Radikalismus und der Notverhältnisse weiter wachsen, falls diesen nicht gesteuert werden konnte. Es war eine Zwickmühle in Funktion getreten. Einerseits: Die zunehmende Verzweiflung und Not trieben die Massen immer mehr in den Radikalismus hinein, dem Hugenberg durch Verhinderung des Young-Planes hatte vorbeugen wollen. Andererseits: in einem streng parlamentarisch regierten Staate war es gegenüber den von zwei Seiten, von rechts und von links, her angreifenden Vertretern dieses Radikalismus unmöglich, sie auf die Dauer von der Regierung fernzuhalten. Der nach parlamentarischem Brauche zunächst gegebene Ausweg war der, die NSDAP nicht allein zur Regierung kommen zu lassen und ihr nicht diejenigen Faktoren der Macht anzuvertrauen, mit denen sie dann die „totalitäre Gewalt" an sich reißen konnte. Denn bei ihrem Charakter bestand die Gefahr, daß sie rechtswidrig und gewalttätig zur Diktatur schritt, um unwiderrufliche Verhältnisse zu schaffen. Also mußte man mit ihr eine Koalition eingehen und sie dabei auf klar begrenzte und machtmäßig gesicherte Bedingungen festlegen. Wenn eine Partei einmal so stark geworden ist, daß ohne sie keine Parlamentsmehrheit mehr gebildet werden kann, und wenn diese Partei andererseits mit Recht hinsichtlich Verfassungs- und Gesetzestreue als nicht verläßlich gilt, dann gibt es unter Wahrung der parlamentarischen Spielregeln eben nur ein Mittel, um sie vielleicht noch zu zügeln: mit ihr zusammen eine solche Koalition bilden, — eine Koalition, die dann aber wahrscheinlich nicht Schauplatz gedeihlicher Zusammenarbeit, sondern mehr die Arena eines ständigen und gefährlichen Ringkampfes sein wird.

Koalitionsbildung mit NSDAP?

Dieses Mittel mit dem Ziel einer Bezähmung Hitlerscher Totalitätsansprüche anzuwenden, erschien offenbar der Zentrumspartei 1932 noch als der einzig Erfolg versprechende Weg zur Rettung des Rechtsstaates und der persönlichen Freiheit. Sie war sicher nicht leichten Herzens, sowohl im Reich wie in Preußen, zu Verhandlungen bereit, um mit den Nationalsozialisten eine Koalition zu bilden, bei der die Führung zwangsläufig bei der NSDAP gelegen hätte. Daß diese Verhandlungen zu keinem positiven Ergebnis führten, lag nicht am fehlenden Willen der Zentrumspartei, sondern an dem sich überstürzenden Gang der Ereignisse. Auch im Januar 1933 lag es nicht an der Zentrumspartei, daß sie nicht in die Regierungsbildung eingeschaltet wurde. Hitler unterließ ihre Zuziehung, weil ihm sonst die Begründung der Reichstagsauflösung mit fehlender Regierungsmehrheit genommen war. Daß in einer etwa zustande gekommenen Koalition die Zentrumspolitik unvermeidlich gescheitert wäre, wird heute wohl kaum jemand bezweifeln. Wegen der grundsätzlichen Koalitionsbereitschaft gegenüber der NSDAP hat damals niemand — von der KPD natürlich abgesehen — den Zentrumsführern Kaas, Brüning, Dessauer irgendeinen diffamierenden Vorwurf gemacht, auch die SPD hat sie höchstens als falsch, aber nie als verwerflich bezeichnet. Auch heute denkt anscheinend — wiederum von der KPD abgesehen — niemand daran. Für die gleiche Sache aber einen anderen Maßstab anzuwenden, wenn es sich um Hugenberg handelt, kann schwerlich mit sachlichen Gesichtspunkten vertreten werden.

Haltung des Zentrums

Der Gedanke, durch eine Koalition mit Hitler diesen zu fesseln, war 1932 beim Zentrum wohl stärker als in jeder anderen Partei. Dagegen hat es leider

den anderen möglichen Weg, von dem man heute rückschauend sagen kann, daß er 1932/33 zur Rettung vor der Hitlerdiktatur der sicherste war, stets beharrlich abgelehnt: eben den der Duldung und Unterstützung eines Präsidialkabinetts. Wie weit diese Haltung der Zentrumspartei durch den besonderen Gegensatz zu ihrem früheren Mitglied von Papen bedingt war, mag dahingestellt bleiben. Daß diese Haltung auch nach dem März 1933 in der Zentrumspartei noch als glücklich angesehen worden ist, kann bezweifelt werden. Auch die SPD wird nach geschehenem Unheil an die Zweckmäßigkeit ihrer Taktik kaum noch sehr fest geglaubt haben. Gewiß, sie konnte mit Hitler keine Koalition eingehen. Der Überlegung darüber war sie völlig enthoben, weil Hitler es ihr garnicht anbieten konnte. Aber seit 1930 war die ganze Taktik der SPD von dem Motiv beherrscht, um jeden Preis auch zu verhindern, daß nun etwa andere eine Regierungskoalition mit der NSDAP abschlossen, im besonderen das Zentrum. Dabei kann heute wohl nicht mehr bestritten werden, daß es für Rechte, Mitte und Linke — und vor allem für die Volksgesamtheit — wahrscheinlich *das beste gewesen wäre, wenn man aus dem Wahlergebnis vom September 1930 die nach englischen Begriffen unvermeidbare demokratische Konsequenz gezogen und dieses Wahlergebnis auch für die Regierungsbildung als maßgeblich beachtet hätte.* Das hätte damals bedeutet, daß eine Regierung der Rechten und der Mitte gebildet worden wäre, die die NSDAP miteingeschlossen hätte. Bei den damaligen Kräfteverhältnissen konnte Hitler nicht die Ansprüche stellen, wie er sie 1932 als Haupt von 14 Millionen Wählern erhob. 1930 war es sehr wohl denkbar, daß eine solche Regierung von Brüning geführt werden konnte. Dann bestand noch eine große Chance, der Entwicklung zur Totalität rechtzeitig vorzubeugen und den braunen Messiasnimbus auf die Probe zu stellen, ehe sein Träger alle Macht in die Hand bekam. Allerdings hätte dann die SPD ihre preußische Regierungsposition schon damals räumen müssen, aber angesichts der Verschiebung in der Wählerschaft war sie ja ohnehin nicht mehr zu behaupten. Die spätere Entwicklung hat gezeigt, wie wertlos es für die SPD war, diese Position auch noch über die Aprilwahl 1932 hinaus in der Hand zu behalten. Hugenberg hat sich über diese Zusammenhänge bereits im Juni 1932 auf einer Tagung der DNVP klar ausgesprochen. (vgl. Anlage II).

Auf des Messers Schneide

Im Herbst und Winter 1932/33 — also 5 Minuten vor 12 — lag eine Chance, Hitler völlig von der Macht fernzuhalten, noch darin, daß eine nicht parteigebundene Präsidialregierung zumindesten solange im Amt bleiben konnte, bis die schlimmste Phase der Wirtschaftskrise auf Grund durchgreifender Heilungsmaßnahmen überstanden und damit die wichtigste Voraussetzung für Hitlers Wahlerfolge beseitigt war. Aber statt eine solche Entwicklung durch passive Duldung zu ermöglichen, beteiligte sich auch damals die SPD an dem großen Kesseltreiben gegen die Regierung Papen, bei dem Reichstagspräsident Göring die Regie führte. Die SPD beantragte auch zuguterletzt noch gegen das Kabinett Schleicher ein Mißtrauensvotum, obwohl nach einem Sturze Schleichers ein anderer Kanzler als Hitler schwer vorstellbar war. Der offene Konflikt Hitlers mit Gregor Strasser konnte zudem offensichtlich nur dann eine Sprengungsgefahr für die NSDAP bedeuten, wenn diese weiter vor dem Tore zur Macht stehen bleiben mußte. Wie bestellt, paßte in Hitlers Gesamtspiel die von der SPD geübte Taktik hinein. Und doch denkt billigerweise niemand daran, ihr deshalb gewollte „Steigbügelhaltung" vorzuwerfen.

Hugenbergs Haltung

Hugenbergs Politik hat in den Jahren 1931/33 offensichtlich — je nach der schnell wechselnden Lage — mit beiden Methoden zur Vermeidung einer totalitären NSDAP-Diktatur gerechnet, nämlich der Koalitionsbildung mit Hitler und der Stützung eines Präsidialkabinetts gegen Hitler. Bis zur Harzburger

Tagung (11. Oktober 1931) lag ihm aus Gründen, die mit seinem Wunsche zusammenhingen, bei der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl sowohl eine Kandidatur Hindenburg wie eine Kandidatur Hitler zu verhindern, das erste Verfahren näher. Nachdem ihm durch „Harzburg" diese Hoffnung zerschlagen war, entschied sich Hugenberg gegenüber der unverhüllten Diktaturforderung Hitlers 1932 mit allem Nachdruck für das Präsidialkabinett. Als aber der schlecht beratene, greise Reichspräsident auch von dem Versuche der Durchführung dieser Methode Abstand nahm, sah sich Hugenberg Ende Januar 1933 durch den von ihm nicht beeinflußbaren Gang der Verhältnisse gezwungen, sich widerstrebend und voller Sorgen und Bedenken doch noch an der Anwendung der ersten Methode zu beteiligen.

Die Harzburger Tagung

Als ein Versuch der Gangbarkeit des Koalitionsweges ist die Veranstaltung der viel genannten und in ihrer Bedeutung so völlig falsch beurteilten Harzburger Tagung von 1931 anzusehen. Daß sich Hugenberg zu diesem Versuch entschloß, war durch die politische Gesamtentwicklung geboten. Der von manchen Kritikern, die aus „Harzburg" ein Schlagwort machten, erhobene Vorwurf, Hugenberg habe durch die Harzburger Tagung Hitler erst verhandlungsfähig gemacht und ihn „in den Sattel gesetzt", verkennt völlig die wirkliche Lage. Hitler, den noch zwei Jahre vorher die poltischen Führungskreise meist nur als einen Agitationsredner mit örtlich begrenztem Anhange ansahen, war bereits durch die Septemberwahl 1930 in den Sattel gesetzt worden. Über 6 Millionen Wähler hatten ihm 107 Mandate und damit die zweitstärkste Reichstagsfraktion gegeben. Die inzwischen in einzelnen Ländern stattgefundenen Landtags- und Kommunalwahlen zeigten, daß bis Herbst 1931 sein Anhang noch um schätzungsweise 3 bis 4 weitere Wählermillionen gewachsen war, sodaß er bei einer Reichstagsneuwahl zwangsläufig die weitaus stärkste Fraktion bekommen mußte.

Die im Kabinett Brüning regierende Mitte hatte nach der Septemberwahl 1930 sich nicht entschließen können, Hugenbergs Vorschlag zu folgen und im Reiche und in Preußen eine Regierung mit den Deutschnationalen zu bilden, die die NSDAP einschließen sollte. Man hätte diese zu praktischer politischer Arbeit in einem Zeitpunkt genötigt, in dem ihr für unbegrenzte Vormachtansprüche noch die machtmäßige Unterlage fehlte. Die Mitte hatte es jedoch vorgezogen, keinen Versuch in dieser Richtung zu machen, sondern, auf eine unsichere Unterstützung durch die SPD angewiesen, kurzfristig von Monat zu Monat weiter zu manöverieren. Der NSDAP wurde dadurch eine unschätzbare Agitationsmöglichkeit belassen, deren umwälzende Wirkungen in der Wählerstimmung schon im Herbst 1931 klar erkennbar waren.

Als das Oberhaupt der größten und rapide weiterwachsenden Anhängermasse, die irgendeiner politischen Richtung jemals zu Gebote stand, brauchte Hitler nicht erst noch nach Harzburg zu fahren, um dort von anderen „verhandlungsfähig" gemacht zu werden. Er war es längst. An ihn hatten sich bereits Leute aus allen möglichen politischen und wirtschaftlichen Gruppen gewandt. Alle maßgeblichen politischen Faktoren, einschließlich der Reichswehrführung, sahen in ihm eine reale Macht erster Ordnung, mit der zu verhandeln die Regierung schon durch die herannahende Reichspräsidentenwahl unvermeidlich genötigt sein würde. Selbst der Reichspräsident ließ sich trotz starker persönlicher Abneigung schließlich bestimmen, mit dem „böhmischen Gefreiten" zu reden.

Außer 107 Nationalsozialisten im Reichstage gab es fast 100 Abgeordnete halbrechts zwischen DNVP und Zentrum. Hugenberg hatte infolge der Abspaltungen von 1929/30 nur noch 41 Abgeordnete in der deutschnationalen Reichstagsfraktion. Der Hebeldruck, den er mit dieser Anhängerschaft, die nicht ganz 8 % des Reichstages ausmachte, auf die Reichspolitik ausüben konnte, war

entscheidend davon abhängig, inwieweit neben der DNVP die Nationalsozialisten und auf der anderen Seite auch die Vielzahl von Parteien zwischen Deutschnationalen und Zentrum in paralleler Richtung taktisch angesetzt werden konnten.

Hugenbergs altes Ziel, die Loslösung des Zentrums von der Linken zu erreichen, war nur noch durch eine weit gespannte Sammelaktion und nicht mehr durch separate Schritte der geschwächten Deutschnationalen Volkspartei erreichbar. Diese Sammelaktion trat unter Einschaltung wirtschaftlicher und sonstiger Organisationen in Harzburg in Erscheinung. Sie mußte die Einbeziehung der NSDAP versuchen, wenn sie nicht im Voraus die Erfolgsmöglichkeiten auf Grund der Stärkeverhältnisse verbauen wollte. Im Herbst 1931 waren Hitlers Ansprüche infolge dauernder starker Erfolge seiner Partei bei Landtagswahlen gewaltig gestiegen. Noch aber war die Anschauung weit verbreitet, er könne durch Erwägungen der Vernunft und Mäßigung zu normaler Zusammenarbeit gebracht werden. Und noch gab es in der NSDAP einen starken, nicht totalitär gesinnten Flügel, an dessen Spitze Gregor Strasser stand, der nach Hitler einflußreichste Mann der Partei.

Torpedierung von Harzburg

Die an der Tagung beteiligten Kräfte konservativer Staats- und Rechtsauffassung, die Deutschnationalen, der Stahlhelm, der Reichslandbund und andere rechtsstehende Organisationen — auch mittelparteiliche Vertreter aus den Reihen der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und der Landvolkpartei waren anwesend — machten in Harzburg die Probe auf das Exempel, ob mit Hitler und seiner Partei ein praktisches Zusammenarbeiten auf loyaler Grundlage möglich sein könne. Das Ergebnis war — auch durch Eingreifen Dritter — negativ. Hitler, dem am Vortage zwecks Torpedierung der Tagung ein persönlicher Empfang beim Reichspräsidenten vermittelt war, wurde dadurch in seinen Totalitätshoffnungen erheblich bestärkt. Der Tagungsverlauf zeigte, daß bei ihm eine Bereitschaft zu loyaler Zusammenarbeit gleichviel mit wem schwerlich mehr zu erreichen war. „Harzburg" war also im Gegensatz zu dem, was linksgerichtete Zeitungen entweder aus Unkenntnis annahmen oder aus Taktik unterstellten, keineswegs etwa ein Bündnis zusammenstehender Kräfte, sondern das eindeutige Gegenteil. Nur die Rücksicht auf die allen Beteiligten unerwünschten Presseauswirkungen verhinderte einen Bruch auf offener Szene. Die gleiche Rücksicht führte zwar zu gemeinsam angenommenen Entschließungen, aber das eigentliche „Ergebnis von Harzburg" war, neben einer Verstärkung des Richtungsstreites in der NSDAP nur die Feststellung, daß für die Rechte eine wirkliche Loyalität Hitlers ebenso fragwürdig war, wie für die Linke und die Mitte.

Hätte die Harzburger Tagung ein halbwegs positives Ergebnis gehabt und wäre dort die Bildung eines „Kartells" für eine praktische Zusammenarbeit erfolgt, dann hätte die propagandistische Bezeichnung „Harzburger-Front" einen realen Inhalt bekommen. Die Wirkung einer solchen Frontbildung wäre dann mit der Gründung des „Reichsbanners" vergleichbar gewesen, mit dem die Führung der SPD den linken Flügel des Zentrums zu sich in dauernden Kontakt brachte und dadurch die Zentrumspartei als Ganzes taktisch beeinflussen und binden konnte. Damit verglichen, hätte die Harzburger Tagung zu der erstrebten und sachlich gewünschten Bindung des Nationalsozialismus führen können. Diese Rechnung schlug aus den obenerwähnten Gründen fehl. Darüber waren sich nicht nur die Teilnehmer, sondern auch die Reichsregierung und die Umgebung des Reichspräsidenten sogleich nach der Tagung im klaren.

Verhängnisvolle Wirkung auf die Reichspräsidentenwahl

Das war nach außen hin das Bild von „Harzburg". Viel bedeutsamer, aber bisher nur wenigen Personen bekannt, ist die zerstörende Wirkung dieser Tagung auf einen Plan, der sich für Hugenberg aus vorhergegangenen Unterhaltungen mit Hitler in Nürnberg und München ergeben hatte, aber nicht verkündet werden konnte. Hitler betonte bei beiden Unterhaltungen sehr lebhaft,

tenden Niederlage nicht aussetzen dürfe. Hugenberg benutzte diese Äußerungen daß er bei der im Frühjahr 1932 bevorstehenden Reichspräsidentenwahl keinesfalls kandidieren werde, da er seine Partei der mit Sicherheit zu erwarzu der Feststellung, daß sowohl im Interesse des deutschen Volkes wie Hindenburgs selbst auch dieser bei seinem Alter und Gesundheitszustande nicht gewählt werden könne. Da Hitler dies lebhaft aufnahm, konnte Hugenberg die Frage aufwerfen, ob nicht ein neutraler Kandidat gefunden werden könne, der sowohl auf die Stimmen der Mittelparteien, wie auch auf diejenigen der Deutschnationalen und Nationalsozialisten rechnen könne. Hitler stimmte diesem Plane zu, und es entstand der Gedanke der Zusammenkunft in Harzburg als Vorspiel und Akt der Sammlung vor dem Ausruf des Kandidaten. Hugenberg nannte in erster Linie den Namen des Oberbürgermeisters Dr. Jarres-Duisburg. Hitler bat mit dem „Versprechen", daß die Personenfrage keine Schwierigkeiten bereiten werde, die Festlegung auf eine bestimmte Person noch kurze Zeit zu vertagen. So blieb diese Frage bis zum Tage vor Harzburg offen. Am Abend von Harzburg war dieser Plan bereits gescheitert. *Das schließliche Ergebnis war die Wiederwahl Hindenburgs und damit in der verhängnisvollsten Zeit das Fehlen eines festen, klaren Willens an der für die Geschicke Deutschlands entscheidenden Stelle.* Der damit geschaffene Zustand erleichterte Hitler die „Machtergreifung".

Die Dinge liefen also nun in folgender Reihe ab: Hitler ließ sich selbst als Kandidat für die Reichspräsidentenwahl aufstellen. Die Deutschnationale Volkspartei und der Stahlhelm lehnten sowohl Hitler wie Hindenburg ab, obwohl Hindenburg der Protektor des Stahlhelms war. Sie vertraten beide die Auffassung, daß eine Erneuerung der Kandidatur Hindenburgs dem in höchstem Greisenalter stehenden, gesundheitlich sehr stark erschütterten Reichspräsidenten nicht mehr zuzumuten und mit den Interessen des Reiches nicht mehr vereinbar sei. Die oberste Lenkung des Volksschicksales in einer Zeit schwerster Staats- und Wirtschaftskrise in die Hände der unkontrollierbaren, selbstsüchtigen und politisch urteilslosen Umgebung des Reichsoberhauptes zu legen, war alles andere als ratsam. Der Brief Dr. Brünings, der 1947 in der „Deutschen Rundschau" erschien, kann diesen Standpunkt nur als berechtigt kennzeichnen. Wenn damals DNVP und Stahlhelm gemeinsam Duesterberg als Kandidaten aufstellten, so geschah es nicht, weil sie damit auf einen Wahlerfolg rechneten. Sie wollten aber die Entscheidung im ersten Wahlgang verhindern, um damit für den zweiten Wahlgang immer noch die Möglichkeit der Aufstellung einer neuen, nicht parteigebundenen Persönlichkeit offenzuhalten. *Diese Rechnung durchkreuzten die deutschen Urwähler,* indem sie schon durch das Ergebnis des ersten Wahlganges die Erwartungen der Umgebung Hindenburgs erfüllten, aber immerhin Hitler im ersten und erst recht im zweiten Wahlgang so abschneiden ließen, daß Hindenburgs Umgebung und General von Schleicher eine stärkere Annäherung an Hitler als unvermeidlich ansahen. Das *hatte auch Brünings Sturz und Papens Präsidialkabinett zur Folge, dessen Berufung nach Fühlungnahme Schleichers mit Hitler erfolgte, während Hugenberg auf diese Entwicklung ohne jede Einwirkung war.*

Der Umstand, daß Hugenberg aus den dargelegten Gründen gegen eine neue Kandidatur Hindenburgs war, dieser selbst aber Reichspräsident bleiben wollte, machte es allen Gegnern Hugenbergs einschließlich der Nationalsozialisten leicht, Hugenberg als „Gegner Hindenburgs" bei diesem mißliebig zu machen und damit auch seine Politik. Die weitere Folge war, daß Hugenberg in keinen persönlichen Kontakt mit Hindenburg kommen und damit auch keinen Einfluß auf seine Entscheidungen ausüben konnte.

Hugenberg und die Regierung Papen

Nachdem das Kabinett Papen berufen war, hielt sich Hugenberg zu seiner Unterstützung im Gegensatze zu Hitler verpflichtet. Zwar übte er an Einzel-

heiten dieses Kabinetts und seiner Praxis Kritik, insbesondere in der Richtung, daß auf dem Gebiete der Wirtschaft nichts Durchgreifendes geschah und deshalb die Quelle des Radikalismus der Massen unverstopft blieb. Aber Hugenberg konnte trotz sachlicher und personeller Bedenken die Zusammensetzung des Kabinetts von Papen und später des Kabinetts von Schleicher nicht beanstanden, wenn er den Grundsatz der nicht-parteigebundenen Berufung durch den Reichspräsidenten bejahte. Das mußte er schon aus grundsätzlichen Erwägungen tun, denn das Vorgehen des Reichspräsidenten in diesem durch den Zwang der Umstände gekennzeichneten Einzelfall entsprach praktisch der von Hugenberg generell angestrebten Verfassungsreform. Wer dem Staatsoberhaupt die Befugnis zu einer von den Parlamentsfraktionen unabhängigen Wahl der Regierungsmitglieder wünscht, kann nicht als Parteiführer die getroffene Auswahl beanstanden, weil sie ihm persönlich vielleicht nicht gefällt.

Papens Berufung und die Zusammensetzung seines Kabinetts waren Gegenstände der Rücksprache General von Schleichers mit Hitler gewesen. Für Hugenberg bedeuteten sie eine völlige Überraschung. Er sah Papen mit Bewußtsein zum ersten Male, als dieser schon Kanzler geworden war. Papen sagte ihm dabei: „Sie wundern sich vielleicht, mich in dieser Stellung zu sehen" — eine schlagende Widerlegung des Argwohns mißtrauischer Leute, beim Sturz Brünings und der Berufung Papens müsse Hugenberg unbedingt „Drahtzieher" gewesen sein. *Ausschlaggebend für die Unterstützungsbereitschaft Hugenbergs gegenüber dem Kabinett Papen oder genauer gesagt, gegenüber jedem nicht parteigebundenen Präsidial-Kabinett, war die Eignung eines solchen Kabinetts als haltbarer Prellbock gegen Hitlers Diktaturgelüste.* Denn dieser begann, — nachdem er „vierzehn" oder wenigstens „zwölf Jahre lang" in schroffstem Antiparlamentarismus „gemacht" hatte — auf einmal, von Göring und Goebbels assistiert, auf das parlamentarische System zu setzen. Hitler war sich bewußt oder unbewußt darüber klar, daß er nicht ein Schützling geheimnisvoller dynastischer, militärischer oder großkapitalistischer Kräfte, sondern — wie übrigens fast alle Massendiktatoren — ein echtes Kind des demokratischen Stimmzettels war. Er hatte begriffen, daß gerade der von ihm so oft verdammte Parlamentarismus einem Massenhypnotiseur großen Stils unerhörte Chancen bieten konnte. Und zugleich war seine damalige große politische Erfolgserie für seine sensible und labile Psyche auch schon zu jener Zeit gefährliches Rauschgift, so wie später die militärischen Erfolgserien seiner Blitzkriege von 1939/41.

Hitlers innerpolitischer „Blitzkrieg" 1932

Am 7. Mai 1932 hatte Schleicher mit ihm die geheime Besprechung über den bevorstehenden Sturz Brünings und die Berufung Papens. Am 28. Mai sagte Hitler dem Kanzlerkandidaten Papen die Tolerierung durch die NSDAP zu — gegen die Aufhebung von SA-Verbot und Demonstrationsverbot und gegen die Reichstagsauflösung. Am 30. Mai wiederholte er mit Göring zusammen diese Zusage gegenüber dem Reichspräsidenten. An demselben Tage wurde Brüning entlassen und am 1. Juni Papens Regierung gebildet. Am 3. Juni lehnte Hitler die schriftliche Fixierung des mündlich gegebenen Tolerierungsversprechens gegenüber Schleicher ab. Trotzdem vollzog der Reichspräsident, statt nunmehr das Ruder herumzuwerfen, am 4. Juni die von Hitler öffentlich immer von neuem verlangte Auflösung des Reichstages, dessen Neuwahl auf den 31. Juli festgesetzt wurde. Am 13. Juli forderte Hitler die Aufhebung des Uniformverbotes. Die Regierung leistete dem am 14. Juli Folge. Nachdem er, offenbar auch über diesen Punkt vorweg unterrichtet, in Presse und Versammlungen dauernd ein Einschreiten des Reiches gegen das Preußische Kabinett Braun verlangt hatte, wurde am 20. Juli 1932 tatsächlich durch Notverordnung des Reichspräsidenten die Preußische Regierung ihres Amtes enthoben und der Reichskanzler zum Staatskommissar bestellt. Es war kein Wunder,

daß ein großer Wahlsieg diesen „Blitzkrieg politischer Erfolge" krönte. Die NSDAP bekam fast 14 Millionen Stimmen und 230 Reichstagsmandate von insgesamt 608!

Daß Hitler nun die feste Überzeugung hatte, nötigenfalls in aller Kürze mit seiner Propagandamaschine auch noch den zur absoluten Mehrheit erforderlichen Zuwachs herauszuholen, war nicht erstaunlich. *In dem neugewählten Reichstage war in jedem Falle eine positive Mehrheitsbildung ohne NSDAP unmöglich.* Prompt verlangte jetzt Hitler, in direktem Gegensatze zu seinen Zusagen, für sich den Kanzlerposten. Er erhielt ihn nicht. Die NSDAP-Propaganda raste nun gegen „Herrenklub", „Reaktion und Barone" in einer Tonart, bei der die Kommunisten schwer Schritt halten konnten. Göring, ein bewährter Putschist, machte sich als Reichstagspräsident ernste Sorgen um die Weimarer Verfassung. Er rempelte beim Antrittsbesuch des Reichstagspräsidiums den Reichspräsidenten mit dem Vorwurf an, daß er nicht verfassungmäßig „dem Volkswillen Rechnung trage". Im Gegensatze zu dem deutschnationalen Vizepräsidenten Graef (vgl. Anlage III) assistierten die Vizepräsidenten der Mitte und der Linken dabei noch eifrig Göring, dem Manne, der sich vielleicht schon damals überlegte, wann er sie einsperren lassen würde. Sie taten es, obwohl ihnen eigentlich klar sein mußte, daß Göring mit der „Nichtbeachtung des Volkswillens" nur die Nichtberufung Hitlers zum Kanzler gemeint haben konnte! Das Hohngelächter der oberen NSDAP-Kreise über solche Vorgänge und über die Rolle, die sie den Reichstagsparteien — mit Ausnahme der DNVP — im Kampfe gegen das Präsidialkabinett zudiktieren konnten, klingt aus Goebbels Tagebuch „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei" deutlich genug heraus. Wenn jetzt manche Geschichtsschreiber und politische Betrachter sich den Aufstieg Hitlers ohne „Steigbügelhalter" nicht denken können, sollten sie sich jedenfalls darüber im klaren sein, daß dann in diesem Jahre 1932 die Steigbügel für ihn geschnallt sein müßten! Bei dem späteren Sich-in-den-Sattel-Schwingen brauchte er keine fremde Hilfe mehr.

Hugenbergs Warnung an Hitler

Für keinen einzigen unter den zahlreichen für Hitler in diesem entscheidenden Jahr vorteilhaften Vorgängen kann man aber bei einwandfreier Klärung der Zusammenhänge Hugenberg irgendeine Verantwortlichkeit aufbürden. Er hatte vor dem ersten wie vor dem zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl Hitlers Aufforderung, seine Kandidatur zu unterstützen, ausdrücklich abgelehnt. Er machte ihm in einem damals veröffentlichten *Briefe vom 20. März 1932* eindringlich klar, daß Totalitätswünsche Hitlers bei den Deutschnationalen nur auf Ablehnung stoßen könnten, indem er ihm schrieb:

> „Zur Klugheit gehört auch Mäßigung. Man konnte und kann bei der heutigen Gesamtlage nicht erwarten — das habe ich Ihnen in München schon am 4. Februar gesagt und später in Berlin wiederholt — daß der Generalfeldmarschall von Hindenburg alle eigentlichen Machtpositionen in die Hände *einer* Partei legt, insbesondere also auch die mühsam aufgebaute und aufrechterhaltene Reichswehr. Wenn Sie alle Machtpositionen in Ihrer Hand, in der Hand Ihrer Partei oder Bewegung vereinigen wollen — eine Sache, die es bisher unter keinem Kaiser und König in germanischen Landen gegeben hat, so sage ich Ihnen vorher, daß Sie um dieses Ziel das Blut Ihrer Besten vergeblich verspritzen werden, und daß Sie insbesondere mit 'Legalität' nie zu diesem Ziele kommen werden. Was sich dagegen zusammenballt, wird immer stärker sein als Sie. Mit dem Satze ‚Alles oder nichts' ist schwer Politik zu machen."
>
> „Hier (beim ersten Wahlgang) haben sich auch die Kraftworte und die Betonung der Ausschließlichkeit Ihres Machtstrebens ungünstig ausgewirkt, die sonst Ihrer Partei bei der Werbung so manchen Anhänger zuführen. Ebenso die Sorge, daß mit Ihrer Wahl eine Parteiherrschaft die andere ablösen, ja, daß eine Parteidiktatur die Folge sein werde. Diese Gesichtspunkte lassen für Sie auch den zweiten Wahlgang aussichtslos erscheinen."*)

Diese für Hitler unmißverständliche Warnung und Ablehnung war, wie wir

heute sagen können, kein wirklich eingetroffenes Prophetenwort; denn Hugenberg hat zweifellos — indem er von seiner eigenen, später bestätigten inneren Einstellung auf diejenigen der anderen schloß — die Widerstände überschätzt, die Hitler schließlich auf seinem Wege zur Diktatur fand. Die wirklich eintretenden Widerstände waren zu schwach, um Hitler diesen Weg zu verlegen. Aber am 20. März 1932 konnte Hugenberg — wie damals offensichtlich alle Parteiführer außerhalb der NSDAP — sich noch zu der von ihm ausgesprochenen Beurteilung der Lage berechtigt glauben, ganz abgesehen davon, daß es ja eine Warnung, eine Entmutigung sein sollte! Jedenfalls gibt seine im Anfangsstadium der das Jahr 1932 umfassenden Totalitätsoffensive Hitlers an diesen gerichtete Warnung *eine klare Antwort auf die Frage, ob Hugenberg etwa die Hitlerdiktatur gewollt haben kann. Er hat sie selbstverständlich nicht gewollt.* Und er hat sie seiner ganzen staatspolitischen Denkungsweise und seinen ganzen Rechtsvorstellungen nach unmöglich wollen können (vgl. Anlage IV).

Hitlers Kampf gegen die Deutschnationalen

Für Hitler bestand auch keinerlei Zweifel darüber, daß er bei Hugenberg und bei der Deutschnationalen Volkspartei nur auf grundsätzliche Gegnerschaft stoßen würde, wenn er den Rechtsboden verlassen und eine totalitäre Gewaltherrschaft anstreben wolle. Daraus zog er seine Konsequenzen. Beim Preußenwahlkampf im April 1932 und beim Reichstagswahlkampf im Juli 1932 spielte für die nationalsozialistische Propaganda der *Kampf gegen die als „Reaktion" befehdeten Deutschnationalen* eine wichtige Rolle und beim Novemberwahlkampf standen *die Angriffe gegen die von Hugenberg geführte DNVP für die NSDAP* — ganz besonders für Goebbels — unstreitig *im Vordergrund aller Auseinandersetzungen.* (vgl. das öffentliche Rededuell Schmidt-Hannover mit Goebbels in der Hasenheide, Berlin, im Oktober 1932 und ferner Anlage V.) Die Auseinandersetzungen zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten in den Parlamenten, der Presse und den Volksversammlungen wurden im ganzen Jahre 1932 mit größter Schärfe durchgeführt. Die NSDAP wandte ihre terroristischen Methoden damals nicht nur, wie schon bisher, gegen links, sondern mit besonderer Vorliebe auch gegen rechts an. Der geradezu fanatische Haß gegen die Rechte, der in der zweiten Hälfte des Jahres 1932 im Auftreten der NSDAP den alten Haß gegen die Linke noch überbot, war bei Hitler, Goebbels, Göring durch sehr ernste taktische Erwägungen fundiert. Sie fürchteten zwar keine einheitliche Gegenfront der Linken, Mitte und Rechten, denn sie wußten, daß eine solche nicht zustande kommen konnte. Sie hatten auch keine Sorgen vor den Hemmungen und Schwierigkeiten, die der NSDAP aus einer Koalitionsbildung entstehen konnten, die sie damals wenigstens mit dem Zentrum in Betracht zogen. (Rückblickend weiß man jetzt, daß sie entschlossen waren, bei einer Koalitionsbildung jedem Partner alles Gewünschte zu versprechen, im Besitze der Macht aber unverzüglich alle gegebenen Versprechungen zu brechen).

Sorgen und zwar allerschwerste Existenzsorgen machte den Nationalsozialisten aber die Befürchtung, ein unabhängig von einer Parlamentsmehrheit berufenes Präsidialkabinett — sei es nun von Papen oder von Schleicher — *könnte längere Zeit im Amte bleiben und zu einer neuen, womöglich sogar zu mehrfach wiederholten Reichstagsauflösungen greifen.* Hitler stand unter schärfstem Zeitdruck. Er war Ende 1932 außerstande, noch längere Zeit zu warten; denn wenn sich durch den Fortbestand eines Präsidialkabinetts seine Machtergreifung noch um unbefristete Zeit verschob, war für seine agitato-

*) Zu diesem Briefe schrieb „Der Deutsche" (Blatt der Christlichen Gewerkschaften) vom 31. 3. 32: „Ja, hinter den Kulissen bereitet sich ein Krieg zwischen Hugenberg und Hitler vor." Und das „Montagsblatt" vom 4. 4. 32 bemerkte: „Die Presse der Hitler-Partei hat nun in unsachlicher und gehässiger Weise einen Kampf gegen Hugenberg begonnen, der besonders abstoßend wirkt, weil längst widerlegte Behauptungen der Linken neu hervorgeholt werden."

risch überhitzte und durch den Novemberrückschlag zum Teil entmutigte Gefolgschaft eine schwere innerorganisatorische und zugleich eine kaum lösbare finanzielle Krise unvermeidlich. Die Strasser-Krise bewies das deutlich, und in Goebbels' Schilderungen „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei" sind die damaligen schweren inneren Spannungen in der NSDAP, die leicht zu einer großen Explosion führen konnten, klar erkennbar. Von seiner Riesensorge um den Enderfolg seiner ganzen Massenhypnose befreite Hitler der Sturz Schleichers und — das war schließlich entscheidend — das sich daran knüpfende Aufgeben des Gedankens einer „Präsidialregierung". Aber seine Furcht vor dem Bestande einer solchen Regierung und vor einem dann wahrscheinlichen, unheilbaren Rückschlage seiner Agitationserfolge war für Hitlers Feindschaft gegen die Deutschnationalen maßgebend, die allein eine *Präsidialregierung* unterstützten. *Diese aufrechtzuerhalten, hatte Hugenberg sich im Herbst 1932 durch seine Ratschläge an Papen vergeblich bemüht.*

C. Die Kabinettsbildung im Januar 1933

Hitlers Berufung

Als Hindenburg von seiner Umgebung zur Ansicht gebracht wurde, daß auch Schleicher nicht einmal die Unterstützung der Mehrheit der nichttotalitären Parteien erhalten werde, und daß Hitlers im November zurückgeworfener Vormarsch in der Wählerschaft doch nicht mehr zu bremsen sei, stand Hitlers Ernennung zum Reichskanzler fest. Man erinnere sich in diesem Zusammenhange auch der Wirkung der Lippischen Landtagswahl vom 15. Januar 1933. Hieraus dürfen dem alten und kranken Hindenburg nur diejenigen einen ernsthaften Vorwurf machen, die der Meinung sind, der Reichspräsident habe zur Vermeidung dieser Ernennung mit der Reichswehr einen Staatsstreich gegen die Weimarer Verfassung als letzten Ausweg versuchen müssen. Alle diejenigen dagegen, die ihm bei der Ernennung der Präsidialregierungen Papen und Schleicher vorgehalten haben, er verstoße schon damit gegen die Spielregeln der Demokratie, sind zu Vorwürfen wegen Hitlers Berufung in keiner Weise befugt. *Denn nur in wenigen Fällen war eine Kanzlerberufung so sehr ein Musterfall nach den parlamentarisch-demokratischen Regeln wie gerade die Berufung Hitlers.* Nur einmal in der Weimarer Republik, nämlich bei den Wahlen zur Nationalversammlung, hatte die Sozialdemokratie etwa den gleich hohen Prozentsatz aller Mandate wie die NSDAP in der Juliwahl 1932. Hätte man trotzdem 1919 der SPD den Vorsitz in der Regierung verweigert, dann hätte es zweifellos Aufruhr und Generalstreik gegeben. Im November 1932 war Hitler allerdings etwas schwächer, besaß aber ein Drittel aller Mandate, was die SPD in keinem der Reichstage nach der Nationalversammlung erreicht hatte. SPD, Zentrum und Staatspartei, die alte Weimarer Koalition, hatten im November 1932 zusammen nicht soviel Mandate wie Hitler, der gerade 34 verloren hatte. Stand also Hindenburg endgültig von dem Versuche ab, die Lage mit Präsidialkabinetten zu meistern, kehrte er zur formal-demokratischen, zur parlamentarischen Methode zurück, dann konnte er an Hitler garnicht vorbeikommen.

Um jede Gefahr des Scheiterns der Verhandlungen auszuschalten, war Hitler, sobald seine Kanzlerschaft feststand, von einer überraschenden Zurückhaltung in parteipolitischen Ansprüchen. Er verlangte nur für 2 weitere Nationalsozialisten, für Frick und Göring, Ministersitze und akzeptierte acht Kabinettsmitglieder, die seiner Partei nicht angehörten. Er gestand Hugenberg die wirtschaftspolitischen Schlüsselstellungen, nämlich die Ministerien für Wirtschaft und für Ernährung sowohl im Reiche wie in Preußen, zu und zugleich Papen die Vizekanzlerschaft und das Staatskommissariat für Preußen, also die Kompetenzen des Ministerpräsidenten. Er verpflichtete sich ausdrücklich, auch nach Neuwahlen keine Änderung der Zusammensetzung der Regierung zu versuchen. *Er nahm eine Beschränkung in Kauf, die vor ihm jeder andere Kanzler abgelehnt hätte, nämlich die Verpflichtung, bei jedem Vortrag beim Reichspräsidenten den Vizekanzler hinzuzuziehen.* Stellt man noch die überragende Bedeutung in Rechnung, die zunächst auch gegenüber diesem Kabinett der Reichspräsident hatte, erwägt man, daß der Mann, der als Kanzler ein halbes Jahr früher Hitlers Totalitätsansprüche abgelehnt hatte, nun Vizekanzler wurde und die Preußische Regierung leiten sollte, daß Außen- und Wehrminister vom Reichspräsidenten ausgesucht und Hitler vorgeschrieben wurden, daß Finanzen, Justiz und Verkehr in die Hände von bewährten, der NSDAP fernstehenden Fachbeamten kamen, und daß Reichsarbeitsminister der erste Bundesführer des „Stahlhelms" wurde, dann kann man verstehen, daß unmittelbar nach dem 30. Januar 1933 in der deutschen Öffentlichkeit keineswegs der Eindruck entstand, Hitler stünde wirklich am Ziel seiner ehrgeizigen Wünsche nach totaler Machtergreifung.

Hitlers Doppelrolle

Aber Hitler sah die Dinge ganz anders an, als er sich nach außen den Anschein gab. Es ging ihm höchstens in zweiter Linie um Sachprobleme, denen zuliebe er, wie er das darstellte, eine vierjährige Zeitspanne ohne parlamentarische Krisen und Kämpfe erlangen wollte. Im Vordergrunde stand für ihn als allein bedeutsam das persönliche Machtproblem. Ihm ordnete er alles andere unter. Zu einer Lösung in seinem Sinne brauchte er als erstes die Berufung zum Kanzler, als zweites die Reichstagsauflösung und als drittes die direkte und unbeschränkte Verfügung über die Polizei. Für diese drei Dinge konnte er im Augenblick beliebig viel Konzessionen an den Reichspräsidenten, an seine Ministerkollegen und an die deutsche Öffentlichkeit machen. Diese Konzessionen störten ihn nicht; denn er war zu zweierlei im voraus entschlossen: Erstens zum Bruch aller Versprechungen und Verpflichtungen und zweitens zu einer persönlichen Doppelrolle, nämlich zu der des verfassungsmäßigen Regierungschefs und gleichzeitig zu der eines durch nichts gehemmten „Revolutionärs". Dieser Revolutionär sollte mit der Brachialgewalt seiner Parteiorganisation alle gesetzwidrigen Gewaltakte durchführen, die er zur Aufrichtung eines totalitären Diktatursystems nach russischem und italienischem Vorbild für erforderlich hielt. Der Regierungschef in gleicher Person hatte dabei vor dem „Revolutionär" zurückzuweichen und ihn und seine Werkzeuge vor den Risiken sicherzustellen, die normalerweise für Revolutionäre bestehen, die den gesetzlichen Boden verlassen.

Hugenbergs Widerstand

Daß es im Januar 1933 zu Hitlers Berufung in das Kanzleramt kam, ergab sich also ohne jede Mitwirkung Hugenbergs. Da dieser die Präsidialkabinette ja gerade als Bollwerke gegen die Gefahr einer Hitlerdiktatur unterstützt hatte, stand Hindenburgs Schwenkung im direkten Gegensatz zu Hugenbergs durch das ganze Jahr 1932 eingehaltener politischen Linie. Einige Zeit vor dem 30. Januar war von Hitler aus über Göring an die deutschnationale Parteiführung eine Einladung zu einer Besprechung ergangen, um zu klären, ob im Falle eines Rücktrittes Schleichers ein Zusammengehen möglich sein werde, wenn etwa der Reichspräsident Hitler mit der Kabinettsbildung beauftragen würde. Diese Besprechung hat in der Wohnung des Reichstagspräsidenten stattgefunden, wo Hitler mit Göring anwesend war. Hugenberg wurde von dem Abgeordneten Schmidt-Hannover begleitet. Die Aussprache endete nicht nur ergebnislos, sondern sie führte zu neuerlicher scharfer Verstimmung. *Die Deutschnationalen erklärten, daß sie keinesfalls eine Regelung gutheißen könnten, bei der das Preußische Innenministerium in nationalsozialistische Hand käme* und damit zugleich die Verfügung über die bewaffnete Polizeimacht des Preußischen Staates. Da aber Hitler von seinem Standpunkte auf jedes andere Ministerium eher verzichten konnte als auf das Preußische Innenministerium, — weil er ja anderenfalls keine Terroraktionen der Partei und der SA starten konnte! — war eine Einigung mit Hugenberg eben nicht möglich. Goebbels notierte daraufhin am 17. Januar in sein Tagebuch, daß eine Besprechung Hitlers mit der DNVP gewesen sei, die „zu keinem Ergebnis geführt" habe. In den allerletzten Januartagen wandte sich Papen als der vom Reichspräsidenten beauftragte Unterhändler für die Kabinettsbildung an Hugenberg, dem er mitteilte, daß der Präsident den Reichskanzler von Schleicher endgültig fallen lasse und zur Berufung Hitlers zum Kanzler und Papens zum Vizekanzler definitiv entschlossen sei. Hugenberg werde gebeten, in dem über zwei Drittel nichtnationalsozialistischen Kabinett die wirtschaftlichen Ministerien zu übernehmen.

In den verschiedenen Verhandlungen nahm *Hugenberg* zu der in Aussicht gestellten Übertragung des Preußischen Innenministeriums an Göring *wieder ablehnend Stellung und ebenso gegen die dabei erörterte Hitlersche Forderung auf sofortige Reichstagswahl.* Infolgedessen notiert Goebbels am 27. Januar

in sein Tagebuch, daß „die Forderungen der Deutschnationalen größtenteils unannehmbar" seien. Auch gegenüber Hitler beharrte Hugenberg in beiden Streitfragen auf seinem Standpunkt, der Hitler das Konzept verdorben hätte, wenn er durchgesetzt worden wäre. *Goebbels*, dem das natürlich nicht paßt, notiert am 29. Januar, daß „die Reichstagsauflösung unbedingt erfolgen" müsse. „Aber" — schreibt er — *„die Deutschnationalen wehren sich dagegen mit Händen und Füßen"* — Vorweg sei gesagt: Über den letzten etwas turbulenten Verhandlungen liegt eine gewisse Unklarheit. Während sie noch liefen, erschien Staatssekretär Meißner und teilte mit, daß der Reichspräsident bereits mit der Vereidigung des Kabinetts begonnen habe und die Herren erwarte. Hitler und Göring schienen sich bei dem ihnen gegebenen Winke beruhigt zu haben, daß es zur Reichstagsauflösung keines Kabinettsbeschlusses und demnach auch keiner Zustimmung Hugenbergs bedürfe, und daß den Kommissar für das Preußische Innenministerium lediglich der vom Reichspräsidenten zu berufende Reichskommissar für Preußen — also Papen — zu ernennen habe.

Die im letzten Trubal vor der Vereidigung (siehe S. 28) von Hitler zu Hugenberg geäußerte Bemerkung, man werde sich über die Frage der Reichstagsauflösung verständigen, wurde später von Hitler als unverbindlich behandelt. Hugenberg dagegen, dem die Abneigung des Reichspräsidenten gegen neue Wahlen bekannt war, glaubte schließlich, die endgültige Lösung dieser unklaren Frage angesichts der Gesamtlage der Zukunft überlassen zu müssen. Es stimmte mit dieser Sachlage überein, wenn Hugenberg alsbald nach der Regierungsbildung in einer Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion erklärte, es könne sich *erst später* ergeben, ob mit der Teilnahme an der Regierungsbildung ein Erfolg erzielt werden könne.

Ablehnung Hugenbergs konnte Hitlers Berufung nicht verhindern

Der Reichspräsident machte Hitlers Ernennung keineswegs von Hugenbergs Zustimmung abhängig, appellierte aber durch Papen an ihn, in das Kabinett einzutreten. Lehnte Hugenberg das ab, dann wurde Hitler zweifellos trotzdem Kanzler. Das stand nun unbedingt fest. Er bildete dann entweder ein Kabinett mit dem Zentrum, das schon vor der Novemberwahl 1932 mit der NSDAP verhandelt hatte. Oder aber Hitler verzichtete auch auf das Zentrum und bildete ein Kabinett aus Nationalsozialisten und Fachministern, wobei er auf die Mitwirkung Papens und Seldtes auch bei Ablehnung Hugenbergs mit Bestimmtheit rechnen konnte. In beiden Fällen wurde der Reichstag aufgelöst und Hitler hätte auf Hindenburgs Autorität, auf den Staatsapparat und auf seine eigene Propagandamaschine gestützt, die DNVP und die in ihr vereinten konservativen Kräfte unzweifelhaft schwer geschlagen.

Motive für Hugenbergs Beteiligung

Nahm dagegen Hugenberg die Berufung als Minister an, so konnte er mit zweierlei rechnen: Erstens konnte er hoffen, *als Minister aller wirtschaftlichen Ressorts durch fachkundige Arbeit der in schwerster Krise stehenden deutschen Wirtschaft wirksam zu helfen.* Und es war — deshalb nahm er keinen nationalsozialistischen Staatssekretär in seine vier Ministerien — rein bürgerlich-deutschnationale Arbeit, die dabei zur Gesundung und Beruhigung des deutschen Volkes geleistet wurde. Diese Arbeit mußte, wenn sie Erfolg und Zeit zur Auswirkung hatte, dem konservativen Flügel der Regierungskoalition bei künftigen Wahlen zugute kommen. Zweitens konnte sich Hugenberg zum Ziele setzen, mit *Unterstützung der nichtnationalsozialistschen Kabinettsmehrheit und unter Rückendeckung durch den Reichspräsidenten* ein Abrutschen Hitlers in einen Diktaturkurs und in rechtswidrige Methoden doch noch zu verhindern, zumal nach den Warnungen, die der Herbst 1932 Hitler erteilt hatte. *Aus diesen beiden Erwägungen heraus sagte Hugenberg trotz schwerster Bedenken gegen Hitlers Person und Partei schließlich zu.*

Allerdings konnte er das nach allen schon gemachten Erfahrungen durchaus nicht etwa mit einer fest begründeten Gewißheit und einem illusionistischen Vertrauen in eine gesicherte Stabilität dieser Regierungsbildung tun. Ein vor-

behaltloses Vertrauen hatte übrigens mit Rücksicht auf die damals noch problematische Persönlichkeit des neuen Kanzlers wohl keiner der nichtnationalsozialistischen Beteiligten. Auch in der Umgebung des Reichspräsidenten gab es eindeutige Stimmen, nach denen Hindenburg die Regierungsbildung vom Januar 1933 keineswegs als eine Patentlösung, sondern nur als eine zwangsläufig durch die parlamentarische Konstellation gebotene Versuchslösung beurteilte, die möglicherweise das Jahr nicht überdauern werde. Die Ende Januar 1933 bestehende Gesamtsituation ließ für den Fall, daß der Versuch einer normalen und legalen Führung der deutschen Politik unter Hitlers Kanzlerschaft auf der Grundlage der Vereinbarungen vom 30. Januar 1933 scheitern sollte, auch für den kritischen Beurteiler die Möglichkeit als gegeben erscheinen, daß ein dazu entschlossener Reichspräsident den von ihm im Januar ernannten Kanzler wieder abberief, und zwar nicht nur auf Grund der Bestimmungen des Artikels 53 der Reichsverfassung, sondern auch kraft seiner realen Machtmittel, zumal als Oberster Befehlshaber der Reichswehr.

Bei dieser Situation milderten sich schließlich auch Hugenbergs Bedenken, sich an der Bildung der Regierung Hitler zu beteiligen, zumal in dieser Kabinettsbildung das einzige Mittel lag, die ständig wachsende Millionenmasse deutscher Urwähler, die mit einem sich steigernden Fanatismus die Berufung Hitlers forderte, bei einem Versagen ihres „Führers" durch die Praxis zur Ernüchterung und Vernunft zu bringen, insbesondere nach Auswirkung einer neue Hoffnungen erweckenden Wirtschaftspolitik. Der Gedanke, daß der bisher nur in der Agitation „bewährte" Hitler in der verantwortlichen Arbeit sehr schnell seinen Nimbus verwirtschaften könnte, herrschte damals in weiten Kreisen übrigens auch und gerade auch in den Reihen der politischen Mitte und der Linken.

Für die geplante Doppelrolle als höchster Reichsbeamter und als risikofreier, gewalttätiger „Revolutionär" hatte Hitler schon vor Papens Besprechung mit Hugenberg zwei wesentliche Garantien: Seine Kanzlerschaft und die Verfügung über die preußische Polizei durch die ihm zugesagte Übertragung des Preußischen Innenministeriums an Göring, den dafür durch Papen zu bestellenden Reichskommissar. *Noch aber fehlte die dritte, ebenfalls durchaus unentbehrliche Voraussetzung: die Reichstagsauflösung.* Gegen eine solche hatte sich Hugenberg, wie oben ausgeführt, mit aller Entschiedenheit ausgesprochen. Für den *Kanzler* Hitler war sie nicht unbedingt nötig, der *„Revolutionär"* Hitler konnte aber unmöglich auf sie verzichten; denn erst in einer aus ihrer Ausnutzung erwachsenen Lage konnte er sich entfalten. Regierte, wie Hugenberg das wünschte, eine Regierung unter Hitlers Kanzlerschaft mit dem im November 1932 gewählten Reichstage, dann bildete dieser für eine Diktaturpolitik Hitlers ein kaum zu überwältigendes Hindernis. Vor allem gab es dann keine Methode, auf dem Wege scheinbarer Legalität zur unbeschränkten Alleinherrschaft zu kommen. In diesem Reichstage war auch die einfache Mehrheit ohne das Zentrum nicht erreichbar und eine Zweidrittelmehrheit zu verfassungsändernden Beschlüssen nicht einmal unter Mitwirkung aller nichtmarxistischen Parteien. Hitler mußte also notgedrungen das Zentrum in die Koalition aufnehmen, wozu diese Partei und die Bayerische Volkspartei ja auch wohl bereit waren. An die Annahme eines Ermächtigungsgesetzes mit Zweidrittelmehrheit, das, wie das später vom März-Reichstag angenommene, alle, auch verfassungsändernde Macht an die Regierung gab, war im November-Reichstag nicht zu denken. Seine Vorlage wäre somit nicht in Frage gekommen. Selbst der Reichstagsbrand hätte, als für Hitler wertlos, ausfallen müssen. Denn nur nach einer Reichstagsauflösung konnte dieser Vorgang als Propaganda-Schlager der NSDAP dieser einen riesigen Wahlerfolg bringen. Auch die mit dem Reichstagsbrand begründete, aber eventuell auch anders begründbare Ausschließung aller

Reichstagsauflösung?

kommunistischen Abgeordneten hätte im November-Reichstag der NSDAP keine Alleinmehrheit unter Ausschaltung der Deutschnationalen gebracht, sondern im Gegenteil die Deutschnationalen in die für die Mehrheitsbildung ausschlaggebende Funktion hineinversetzt. *Ohne Reichstagsauflösung war Hitlers Regierungsbildung lediglich ein Ruck nach rechts.* Sie hätte eine Koalition zwischen NSDAP, Deutschnationalen, Zentrum und kleineren Mittelgruppen bedeutet und dieselbe Regierungsbildung in Preußen zwangsläufig nach sich gezogen, also die SPD im Reiche wie in Preußen in die Opposition gebracht. Für die Zielsetzung einer rechtsgerichteten Politik, wie sie im besonderen auf wirtschaftlichem Gebiete Hugenberg vorschwebte, hätte diese Lage allerdings durchaus genügt; denn im Reichstage wie im Preußischen Landtage war dafür eine sichere Regierungsmehrheit erreichbar. Auch für den Kanzler Hitler wäre diese Lage durchaus annehmbar gewesen, wenn er sich mit den sachpolitischen Zielen begnügen wollte, die er selbst als das Programm seiner Regierung bezeichnete. Sah er aber in der Kabinettsbildung nur eine Treppenstufe zu der Erreichung persönlicher diktatorischer Macht, dann allerdings war das Erreichte ohne Reichstagsauflösung völlig wertlos.

Hugenberg dagegen

Deshalb kam es noch am Vormittag des 30. Januar zu einer scharfen Auseinandersetzung. *Hugenberg sprach sich nochmals entschieden gegen die Reichstagsauflösung aus* und ging, im Gegensatze zu Seldte von diesem Standpunkt auch nicht ab, als Hitler ein „feierliches Ehrenwort" dafür abgab, daß der Ausgang der Neuwahlen an der Zusammensetzung des Kabinetts und an dessen Politik nichts ändern werde. Gleichzeitig versuchte der mit Hugenberg in der Reichskanzlei erschienene Reichstagsabgeordnete Schmidt-Hannover den zum Reichswehrminister ausersehenen General von Blomberg davon zu überzeugen, daß er den Standpunkt Hugenbergs in den bestehenden Streitfragen gegenüber den Nationalsozialisten auch im Interesse der Reichswehr unterstützen müsse. Da Hugenberg auch gleichzeitig die Frage der Besetzung des Preußischen Innenministeriums nochmals anschnitt, kam es zu weiteren Differenzen. *Göring schilderte dazu in seiner Aussage in Nürnberg, daß die Kabinettsbildung noch im letzten Moment zu scheitern drohte* und nur durch das Eingreifen Hindenburgs, der bereits mit der Vereidigung der Minister begonnen hatte, zustande kam. Noch aber war Hitlers Putschplan nicht nur durch Hugenbergs Widerspruch gegen die Reichstagsauflösung gefährdet, sondern besonders ernstlich durch eine zwar von anderen Gründen bestimmte, aber gleichgerichtete Haltung des Reichspräsidenten. Wie auch diese letzte und unter Umständen ausschlaggebende Hemmung zu Hitlers Gunsten behoben wurde, schildert das Buch von Erich *Kordt* über die Außenpolitik des Dritten Reiches („Wahn und Wirklichkeit", Union Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1947, Seite 27 f). *Seine Darstellung ist für die Beurteilung der Rolle Hugenbergs deshalb so wesentlich, weil sie für seinen Widerspruch gegen die Reichstagsauflösung den einwandfreiesten Kronzeugen bringt, nämlich Hitler selbst.* Kordt schreibt:

> „Eine wichtige Klippe war noch zu umschiffen. Da Hitler nur legal zur Macht hatte kommen können, sah er sich gezwungen, auch bei der Errichtung seiner Diktatur weiterhin die Formen der Verfassung zu wahren. Ein Argument, mit dem dem Reichspräsidenten die Verabschiedung Schleichers mundgerecht gemacht worden war, bestand darin, daß er gezwungen sein würde, den Reichstag erneut aufzulösen. Ein neuer Wahlkampf sollte dem Lande erspart bleiben. Dem Reichspräsidenten war beigebracht worden, die neue Nationale Regierung Hitlers werde auch die Parteien der Mitte an sich ziehen und dadurch eine Mehrheit im Reichstage erringen können. Hitler lag jedoch alles daran, den Reichstag so schnell wie möglich aufzulösen und einen neuen Wahlkampf zu eröffnen, bei dem er im Besitze der Machtmittel des Staates, vor allem der Polizei, war. Wie sich bald zeigte, war er entschlossen, diese rücksichtslos gegen seine Gegner einzusetzen. Eine Verbindung mit der Mitte hätte ihn nur stören

können. Hitler hat selbst später (im Juni 1935) in Gegenwart eines Beamten des Auswärtigen Amtes erzählt, daß es ihm um ein Haar nicht gelungen wäre, den Reichspräsidenten zur Unterschrift unter die Auflösungsorder zu bewegen. Es sei das Verdienst des Staatssekretärs Meißner gewesen, am 1. Februar 1933 den Reichspräsidenten zur Unterzeichnung bestimmt zu haben. Meißner habe in der entscheidenden Sitzung Hindenburg, dem das fertige Dokument vorlag, der sich aber weigerte, seinen Namen darunter zu setzen, gesagt: 'Herr Reichspräsident, das ganze Kabinett ist sich über die Notwendigkeit einer Reichstagsauflösung einig: lediglich der Herr Geheimrat Hugenberg möchte diese aus parteipolitischen Gründen etwas hinausschieben.' Meißner habe die Mentalität seines Chefs richtig erkannt: 'Parteipolitische Erwägungen' waren für den alten Herrn Anathema. Außerdem empfand er eine starke Abneigung gegen die Person Hugenbergs, obwohl ihm dessen Kreise nahestanden. Hindenburg habe unwillig ausgerufen: 'Immer noch diese parteipolitischen Erwägungen!' Daraufhin habe er die Feder ergriffen und seinen Namen unter das Dokument gesetzt."

Ein verhängnisvoller Tag

Dieser erste Februar 1933 war, von heute her gesehen, für die weitere Entwicklung vielleicht von entscheidender Bedeutung. Es war von unermeßlicher Tragik, daß der greise, gesundheitlich erschütterte Reichspräsident den Kernpunkt der Situation garnicht mehr erkannte. Sonst wäre ihm klar gewesen, daß der ihm so unsympathische Begriff der „parteipolitischen Erwägungen" auf keinen Vorgang während seiner Amtszeit besser paßte, als gerade auf Hitlers Forderung der Reichstagsauflösung! Und so ließ er sich von seinem rein instinktmäßig völlig richtigen, ablehnenden Standpunkt, mit dem er vielleicht noch gewaltiges Unheil verhütet hätte, durch die Taktik seiner Umgebung fortmanöverieren. Damit nahm das Verhängnis seinen Lauf.

Der Reichstagsbrand und die Notverordnung vom 28. 2. 1933

Da die Wahlen aller Voraussicht nach der NSDAP die für Hitlers Vorhaben notwendige alleinige Mehrheit nicht bringen, sondern nur die bisherige für eine Mehrheitsbildung ausschlaggebende Position vom Zentrum zur DNVP verlagern konnten, „korrigierte" Hitler dies durch Methoden, die bis dahin niemand in Deutschland für möglich gehalten hätte. Er ließ am 27. Februar den Reichstag anzünden und benutzte diesen Vorgang zum *Erlaß der Notverordnung vom 28. Februar 1933, durch die praktisch alle verfassungsmäßigen Rechte aufgehoben wurden und alle Schranken fielen*, die die von Hitler durch Göring gehandhabte Staatsgewalt hemmen konnten. Die Verordnung trat noch in der Nacht des Brandtages in Wirksamkeit. Ihren Inhalt haben der sie „erlassende" Reichspräsident und vermutlich auch die „mitunterzeichnenden" Innen- und Justizminister Frick und Gürtner (mindestens der letztere) erst am nächsten Tage zusammen mit der Brandnachricht erfahren. Die anderen Reichsminister natürlich ebenso. Ihre Zustimmung war übrigens auch rechtlich nicht erforderlich. Die Konsequenz der durch die Verordnung vom 28. Februar angebahnten Entwicklung war im März der Ausschluß der Kommunisten aus dem Reichstag. Dieser äußerlich gegen die radikale Linke gerichtete Schlag war in seiner praktischen Auswirkung in erster Linie ein Schlag gegen die Deutschnationalen, denen er die Schlüsselstellung zur Mehrheitsbildung nahm, weil die NSDAP im verminderten Reichstag nun allein die Mehrheit hatte. Und er war zugleich ein Schlag gegen den Reichspräsidenten, dem nunmehr ein praktisch nicht mehr zu stürzender Reichskanzler gegenüberstand, der jederzeit auch Reichstagsbeschlüsse gegen den Präsidenten herbeiführen konnte. Der Reichstagsbrand war der wirksamste Wahlbluff aller Zeiten. Mit ihm riß Hitler vier Millionen Nichtwähler an die Urne, von denen 2,5 Millionen auch bei der bisherigen Rekordbeteiligung vom Juli 1932 gefehlt, also sich wohl noch nie an Wahlen beteiligt hatten. *Dieses letzte Aufgebot des politischen Analphabetentums gab nun den Ausschlag in der deutschen Politik, gab Hitler die 288 Mandate, die er nach Entfernung der Kommunisten zur Alleinmehrheit benötigte.*

Wie weit das alles Ergebnis einer von Hitler von vornherein geplanten oder erst aus der jeweiligen Situation herauswachsenden Taktik war, mag zweifelhaft sein. *Sicher ist aber, daß Hugenberg von Anfang an gegen die Übertragung des Preußischen Innenministeriums an die NSDAP und gegen die Reichstagsauflösung war.* Mit beidem hatte er keinen Erfolg, aber beides erweist jedenfalls eindeutig, *daß Hugenberg Hitlers Marsch zur Diktatur nicht gefördert, sondern,* soweit das überhaupt noch im Bereich der Möglichkeit lag, behindert hat. Er blieb aber bei diesem Bemühen allein und damit erfolglos. Daß ihn auf Grund dieses Verhaltens Hitler nicht als Bundesgenossen, sondern als Gegenspieler ansah, war selbstverständlich.

Ermächtigungsgesetz

Bei der Beurteilung der Ereignisse vom März bis Juli 1933 wird vielfach dem „Ermächtigungsgesetz", durch das der neu gewählte Reichstag der Regierung weitgehende Vollmachten gab, eine besondere, geradezu grundlegende Bedeutung beigemessen. Daß das nicht zutrifft, legt Dr. Brüning in seinem in der „Deutschen Rundschau", Jahrgang 1947, Heft 7, veröffentlichten Briefe in jeder Weise zutreffend dar (vgl. Anlage VI). Um den halb legalen, halb terroristischen Prozeß der Machtergreifung durchzuführen, war Hitler auf dieses Gesetz keineswegs angewiesen. Um den braunen Terror als „legal" zu tarnen, genügte die Notverordnung vom 28. Februar durchaus. Wenn ihm die für das Ermächtigungsgesetz erforderliche Zweidrittel-Mehrheit durch die Zustimmung aller Abgeordneten rechts von der SPD gegeben wurde, so war das nicht nur durch Furcht vor Terrorakten, sondern auch durch beachtliche realpolitische Erwägungen bestimmt. Im Reichstage hatte die NSDAP sich eine absolute Mehrheit verschafft, die sie nötigenfalls durch die neue diktatorische Geschäftsordnung, durch Maßnahmen des Reichstagspräsidenten und durch Gewaltakte in eine qualifizierte Mehrheit verwandeln konnte. Göring brauchte nur noch weitere Abgeordnete auszuschließen oder verhaften und diese Vorgänge von der NSDAP-Reichstagsmehrheit billigen zu lassen.

NSDAP im Reichstag stärker als in der Regierung

Im Reichstage herrschte also die NSDAP völlig unbeschränkt. Das Ermächtigungsgesetz verlegte die politischen Entscheidungen aus dem Reichstag in die Reichsregierung, also in eine Instanz, in der den 3 Nationalsozialisten nicht weniger als 8 nichtnationalsozialistische Minister gegenüberstanden. Wenn überhaupt noch an eine Berücksichtigung sachlicher Gesichtspunkte gegenüber dem NSDAP-Parteiinteresse gedacht werden konnte, dann war das jedenfalls viel eher im Reichskabinett als im Reichstag möglich. *Insofern war also die Zustimmung der Reichstagsabgeordneten, die nicht zur NSDAP zählten, auch sachlich durchaus begründet.* Im besonderen war aber durch diese Erwägungen berechtigt, daß die deutschnationale Fraktion einem Gesetz zustimmte, das die Entscheidung aus einem Reichstag, indem sie gegenüber der NSDAP-Mehrheit total ausgeschaltet war, in eine Regierung verlegte, in der ihr Parteivorsitzender als Minister mitzusprechen hatte.

Wirkung des Ermächtigungsgesetzes

Hinzu kam, daß das Ermächtigungsgesetz die *Vollmachten* nicht an die Regierung schlechthin, sondern *nur an die „gegenwärtige Reichsregierung" verlieh. Eine Änderung ihrer Zusammensetzung machte also das Gesetz hinfällig.* Das Gesetz gab somit seinem Wortlaut nach Hugenberg im Reichskabinett die Schlüsselstellung wieder, die seiner Fraktion durch die Ausschließung der Kommunisten im Reichstage genommen war. Seine im äußersten Falle anwendbare letzte Opposition, nämlich sein Rücktritt, nahm dem Ermächtichungsgesetz seine Gültigkeit. Denn es war unbestreitbar, daß bei Hugenbergs politischer Bedeutung und bei der Wichtigkeit seiner Ressorts die Regierung nach seinem Austritt nicht mehr die „gegenwärtige" Reichsregierung war, der der Reichstag die Ermächtigung gegeben hatte. Daß Hitler mangels jeglichen Widerstandes im Kabinett (außer durch Hugenberg) in wenigen Monaten bereits die totale Macht in der Hand haben würde, um ohne Rücksicht auf Reichspräsident, Kabinett und Staatsgerichtshof über alle gesetzlichen Hemmungen, also auch über

diese Bestimmung des Ermächtigungsgesetzes einfach hinwegzugehen, war im März noch nicht anzunehmen. Sofern man überhaupt noch mit der Wirksamkeit von Gesetzen rechnete, konnte Hugenberg das Ermächtigungsgesetz nur als eine Stärkung seiner Position im Kampfe um die Erhaltung rechtsstaatlicher Grundlagen ansehen.

Hugenbergs Fühlungnahme mit Brüning

Wie aus dem schon erwähnten Brüning-Brief in der „Deutschen Rundschau" hervorgeht, hatte Hugenberg sogar mit Brüning Verbindung aufgenommen, *um gemeinsam das Ermächtigungsgesetz durch Zusätze für den Schutz der staatsbürgerlichen Grundrechte zu verbessern.* Diese von Brüning in seinem Brief an Dr. Pechel („Deutsche Rundschau" Nr. 7/1947) geschilderte Verbindungsaufnahme Hugenbergs mit ihm ist für die Beurteilung der damaligen Gesamtsituation und im besonderen der Haltung Hugenbergs von wesentlicher Bedeutung. Eindeutig geht aus ihr hervor, daß Hugenberg offenbar sehr ernste Erwägungen darüber anstellte, wie die Brauchbarkeit des von der NSDAP geforderten „Ermächtigungsgesetzes" für Diktaturtendenzen noch weiter herabgesetzt werden könnte. Dieses Ziel erschien ihm so erstrebenswert, daß er ihm zuliebe, trotz seiner Zugehörigkeit zum Reichskabinett, ohne Bedenken die Fühlung mit dem führenden Mann der Zentrumspartei aufnahm, von der kein Vertreter an der Regierung beteiligt war, und deren Haltung für die Annahme des Gesetzes entscheidend sein mußte. Hugenbergs Schritt war unter den damaligen Zeitverhältnissen umso schwerwiegender, weil ein Bekanntwerden seines Einverständnisses mit Brüning nicht nur automatisch sein eigenes Ausscheiden aus der Regierung, sondern auch aller Voraussicht nach sofortige Repressalien der NSDAP gegen die Deutschnationale Volkspartei und gegen Hugenbergs Person auslösen mußte. Wenn auch am Abend von Potsdam die Situation so weit vorgeschritten war, daß die zwischen Hugenberg und Brüning aufgenommenen Verhandlungen praktische Ergebnisse nicht mehr erzielen konnten, so beweist doch gerade der von Brüning geschilderte Vorgang eindeutig, daß es im krassen Widerspruch zur Wirklichkeit steht, wenn jemand in Hugenberg Hitlers „Steigbügelhalter", also gewissermaßen seinen Komplicen auf dem Wege zur Macht erblicken will!

Als Hugenberg am 30. Januar 1933 unter dem Druck der Verhältnisse in das Kabinett eintrat, gaben, wie oben erwähnt, zwei Gesichtspunkte gegenüber seinen Bedenken den Ausschlag:

Hugenbergs wirtschaftspolitische Aufgabe

Erstens bot ihm die vorgesehene Kabinettsbesetzung für die Durchführung seiner wirtschaftspolitischen Ideen freie Hand. Er sollte vier Ministerien unter seiner Leitung vereinigen: das Reichsernährungs- und das Reichswirtschafts-Ministerium und zugleich die beiden Preußischen Ministerien für Landwirtschaft und für Handel und Gewerbe. Seit Jahren hatte er aus der Opposition heraus die Auffassung vertreten, daß es zur Behebung der allgemeinen Wirtschaftsnot, die die Lebenshaltung aller Berufsgruppen herabdrückte und über 6 Millionen Menschen (mit Familien fast 20 Millionen) aus dem Erwerbsprozeß stieß, nur einen erfolgversprechenden Weg gäbe: Herstellung der Rentabilität der Landwirtschaft und damit Schaffung der einzigen Grundlage, auf der eine Belebung der Gesamtwirtschaft ihm überhaupt noch möglich erschien. Er hatte das Einschlagen dieses Verfahrens nicht nur immer wieder von den Kabinetten Brüning, Papen und Schleicher und vom Reichspräsidenten selbst mit aller Entschiedenheit gefordert, sondern dafür auch eine Reihe von Einzelvorschlägen veröffentlicht. Nun gab ihm Hitler, indem er ihm die für eine solche Wirtschaftspolitik entscheidenden Ministerien überließ, ohne Einschränkung die Bahn für eine sachliche Aufbauarbeit frei, von deren Beginn und Durchführung nach Hugenbergs Überzeugung die wirtschaftliche Zukunft des ganzen Volkes abhing. Jahrelang waren die Ernährungsminister, wenn sie Anläufe zu zielbewußter Agrarpolitik machten, am Gegenspiel der jeweiligen Wirtschafts-

minister gescheitert. Noch das Kabinett Schleicher war ein Kampffeld gewesen, auf dem diese beiden Minister sich gegenseitig mattsetzten. *Zum ersten Male überhaupt in der deutschen Politik waren Reichspräsident und Kanzler bereit, diese beiden sich traditionell befehdenden Ministerien in eine Hand zu legen und damit eine Einheitlichkeit der gesamten Wirtschaftspolitik zu ermöglichen,* wie sie in der katastrophalen Lage der Jahreswende 1932/33 Hugenberg noch notwendiger erscheinen mußte als je zuvor. Völlige Freiheit des Handelns und auch der Auswahl seiner Mitarbeiter war ihm dabei zugesichert. Bei dieser Sachlage glaubte Hugenberg, es nicht verantworten zu können, sich dieser überragend wichtigen Aufgabe zu versagen.

Das positive Ergebnis in der Wirtschaftspolitik

Hitler beanspruchte eine Aufbauzeit von 4 Jahren. Hugenberg haben aber für die Lösung seiner Aufgaben nicht ganz 5 Monate zur Verfügung gestanden. In dieser kurzen Zeitspanne konnte er in Zusammenarbeit mit seinen Staatssekretären von Rohr und Dr. Bang durch die Aufstellung des sogenannten Fettplanes, durch Abschluß und Vorbereitung von Handelsverträgen und eine große Zahl sonstiger wirtschafts- und agrarpolitischer Maßnahmen eine entscheidende Wende herbeiführen. Durch die von ihm eingeleitete Wirtschaftspolitik wurde die Grundlage für eine *Behebung der katastrophalen Lage der Landwirtschaft* geschaffen. Die dadurch wiedererweckte und erstarkte Kaufkraft der Landbevölkerung spielte für die *Belebung von Industrie, Handwerk und Handel* und damit für die Beseitigung der Erwerbslosigkeit eine wichtige Rolle. Es entsprach der besonderen Eigenart der nationalsozialistischen Parteitaktik, daß während eines großen Teiles dieser 5 Monate Hugenberg und von Rohr und die von ihnen getroffenen Maßnahmen Gegenstand schärfster Angriffe der von Darré kommandierten landwirtschaftlichen Organisationen waren. Rein sachlich gesehen ist die Bilanz der kurzen Hugenbergschen Ministerschaft jedenfalls durchaus positiv. Sie hat der deutschen Gesamtwirtschaft und im besonderen der Landwirtschaft entscheidenden Nutzen gebracht.

Hugenbergs Stellung im Kabinett

Der zweite für Hugenbergs Annahme des Ministeramtes bestimmende Gesichtspunkt lag auf allgemeinpolitischem Gebiet. Er hoffte, im Rahmen des Kabinetts der zweifellos vorliegenden Möglichkeit Hitlerscher Diktaturpläne und Rechtswidrigkeiten noch mit Erfolg begegnen zu können. Diese Hoffnung war aus der Perspektive der damaligen Zeit, also des Januar 1933 gesehen, keineswegs unbegründet oder gar leichtfertig. Hätte sich allerdings Hugenberg am 30. Januar 1933 lediglich auf Hitlers Vernunft und Selbstdisziplin verlassen, dann wäre er einer fragwürdigen Illusion gefolgt, — einer Illusion, die übrigens noch eine Reihe von Jahren hindurch auf führende Politiker des Auslandes stärksten Eindruck gemacht hat. Aber Hugenbergs Hoffnungen auf Eindämmung nationalsozialistischer Totalitätspolitik gründeten sich doch offenkundig auf wesentlich realere Momente, als sie in Hitlers labiler Psyche gefunden werden konnten. *Hugenberg wußte, daß er in ein Kabinett eintreten sollte, in dem 3 Nationalsozialisten 8 Nichtnationalsozialisten gegenüberstanden,* davon 5 ausgesprochene Fachleute, bei denen, ebenso wie beim Reichspräsidenten selbst, eine bürgerlich-privatwirschaftliche Grundanschauung und ein unbedingter Respekt vor Begriffen wie „Verfassung", „Gesetz", „Ordnung", „Straf- und Zivilrecht" vorauszusetzen war. Und neben diesen 5 Ministern stand dann noch als Vizekanzler und zugleich als kommissarischer Träger des Preußischen Ministerpräsidiums der besondere Vertrauensmann des Reichspräsidenten, von Papen, der sich in monatelangen erbitterten Kämpfen gegen Hitlers Ansprüche einen Namen gemacht hatte. Arbeitsminister war Seldte, hinter dem die große Organisation des „Stahlhelm" stand. Daß Hugenberg diese Kabinettszusammensetzung und die hinter diesem Kabinett stehende staatsrechtlich und persönlich so große Autorität des Reichspräsidenten als sicherere Garantien für eine Erhaltung der Legalität bewertete als alle Erklärungen und Ehrenworte

Hitlers, ist einleuchtend. Vernünftigerweise kann ihm niemand den Vorwurf einer leichtsinnigen politischen Spekulation daraus machen, daß ihm diese Garantien in Verbindung mit der ernsten Erwägung und Hoffnung genügten: mußte nicht auch ein Hitler aus den Erfahrungen des wilden Jahres 1932 gelernt haben? Auch der Zentrumspartei, die grundsätzlich durchaus nicht abgeneigt war, sich an einer Regierung unter Hitlers Kanzlerschaft zu beteiligen und die in Opposition gegen Papen und Schleicher gestanden hatte, genügten solche Garantien offenkundig ebenfalls. Es lag nicht am Zentrum, daß es nicht in das Kabinett des 30. Januar 1933 einbezogen wurde, sondern an Hitler. —

Wie beurteilte die Linke die Regierungsbildung?

Auch die Linke hat offensichtlich die Kabinettsbildung vom 30. Januar zwar naturgemäß mit scharfer Gegnerschaft aufgenommen, in ihr aber keineswegs den Beginn einer NS-Totalität, einer Hitlerdiktatur gesehen. Die scharfe Kritik der Linkspresse hielt nicht etwa dem Reichspräsidenten vor, er hätte „Hitler an die Macht" gebracht. Im Gegenteil wurde nach dem 30. Januar *Hitler* von der Linkspresse vielfach als der „Hereingefallene", *als der „betrogene Betrüger" verhöhnt*, der vor dem Reichspräsidenten und vor der „Reaktion" kapituliert und sich in eine Kombination habe hineinmanöverieren lassen, in der die NSDAP sich unmöglich durchsetzen könne. Offenkundig rechnete man längst aus dieser Betrachtung der Dinge mit einem baldigen, Hitler bloßstellenden Verfall der Kombination vom 30. Januar. Die ganze Taktik der SPD gegenüber dem Kabinett Schleicher, dessen Sturz zur Berufung Hitlers führte, ist überhaupt nur aus der damaligen Ansicht dieser Partei verständlich, daß eine längere Stabilisierung der Methode der Präsidialkabinette unerwünschter sei als eine doch einmal unvermeidliche, aber dann wahrscheinlich nur kurzfristige Kanzlerschaft Hitlers, deren Mißerfolg ein Zurückebben der braunen Wählerflut bringen würde.

Der tatsächliche Verlauf der Dinge war bekanntlich anders. Über die Dringlichkeit der Diktaturgefahr haben sich wohl alle ohne Ausnahme und ohne Unterschied der Partei im Inlande und besonders auch im Auslande getäuscht. Das ist ein Fall, der sich in der Weltgeschichte schon verschiedene Male ereignet hat. Hätten die Engländer 1640 das gewußt, was ihnen 1658 bekannt war, und die Franzosen 1799 schon einen Ausblick auf 1805 gehabt, dann wäre es weder zur Diktatur Cromwells, noch zu der Napoleons gekommen. Die politischen Parteien Rußlands, die sich 1917 solange gegenseitig aufrieben, bis der Bolschewismus sie alle beseitigte, hätten ein halbes Jahr vor ihrem Ende dieser Gefahr noch erfolgreich begegnen können. Auch in Deutschland lagen die Dinge nicht anders. *Hitlers Vorteil war es, daß auch seine Gegner ihm nicht annähernd alles das zutrauten, wessen er fähig war.* Und seine Stärke beruhte darin, daß ihm — wie allen Massendiktatoren auf der Höhe ihrer Suggestivkraft — sein wirklicher „Steigbügelhalter", die Millionenmasse seiner Anhängerschaft, nach der Machtergreifung bedingungslos für jedes Manöver zur Verfügung stand. Demgegenüber gab es keine wirksamen Gegenkräfte mehr. Weder KPD, SPD, freie Gewerkschaften und Reichsbanner, noch Zentrum, DNVP und Stahlhelm konnten im letzten Stadium noch die Rolle eines wirklichen Gegengewichtes spielen.

Hitlers Gefährlichkeit von allen unterschätzt

Gegenüber Hitlers eigenartiger Mischung von legaler Staatsgewalt, erpresserischem Druck und verbrecherischen Terrorakten versagten einfach alle Sicherungen normaler Art, von deren Funktionieren Hugenbergs Aussichten abhingen, gemeinsam mit anderen den Begriff des Rechtsstaates gegen den Totalitätsprozeß zu verteidigen. An ein Eingreifen des greisen Reichspräsidenten war bald nach der Kabinettsbildung nicht mehr zu denken. Seine Lebenskraft näherte sich dem Erlöschen. Seine Umgebung suchte ihr persönliches Schicksal der Bedrohung durch die braune Lawine zu entziehen. Ein Vorgehen der

Reichswehr kam ohne Initiative des Reichspräsidenten nicht in Betracht. Im Reichskabinett beschränkten sich die nichtnationalsozialistischen Minister auf ihre Ressortarbeit, oder sie stellten sich, wie Seldte und Blomberg, uneingeschränkt hinter den Hitlerkurs.

Das Versagen des Reichswehrministers v. Blomberg war für Hugenberg eine besonders große Enttäuschung. Bald nach der Kabinettsbildung mußte er sich von der kritiklosen und für irgendwelche Gegenvorstellungen völlig unzugänglichen Ergebenheit Blombergs gegenüber Hitler überzeugen, also des Mannes, der eigentlich mit Hindenburg hätte solidarisch und seine feste Stütze sein müssen und der — mit Hindenburg zusammen — über die Reichswehr verfügte, Deutschlands einzige, wirkliche Macht. Diese Beobachtung *erfüllte Hugenberg natürlich mit schwerster Sorge* im Hinblick auf die weitere Entwicklung: Wie war Hitler zu zügeln, wenn diejenigen versagten, in deren Hand die Zügel lagen?

Eine zweite schwere Enttäuschung bildete die überraschende, ja geradezu *entmutigende* Tatsache, daß unmittelbar nach der Kabinettsbildung von industrieller Seite ein später allgemein *„Adolf-Hitler-Spende"* genannter Fonds geschaffen wurde. Dieser Vorgang überraschte und beeindruckte Hugenberg umso stärker, als zwischen ihm und industriellen Kreisen auf Grund seiner früheren Tätigkeit vertrauensvolle Beziehungen bestanden. (Vgl. das in Anlage VII, S. veröffentlichte Telegramm). Der Fonds stand praktisch — ohne Rücksicht auf Zweck und Zusammensetzung der neuen Regierung — zur allgemeinen Verfügung Hitlers und entwickelte sich zu einer Art von Steuer, also zu einer Zwangsabgabe, deren große Erträge Hitler zu jedem ihm gut erscheinenden Zwecke verwandte. Schon aus parteiegoistischen Gründen hat es — nebenbei bemerkt — auch im übrigen natürlich Hugenberg stets ganz ferngelegen, etwa irgendwie und irgendwann als Geldbeschaffer für Hitler zu fungieren.

„Gleichschaltung"

Der Reichskanzler Hitler in seiner Doppelrolle — abwechselnd Regierungschef und Revolutionär — und die NSDAP führten in überstürztem Tempo unter Ausnutzung der durch den Terror erzeugten Massenpanik die sogenannte „Gleichschaltung" durch, die vom Reichsrat und den Länderregierungen bis zum Kegelklub alles braun färbte, was in Sowjetrußland rot und im faschistischen Italien schwarz gefärbt war. So wurde der totale Staatsstreich durch sog. „spontane Volksakte" nach den Märzwahlen binnen weniger Monate praktisch durchgeführt.

Die Zange der Gleichschaltung, die alles zusammenpreßte, hatte zwei Teile: Einmal die NSDAP-Funktionäre, die nicht ruhten und rasteten, solange sie noch irgend etwas sahen, was noch nicht gleichgeschaltet war. Den anderen Teil der Zange aber bildete unstreitig die breite Masse des deutschen Volkes, in der Hunderttausende offenbar nur noch in der Angst lebten, den Anschluß zu verpassen. Sie wollten unbedingt „gleichgeschaltet" werden. Gewerkschaftler und industrielle Arbeitgeber, Friseurinnungen und Hebammen, Kanarienzüchter und Gesangvereine. Sie alle suchten krampfhaft nach „alten Kämpfern", gleichviel ob mit oder ohne Sachkunde, um ihnen ein unbegrenztes Führungsrecht zu übergeben, und sie alle beteuerten in Telegramm und in Plakaten, daß sie „hinter dem Führer" ständen. Diese hemmungslose Massenpsychose des zweiten Vierteljahres 1933 war für das deutsche Volk nicht charakteristischer und nicht blamabler, als sie es unter ähnlichen Zeitumständen für andere Völker gewesen ist, für die Franzosen z. B. 1789/93. *In dieser Massenpsychose gingen aber alle Widerstände fruchtlos unter.* Sie gab den durch ihre Ausmaße selbst überraschten Führern der NSDAP die Überzeugung, daß ihre Ansprüche an Staat und Volk überhaupt nicht groß und nicht eilig genug sein könnten. Und so vollzogen sie mühe- und risikolos den Übergang zum Einparteienstaat, zur NS-Totalität, zur Hitlerdiktatur im Strome dieses Massenrausches viel

schneller, als selbst die größten Illusionisten unter ihnen das einige Monate vorher sich erträumt hätten.

NS-Terror gegen links und rechts

Es kennzeichnet die Taktik der ganzen Front, die Hugenberg und die DNVP als Steigbügelhalter Hitlers bezeichnet, daß sie alle gegen die DNVP verübten Terrorakte der Hitler-Leute verschweigt. So hat sich im Laufe der Jahre, in denen der Rechten jede Presse fehlte, die irrige Meinung festgesetzt, als seien nur Angehörige der Linksparteien als Verfolgte des Nazi-Systems anzusehen und anzuerkennen. Das ist falsch und ungerecht. Der Terror gegen Angehörige der DNVP, besonders gegen junge Deutschnationale, setzte schon bald nach der sogenannten Machtübernahme ein und machte viele Verhandlungen und Proteste Hugenbergs nötig. Der Terror flaute dann zeitweilig ab, um im Juni 1933 während Hugenbergs Teilnahme an der Londoner Weltwirtschaftskonferenz in ein neues gefährliches Stadium zu treten. Er äußerte sich in wilden Verhaftungen, Überfällen, Mißhandlungen, Versammlungssprengungen, Wirtschaftsboykotten usw. Die Liste der braunen Missetaten ist lang und blutig. Als Seldte seine in Braunschweig terrorisierten Stahlhelm-Kameraden preisgab und seine Organisation stückweise in die SA überführen ließ, glaubte Hitler *die Parole „Jagd frei!" auch gegen die Deutschnationalen* ausgeben zu können. Die feige Haltung weiter Volkskreise und das überraschende Entgegenkommen des Auslandes veranlaßten ihn, seine Termine für den Übergang zur totalen Alleinherrschaft zu verkürzen. Er glaubte auch, über die auf Hugenbergs Veranlassung erfolgten Proteste der deutschnationalen Fraktionen des Reichs- und Landtages zur Tagesordnung übergehen zu können, die sich gleicherweise gegen die an den Juden wie an allen anderen politischen Gegnern verübten Beschimpfungen und Grausamkeiten richteten und die zunehmende Rechtlosigkeit kritisierten. In den Auseinandersetzungen Hugenbergs mit Hitler und Göring hatten diese bisher stets erklärt, daß es sich um von der Führung mißbilligte Aktionen örtlicher Elemente handle, gegen die eingeschritten werden würde.

Mehrfach erließ Hitler auf Grund solcher Vorstellungen Hugenbergs auch Proklamationen, in denen die Revolution als endgültig beendet erklärt und in denen gegen eigenmächtige und rechtswidrige Maßnahmen Strafen angedroht wurden. Aber mit dem fortschreitenden, von außen unbehinderten Machtrausch des Diktators wuchs die Zügellosigkeit seiner Horden. Als eine Abordnung der deutschnationalen Reichstagsfraktion Hitler aufsuchte, um gegen den Terror Verwahrung einzulegen, bekam er einen hysterischen Wutanfall. Er erklärte u. a., daß er das Fortbestehen einer deutschnationalen Jugend- und Selbstschutz-Organisation nicht länger dulden werde. Er verlangte ihre Auflösung. Als dies von dem die Abordnung führenden Reichstagsabgeordneten Berndt energisch abgelehnt wurde, schrie Hitler: Er werde dann eben seine SA schießen und drei Tage lang ein Blutbad anrichten lassen, bis nichts mehr übrig sei.

NSDAP gegen Hugenberg

Die zunächst dem amtierenden Reichsminister Hugenberg gegenüber gewahrte äußerliche Loyalität kam schlagartig in Wegfall. Er wurde in NSDAP-Parteizeitungen und in solchen früheren Linksblättern, die sich das Wohlwollen der braunen Machtträger erringen wollten, *als „Reaktionär" offen und ungeschützt beschimpft.* Während er sich bemühte, die Rentabilität der Landwirtschaft auf neue Grundlagen zu stellen, mußten unter dem Drucke der NSDAP die Berufsvertretungen der Landwirtschaft den Ersatz Hugenbergs durch Darré in vorgeschriebenen Entschließungen verlangen. Während er offizieller Vertreter des Deutschen Reiches auf der *Weltwirtschaftskonferenz in London* war (Juni 1933), machten Parteistellen dem In- und Auslande begreiflich, daß seine Auffassungen keineswegs als Stellungnahme der Reichsregierung gelten dürf-

ten. Die Gleichschaltungsaktion richtete ihre Angriffe überall im Lande gegen Hugenbergs Gesinnungsfreunde. Der NSDAP besonders mißliebige Deutschnationale wurden festgenommen oder durch Haussuchungen, Vernehmungen und Bedrohungen schikaniert. Der „Kampfring", der von der DNVP gegen den braunen Versammlungsterror aus jüngeren Mitgliedern gebildete Saalschutz, wurde als angeblich „kommunistisch durchsetzt" mit Gewalt unterdrückt und vom Reichsminister des Innern verboten.

Hugenbergs Rücktrittsgesuch

Für einen aktiven Reichsminister war das alles ein unhaltbarer Zustand. Für Hugenberg ergab sich die Unhaltbarkeit und Uneinrenkbarkeit der Lage bereits aus einer Unterredung, die er mit Hitler Ende April/Anfang Mai hatte. In dieser Unterredung stellte Hitler in auffallend erheuchelter Freundschaftlichkeit an Hugenberg die *Zumutung*, die er nach allem Vorangegangenen anständigerweise nicht stellen konnte, nämlich *die DNVP mit der NSDAP zu verschmelzen*. Dieses Ansinnen enthielt für Hugenberg in klarster Form Hitlers Absicht, den Boden der Koalitionsregierung vom 30. Januar zu verlassen und in Deutschland das totalitäre System durchzuführen. Die gesucht freundschaftliche Form dieser Zumutung schlug zugleich bei Hugenberg in einem anderen Punkte sozusagen dem Faß den Boden aus: nämlich hinsichtlich der Möglichkeit, in irgendeiner Richtung den Worten Hitlers zu trauen. Er kleidete daher seine *selbstverständliche Ablehnung* in nicht minder liebenswürdige Worte. Es konnte sich für ihn von diesem Augenblicke ab nur noch darum handeln, unter Vermeidung einer sofortigen Auseinandersetzung den richtigen Zeitpunkt abzupassen, in dem er den Absprung aus diesem Kabinett tun konnte. Es mußte eine Form gefunden werden, bei der einerseits für die nächste Zeit in der Behandlung der Dinge jede Unvorsichtigkeit vermieden wurde, und andererseits alles unterblieb, was Hugenberg nach außen hin und Hindenburg gegenüber ins Unrecht setzen konnte, also ihm einen anständigen und für die Welt verständlichen Abgang sicherte. Diese Gelegenheit bot sich anläßlich der schon im vorigen Absatz erwähnten Londoner Weltwirtschaftskonferenz. (Näheres hierüber siehe insbesondere auch in Anlage VII „Hugenberg als Minister", und Anlage VIII „Hugenbergs Rücktrittsgesuch und Abschiedsschreiben"). Als nun Ende Juni 1933 Hugenberg ihm auf Grund aller vorstehend aufgeführten Umstände mitteilte, daß er dem Reichspräsidenten sein Rücktrittsgesuch eingereicht habe, bat Hitler ihn eindringlich, doch davon Abstand zu nehmen. Er solle die Deutschnationale Volkspartei auflösen und seinen deutschnationalen Staatssekretär im Reichsernährungsministerium gegen einen nationalsozialistischen austauschen. Dann werde Hitler alle Quertreibereien aus NS-Parteikreisen gegen ihn unterbinden und ihm ungehemmte Weiterarbeit als Minister garantieren. *Hugenberg lehnte diese Zumutung ab und beharrte bei seinem Rücktrittsentschluß.* Daraufhin wurde aus dem bittenden Reichskanzler ein drohender, aus dem Politiker ein Terrorist. Er erklärte dem sein Rücktrittsrecht wahrnehmenden Minister, *er werde diesen Rücktritt als eine „Kampfansage" auffassen. Es werde sich ein Kampf gegen die DNVP anschließen, der „in wenigen Tagen entschieden" sein werde.* Er werde Tausenden von deutschnationalen Parteimitgliedern, im besonderen deutschnationalen Beamten, die Existenz vernichten. Weder Drohungen noch Bitten konnten jedoch die Situation noch ändern.

Hitler droht mit Terror

Diese Unterredung war die letzte, die Hugenberg mit Hitler in seinem Leben geführt hat.

Das Rücktrittsgesuch wurde in der gleichen Stunde, in der diese Unterredung in der Reichskanzlei stattfand, in Neudeck beim Reichspräsidenten abgegeben. Diesem hatte Hugenberg eine Woche vorher ebenfalls — zur Vermeidung Hitlerscher Gegenzüge — durch Boten die Unvermeidlichkeit seines Austrittes aus dem Kabinett angekündigt, *falls nicht noch ein Eingreifen des Reichspräsidenten die unhaltbare Lage grundlegend ändere.* Der Überbringer dieser Bot-

schaft, der zum Reichspräsidenten selbst nicht durchgelassen wurde, konnte aus dem Gespräch mit dem Sohne Hindenburgs nur die Gewißheit mitnehmen, daß keinerlei Hoffnung darauf bestand, der Reichspräsident werde tatsächlich noch gegen die Diktaturentwicklung Front machen und die Grundlagen der Kabinettsbildung vom 30. Januar wiederherstellen.

Hugenbergs Abschiedsschreiben an Hindenburg

Jetzt — angesichts der Androhung von Repressalien Hitlers gegen Dritte — sandte Hugenberg seinem Abschiedsgesuch vom 26. Juni noch einen, ebenfalls durch Boten nach Neudeck gebrachten Brief vom 27. Juni nach, *in dem er den Reichspräsidenten über die erpresserischen Drohungen des Kanzlers unterrichtete und ihn ausdrücklich um den Schutz derjenigen ersuchte, die Hitler zur Vergeltung mit Existenzvernichtung bedrohte.* In diesem Briefe, der die Rücktrittserklärung aufrechterhielt, betonte Hugenberg zugleich auch ihre Notwendigkeit in Anbetracht der *Unterdrückungsversuche gegenüber der evangelischen Kirche.* Ob der Reichspräsident Hugenbergs Brief im Original vorgelegt bekam oder nur darüber unterrichtet worden ist, und in welcher Form und in welchem Umfange, ist für Dritte nicht feststellbar. Nach den späteren amtlichen Mitteilungen hat sich der Reichspräsident mit dem Ausscheiden Hugenbergs aus der Regierung abgefunden, ohne daraus Konsequenzen hinsichtlich der Änderung ihres Charakters und hinsichtlich der nun fehlenden Rechtskraft des Ermächtigungsgesetzes zu ziehen. Eine Überraschung bedeutete das nicht mehr, obgleich Hugenberg noch im April eine deutliche Erklärung über diesen Zusammenhang veröffentlicht hatte (Siehe S. 48).

Auflösung der DNVP Einparteienstaat

Die Deutschnationale Volkspartei zog aus dem Zustande der Rechtlosigkeit, in die sie versetzt war, und aus der vom Reichspräsidenten stillschweigend sanktionierten faktischen Einparteienherrschaft der NSDAP die Folgerung, sich aufzulösen. Zu der gleichen Maßnahme waren auch sämtliche anderen Parteien genötigt worden. Eine der ersten Maßnahmen der Reichsregierung nach Hugenbergs Rücktritt war der Erlaß eines Gesetzes, das den durch Terror geschaffenen effektiven Zustand des Einparteienstaates legalisierte und jede Parteibildung neben der NSDAP unter Strafe stellte. *Die Totalität, die Hitler, Goebbels, Göring usw. ersehnt hatten, war nun zu 99 % vollzogene Tatsache.* Das letzte Prozent wurde im folgenden Jahre nach Hindenburgs Tod nachgeholt, als der unumschränkte Diktator sich auch noch formell zum Staatsoberhaupt machte.

Hitlers Kirchenfeindschaft enthüllt sich

Während sich dies alles im Innern abspielte, hatte Hitler zu Anfang seiner Kanzlerschaft in Rom mit der Kurie über ein den Interessen der Kirche weit entgegenkommendes Konkordat verhandeln und dieses abschließen lassen. Er hatte auch die Gottlosen-Propaganda verboten. Es war so noch nicht erkennbar, daß er einen ausgeprägt christentumsfeindlichen Kurs einschlagen werde. Dies zeigte sich erst klarer, als der Gleichschaltungsangriff auf die evangelische Kirche einsetzte, auf den Hugenbergs Abschiedsgesuch an den Reichspräsidenten Bezug nahm.

Hitler als „Friedensfreund"

Ebensowenig war in den Monaten der Hugenbergschen Ministerschaft auch nur im geringsten erkennbar, daß Hitler die Führung von Angriffskriegen beabsichtige. Seine Reden und vor allem seine Verständigungspolitik gegenüber Polen ließen das Gegenteil erwarten. Auch viele ausgesprochene Gegner Hitlers, die seinen innerpolitischen Legalitätsbeteuerungen wenig Glauben schenkten, waren gleichwohl davon überzeugt, daß er nach außen Frieden halten werde. Sie erwarteten von einer gewissen Einsicht Hitlers und seinem Selbsterhaltungstrieb, daß er den Bestand seiner Regierung und die Machtstellung seiner Partei nicht auf die Karte eines kriegerischen Abenteuers setzen werde, und daß er deshalb ebenso wie Mussolini eine lange Reihe von Jahren eine friedliche

Außenpolitik beibehalten werde, unbeschadet der Wahrnehmung deutscher Interessen mit diplomatischen Mitteln.

Am 17. Mai 1933 hielt Hitler seine große, im In- und Ausland sehr wirksame „*Friedensrede*", und der ganze Reichstag einschließlich der SPD stimmte feierlich zu. *Nach dieser Rede hatte Hugenberg im Reichskabinett die Gelegenheit wahrgenommen, sich mit besonderem Nachdruck für die Fortsetzung der Friedenspolitik auszusprechen.* Auch die führenden Außenpolitiker Englands und Frankreichs haben trotz der ihnen bekannten und erst verschleierten, dann ganz offenen Aufrüstung mit fortdauernder Friedensbereitschaft Hitlers gerechnet. Sonst hätten sie ihm nicht ein so ausgeprägtes Entgegenkommen bewiesen, das über alles weit hinausging, was frühere deutsche Regierungen erreichen konnten und das seinen stärksten Ausdruck später im englisch-deutschen Flottenabkommen fand. *Es ist also unmöglich, Hugenberg, der im Juni 1933 unter Konflikt und Protest aus Hitlers Regierung ausschied, für Dinge irgendwie verantwortlich zu machen, die erst in späteren Jahren dem Hitlerregiment das Gepräge haben,* für den staatlich legalisierten Mordterror und die agressive Außenpolitik.

Hugenbergs Reichstagsmandat

Im November 1933 löste die Regierung Hitler den im März gewählten Reichstag auf und setzte Neuwahlen an, für die der Reichsminister Dr. Frick eine einheitliche Kandidatenliste aufstellte, nachdem inzwischen alle politischen Parteien außer der NSDAP aufgelöst waren. Hugenberg erhielt durch Frick die Mitteilung, daß er als Kandidat aufgestellt sei. Er wurde gewählt und hat auch in der Folgezeit dem Reichstag angehört. Es entspricht aber nicht der wirklichen Lage, diesen Vorgang etwa als eine Unterstützung der NSDAP anzusprechen. *Hugenberg wurde ohne sein Zutun auf die Wahlliste gesetzt,* ohne irgendwelche Bindungen zu übernehmen. Er ist der Reichstagsfraktion der NSDAP nicht als Mitglied beigetreten und hat infolgedessen niemals an einer Fraktionssitzung teilgenommen und somit von den Reichstagssitzungen, die zur Entgegennahme von Erklärungen der Reichsregierung in Form von Hitlerreden abgehalten wurden, lediglich dasselbe erfahren, was gleichzeitig der gesamten Öffentlichkeit durch den Rundfunk mitgeteilt wurde. *Er hat sich bei der Annahme des Mandates durch den Reichsminister Frick ausdrücklich bestätigen lassen, daß durch sie keinerlei Beeinträchtigung seiner politischen Freiheit und Stellungnahme und keinerlei politische Pflichten begründet würden.* Wichtigen Reichstagssitzungen, wie der in Nürnberg 1933 (Judengesetze und Flaggenwechsel) und der Reichstagssitzung nach Kriegsausbruch 1939 (Gutheißung des Kriegsbeginns) blieb er absichtlich fern.

Hugenberg hat nie versucht, auf Grund seiner Reichstagszugehörigkeit mit Hitler in Verbindung zu treten, sondern diese Eigenschaft stets als eine rein formale Angelegenheit aufgefaßt. Er hat, wie schon hervorgehoben, seit seinem Regierungsaustritt Hitler überhaupt nicht wieder gesprochen. Bei der nur äußerlichen Funktion, die dem Reichstag unter dem Hitler-Regime zugewiesen war, das die gesamte Gesetzgebung in die Reichsregierung verlegt hatte, entsprach offensichtlich die Einschätzung der Bedeutung des Parlamentes durch die deutsche Öffentlichkeit völlig den tatsächlichen Verhältnissen. In Anbetracht der Umstände, die ihn zum Austritt aus der Regierung genötigt und die Auflösung der DNVP erzwungen hatten, brauchte Hugenberg nicht zu befürchten, daß seine Zugehörigkeit zum Reichstag etwa von seinen Gesinnungsfreunden als ein Übergang zum Nationalsozialismus ausgelegt werden könnte. Er war bei seiner nicht von ihm veranlaßten Nominierung als Kandidat in der gleichen Lage wie z. B. prominente Vertreter des deutschen Geisteslebens bei ihrer Berufung in den Preußischen Staatsrat. Er wußte, daß die formale Annahme des Mandates weder sachlich etwas ändern noch etwa mißverstanden werden konnte. *Eine direkte Ablehnung würde aber von Hitler zweifellos als*

feindseliger Akt aufgefaßt und mit folgenschweren Repressalien beantwortet werden. Diese hätten sich aller Voraussicht nach nicht auf Hugenbergs Person beschränkt. Es war vielmehr damit zu rechnen, daß eine Ablehnung des Reichstagsmandates durch Hugenberg zu Repressalien der NSDAP gegen frühere Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei, vor allem gegen Beamte, führen werde. Dies hatte ja Hitler bereits angedroht, als Hugenberg ihn von der Einreichung seines Abschiedsgesuches in Kenntnis setzte.

Im Jahre 1933 war es Hugenberg noch möglich gewesen, den Scherl-Verlag und die Ufa außerhalb des unmittelbaren Herrschaftsbereiches der NS-Parteiinstanzen zu erhalten. Auch hier drohte eine Gefahr, wenn Hugenberg durch Ablehnung des Reichstagsmandates eine in den Augen Hitlers und der NSDAP demonstrative Oppositionshandlung beging. Nachdem im Juli 1933 der Diktaturstaat eingerichtet war und teils die Zustimmung, teils die Duldung des Auslandes fand, *mußte es das Ziel der innerdeutschen Opposition sein, alle noch nicht parteigebundenen Positionen in Verwaltung, Wirtschaft und Presse, solange wie irgend möglich, für alle künftigen Entwicklungen noch intakt zu halten.* Dieser Gesichtspunkt war für Hugenberg auch in der Mandatsfrage wesentlich, bei der er den radikalen Geistern in der NSDAP keine Chance geben wollte, eine Hetze gegen die „Reaktion" zu entfachen. Hugenberg wollte es unter allen Umständen vermeiden, daß eine solche Hetze der Anlaß wurde, um persönlich ganz unbeteiligte, aber als „reaktionär" geltende Männer aus ihren Positionen zu werfen und noch die letzten Reste der Presse in die Parteimaschine einzubauen. Als eine Förderung der NSDAP durch Hugenberg konnte und kann seine Zugehörigkeit zum Reichstage unter keinem Gesichtspunkte angesehen und behandelt werden.

D. Allgemeine Angriffe gegen Hugenberg

Presse und Film

Gegen Hugenberg sind auch vielfach Angriffe erhoben worden, die mit der ihm unterstellten Mitverantwortung für Hitlers Gewaltherrschaft nichts zu tun haben. Sie sollen ihn aber offenbar vor der Öffentlichkeit in ein so ungünstiges Licht rücken, daß ihr der sachlich so schlecht zu begründende Vorwurf der „Steigbügelhaltung" schon aus lauter Antipathie gegen seine Person glaubhaft erscheine. So wird z. B. behauptet, Hugenberg sei ein „*Sozialreaktionär*", der als materieller Interessenvertreter des Großkapitals, als der *politische „Drahtzieher" des Unternehmertums,* Hitler zur Macht verholfen habe, damit dann eine „reaktionäre" Wirtschaftspolitik „auf Kosten der Arbeiterschaft" betrieben werden könne. Und weiter heißt es, er sei unbeschränkter *„Herr über Presse und Film"* gewesen und habe beide Einrichtungen dazu mißbraucht, um für den Nationalsozialismus Propaganda zu machen. Dazu ist vorweg folgendes festzustellen:

Solche Angriffe beruhen auf einer ungemeinen Überschätzung der Möglichkeiten, die Hugenberg zur Ausübung von Einfluß auf die politische Entwicklung überhaupt zu Gebote standen. Dabei ist es heute belanglos, inwieweit diese in ihrer ewigen Wiederholung fast legendäre Überschätzung des Hugenbergschen Einflusses auf Unorientiertheit oder bösem Willen beruht. Nach Ansicht seiner Gegner und Kritiker sollte Hugenberg bei fast allem, was ihnen nicht behagte, der geheimnisvolle und übermächtige „Drahtzieher" gewesen sein, während eine Nachprüfung der Dinge eindeutig erweist, daß ihm meistens schon die Drähte gar nicht zur Verfügung standen, an denen er hätte ziehen müssen, um einen solchen Einfluß auszuüben. Welche Möglichkeiten dazu hatte er denn überhaupt?

Es trifft zu, daß er auf den Scherl-Verlag und auf die Ufa in den hier in Betracht kommenden Jahren maßgeblichen Einfluß hatte. In der Entwicklung beider wirtschaftlich bedeutsamen Unternehmungen kann er zweifellos für sich als positive Leistung verbuchen, daß sie in den Jahren seiner Einflußnahme auf ihre geschäftliche Organisation aus ursprünglich recht kritischer Lage zu einer gesicherten und krisenfesten Situation emporstiegen. *Im Scherl-Verlag* erschien — neben Büchern, Kunstdrucken, Adreßbüchern usw. — eine Reihe von Zeitungen, Zeitschriften und Korrespondenzen, die, soweit sie nicht unpolitischen Charakters waren, eine im allgemeinen Sinne „rechtsstehende", „bürgerlich-christlich-nationale" Haltung einnahmen, also den Kommunismus scharf bekämpften, den Marxismus im allgemeinen ablehnten und diejenigen bürgerlichen Parteien von Fall zu Fall kritisierten, die jeweils mit ihm verbündet waren. Auf irgendeine bestimmte, parteipolitische Tendenz war aber die Scherl-Presse keineswegs eingesteuert. Daran hat sich auch in dem Zeitpunkte nichts geändert, in dem Hugenberg selbst den Vorsitz der Deutschnationalen Volkspartei übernahm. Hugenberg hat keinen Versuch unternommen, etwa die Zeitungen des Scherl-Verlages zu deutschnationalen Partei-Blättern zu machen, ganz abgesehen davon, daß ein solcher Versuch die sehr breite Abonnentenbasis dieser Zeitungen erschüttert hätte. Indirekt kam — vor und nach der Übernahme des Parteivorsitzes durch Hugenberg — der Deutschnationalen Volkspartei die Wirkung der Scherl-Presse natürlich in gewissem Grade zugute. Aber es gab nicht wenige deutschnationale Politiker, die diesen Nutzen für unzureichend hielten und es bedauerten, daß ihre Partei nicht wie Sozialdemokraten, Zentrum und Nationalsozialisten über eine große ausgesprochene Parteipresse verfügte. Da Hugenberg praktisch die Scherl-Presse nicht einmal zu ausgesprochener Propaganda für seine eigene Partei mobilisierte, tat er es natürlich noch viel weniger für die NSDAP, — wozu ihm logischerweise aber auch jede innere Absicht fehlen mußte.

In den Spalten der Scherl-Zeitungen mag auch vor 1933 da oder dort aus besonderem Anlaß etwas gestanden haben, was eine Anerkennung der nationalen Zielsetzungen auch der nationalsozialistischen Politik bedeutet haben kann. Im ganzen gesehen aber standen diese Blätter schon aus der oben skizzierten Grundhaltung heraus der NSDAP, im besonderen ihrer Wirtschafts- und Kultur-Politik, kühl und kritisch gegenüber. In dem Jahre, in dem die Entscheidung über die Gefolgschaft der großen Wählermassen fiel (1932), kam es angesichts der Radikalisierung der NSDAP, ihrer Gewalttätigkeiten und ihrer Totalitätsansprüche zu einem so scharfen Gegensatz zwischen ihr und der Scherl-Presse, daß Goebbels als Berliner Gauleiter einen Abonnenten- und Inserenten-Boykott gegen sie organisierte, was zu Tausenden von Abbestellungen führte. Hauptschlager in diesem Boykott war die Feststellung, daß sich in einigen wesentlichen Stellungen des Scherl-Verlages alte jüdische Mitarbeiter befanden, die der Verlag der herrschenden antisemitischen Bewegung nicht zum Opfer bringen wollte, da sie sich sachlich und persönlich bewährt hatten. Auch an einem wilden Teilstreik gegen den Scherl-Verlag hat sich die NSDAP führend beteiligt.

Nach 1933 bemühte sich Hugenberg, die Unabhängigkeit der Scherl-Presse solange wie möglich zu retten. Er hat das noch eine Reihe von Jahren hinsichtlich der geschäftlichen Organisation vermocht. Für die Schriftleitung allerdings war, wie für alle Schriftleitungen in Deutschland, die immer diktatorischer auftretende vorgesetzte Stelle das Propaganda-Ministerium. Goebbels hat dann noch im Kriege die besonderen Vollmachten, die ihm damals zur Verfügung standen, dazu benutzt, die Scherl-Presse — wie gleichzeitig auch zahlreiche andere Zeitungen — in die Hand der NSDAP zu bringen.

Der Scherl-Konzern hatte im deutschen Zeitungswesen vor 1933 übrigens in keiner Weise eine alles beherrschende Position. Die Zeitungen der beiden linksdemokratischen Berliner Presse-Konzerne Mosse und Ullstein hatten zusammen beträchtlich mehr Abonnenten. Daneben standen in ganz Deutschland noch zahlreiche andere Zeitungsunternehmungen und die große Partei-Presse der SPD, der KPD, des Zentrums und der NSDAP.

Gegen die „Ufa" hatte Goebbels schon vorher wirtschaftliche Zwangsmittel angewendet. Die Ufa hat in der Herstellung deutscher Filme die führende Rolle gespielt und Hervorragendes geleistet. Parteipolitische Filme hat sie nicht gedreht, natürlich auch nicht für die NSDAP. Erstens hat sie das nicht gewollt, und zweitens hätte sie auch damit zweifellos nur schlechte Geschäfte gemacht. Parteipolitische Filme kannte man in Deutschland vor 1933 höchstens aus russisch-kommunistischer Produktion, wie z. B. den Film „Panzerkreuzer Potemkin". Nach 1933 war die deutsche Filmproduktion ebenso wie die Presse von den Weisungen des Propaganda-Ministeriums abhängig.

Das genügte aber dem Nationalsozialismus nicht. Die Angliederung der Ufa an die nationalsozialistische Propaganda-Organisation wurde 1937 dadurch erzwungen, daß bei einem in der Herstellung sehr kostspieligen Film der Presse die unmißverständliche Parole gegeben wurde: „Dieser Film ist für die Kritik freigegeben." Das Ergebnis war, daß der an sich gute Film infolge beflissener Pressekritik innerhalb einer Woche vom Spielplan der Filmtheater abgesetzt werden mußte. Es war das klare Programm des Propaganda-Ministeriums, dieses Verfahren bei anderen Ufa-Filmen fortzusetzen. Dadurch ergab sich für die Ufa die zwingende Notwendigkeit der Kapitulation. Das Unternehmen mußte an den Nationalsozialismus abgetreten werden.

Hugenbergs Einflußmöglichkeiten auf Presse und Film sind also nur begrenzt gewesen. Für die NSDAP sind sie von ihm nicht angewandt worden — im Gegenteil hat ja die mit seiner Auffassung übereinstimmende Haltung der

Scherl-Presse 1932 zu dem nationalsozialistischen Boykottkrieg geführt. Was Hugenberg auf dem Gebiete der Presse und des Films getan hat, war völlig legal und geschäftlich und politisch in jeder Beziehung korrekt.

Beim Thema Scherl kommt es übrigens im Grunde weniger auf die Widerlegung der törichten Behauptung an, dies Instrument sei den Nationalsozialisten zur Förderung ihrer Interessen von den Eigentümern zur Verfügung gestellt, als vielmehr auf *die Kehrseite der Medaille:* nicht Hugenberg hat mit der ihm nahestehenden Presse den Nationalsozialismus gefördert, sondern der Nationalsozialismus hat — ebenso wie im Falle Ufa — die sogenannte Hugenberg-Presse zum Opfer seines totalitären Herrschbedürfnisses gemacht. An den Verhandlungen über die Auflösung der DNVP im Juni 1933 war Hugenberg nicht beteiligt. In den Abmachungen wurden der Partei feste Zusagen hinsichtlich des Fortbestehens der bis dahin deutschnationalen Presse (einschließlich der Scherl-Presse) gegeben. Diese Versprechungen wurden später gebrochen. Nach langwierigen von Hugenberg zäh geführten Verhandlungen mußte er den Scherl-Verlag an eine Gliederung der NSDAP verkaufen, um Gewalteingriffe zu vermeiden.

Hugenberg einseitiger Vertreter großindustrieller Interessen?

Ebenfalls mit dem wahren Sachverhalt völlig unvereinbar war die unter Hugenbergs Gegnern weitverbreitete Vorstellung, er sei ein auf ein vielfaches Millionen-Vermögen gestützter Großindustrieller, der in der deutschen Schwerindustrie eine beherrschende Position einnehme und diktatorisch über Millionen-Summen aus ihren Kassen verfüge, mit denen er alle möglichen „republikfeindlichen Bestrebungen finanziere", darunter natürlich auch die NSDAP.

Tatsächlich war Hugenberg nie Besitzer großer industrieller Unternehmungen und zu der Zeit seiner maßgeblichen Betätigung in der Politik überhaupt nicht in führender industrieller Stellung. Er war 1909 an die Spitze des Krupp-Direktoriums in Essen berufen worden, aber 1918 aus diesem Unternehmen vollständig ausgeschieden, also in einer Zeit, in der es noch keine Deutschnationale Volkspartei gab, die ihn 10 Jahre später zum Vorsitzenden wählte, und erst recht noch keine NSDAP. Hugenberg hat als deutschnationales Parteivorstandsmitglied und später als Vorsitzender der DNVP sich bemüht, in Wahlkämpfen Spenden von ihm nahestehenden Wirtschaftskreisen für seine Partei zu werben. Diesen Bemühungen waren aber stets enge Grenzen gezogen, da Hugenbergs Einflußsphäre in der Industrie in keiner Weise dem Bilde ent sprach, das seine Gegner sich davon machten. Die deutsche Industrie war alles andere als einheitlich eingestellt. Ihre prominenten Vertreter, die Besitzer großer Unternehmungen, die Konzern- und Verbandsleiter verteilten sich über alle nichtmarxistischen Parteien und waren noch weniger als Männer anderer Berufsgruppen geneigt, sich von jemandem vorschreiben zu lassen, wohin sie ihre Wahlspenden geben sollten, auch nicht von dem nicht mehr in der Industrie tätigen Hugenberg.

Für die Deutschnationale Volkspartei, die zu keiner Zeit auch nur annähernd über die Wahlgelder verfügte, die z. B. die wesentlich kleinere Deutsche Volkspartei aus industriellen Kreisen erhielt, änderten sich die Schwierigkeiten der Wahlkampf-Finanzierung durch Hugenbergs Übernahme des Parteivorsitzes nicht.

Daß er keineswegs, wie es manche Gegner sahen, als der „Exponent der Industrie" bezeichnet werden konnte, und daß er von dieser selbst nicht als solcher angesehen wurde, beleuchtet am besten der Umstand, daß bei der Abspaltung deutschnationaler Abgeordneter von der Reichstagsfraktion in den Jahren 1929 und 1930 unter den aus der Partei Ausgetretenen ein erheblich höherer Prozentsatz von Industriellen und Vertretern industrieller Verbände war als unter den bei Hugenberg Verbliebenen. Sein politisches Wirken in der ganzen Zeit seiner parlamentarischen Tätigkeit von 1919—1933 trug auch sehr viel weniger als das Auftreten vieler anderer Politiker verschiedenster Par-

teien den Charakter einer „Vertretung der Industrie im allgemeinen oder der Groß- bezw. Schwerindustrie im besonderen". *Denn Hugenberg trat tatsächlich mit allgemeinen politischen Problemen in den Vordergrund*, und er war gerade in wirtschaftspolitischer Beziehung schon deshalb kein einseitiger industrieller Interessenvertreter, weil er ja energischer als mancher ausgeprägte Agrarier den *Vorrang der Agrarpolitik* als der Grundlage jeder organischen Wirtschaftspolitik verfochten hat (vgl. Anlage IX „Hugenbergs wirtschaftspolitische Auffassungen").

Finanzierung Hitlers durch Hugenberg?

Unter solchen Gesichtspunkten gesehen, ist es also gar kein Wunder, daß die Zahl der von ihm beeinflußbaren Freunde in den maßgebenden Kreisen der Industrie nicht übermäßig groß war, und daß er nie über die von der Industrie angeblich bereitgestellten Riesensummen verfügt hat. Vor allem aber ist der Vorwurf nicht nur unberechtigt, sondern geradezu absurd, daß Hitlers Partei von ihm oder auf seine Veranlassung von Dritten finanziert wurde. Hugenbergs eigene Partei, deren finanzielle Lage ihm selbstverständlich nicht gleichgültig sein konnte, war ja in dauernder Geldklemme. Selbst seine Gegner sollten ihm nicht soviel Dummheit einerseits und Selbstlosigkeit andererseits zutrauen, unter solchen Umständen auch noch einem Konkurrenten unter die Arme zu greifen!

Daß auch Hitler aus industriellen Kreisen Geldmittel erhalten hat, steht außer Frage. Aber Hugenberg hat das schon aus politischem Selbsterhaltungstrieb natürlich nicht wünschen oder gar vermitteln können. Seine Hilfe in dieser Beziehung hat Hitler weder gesucht noch gebraucht. Gerade die Linke, die stets betont hat, daß Industrielle politisch nicht klüger seien als Arbeiter, Angestellte und sonstige Berufsangehörige, sollte sich nicht darüber gewundert haben, daß die braune Massenhypnose Generaldirektoren und Großunternehmer in der kritischen Zeit ebenso wenig ausließ wie Menschen bescheidener Wirtschaftslage. Und ebenso war es mit der durch alle Schichten gehenden Sucht, „den Anschluß nicht zu verpassen". Diese Leute warteten bestimmt nicht auf Hugenbergs Rat, um mit ihren Scheckbüchern zu Hitler zu laufen. Sie ließen sich auch nicht davon abhalten.

Hugenberg „Sozialreaktionär"?

Nicht der Wirklichkeit entsprach auch das mißgünstig gezeichnete Bild von Hugenberg, dem „Sozialreaktionär", dem „Arbeiterfeind". Auch auf sozialpolitischen Gebiet stand Hugenberg in vielfachem Widerstreit zu Auffassungen der Linken. Es ist nicht Sache dieser Untersuchung nachzuprüfen, wieweit er dabei sachlich „im Recht" gewesen ist. Es genügt aber auf die eingehenden Darlegungen hinzuweisen, die er neben vielen anderen Veröffentlichungen und Reden in seiner 1930 und 1932 geschriebenen, Anfang 1933 gedruckten Schrift *„Die Soziale Frage in Deutschland"* gemacht hat (vgl. Anlage X). Denn aus ihr geht mit voller Klarheit hervor, daß Hugenberg die überragende Bedeutung der sozialen Frage, im besonderen der Probleme der Lebenshaltung und Existenz-Sicherung der Lohnarbeiter, der kinderreichen Familien, das Ziel der Schaffung von Eigen-Heimen und eigenem Vermögenserwerb durch die besitzlosen Schichten geradezu *als das Kernproblem der deutschen Entwiklung aufgefaßt und angefaßt hat.*

Viele Arbeiter, die die Einführung der staatlichen Kinderbeihilfen im Dritten Reich erklärlicherweise und auch mit vollem sachlichen Recht als einen großen Fortschritt der deutschen Sozialpolitik auffaßten, werden bestimmt nicht gewußt haben, daß die Forderung einer solchen Maßnahme schon vor Hitlers Kanzlerschaft von einem Manne vertreten wurde, den ihnen zuerst die Linkspresse und später Joseph Goebbels als den typischen „Kapitalisten und Sozialreaktionär" geschildert hatten! Diese Hugenberg'sche Idee ist nicht dadurch schlecht geworden, daß Hitler sie übernahm, sie natürlich dann zu einem NSDAP-Propaganda-Schlager machte und sie durch einen „alten Kämpfer",

den Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Pg. Reinhardt, proklamieren ließ.

Ebenso hätte es in Anbetracht der vielseitigen Presseangriffe gegen den „unsozialen" Hugenberg vor und nach Hitlers Machtergreifung manchen Arbeiter sehr überrascht, hätte die von ihm gelesene Zeitung daran erinnert, daß *gerade Hugenberg*, den man als einen ausgesprochenen Autokraten des Großkapitals hinzustellen pflegte, *schon 1919 den Gedanken der Teilhaberschaft der Betriebsangehörigen am Besitze der Großunternehmungen verfochten hat.* Auf dem ersten deutschnationalen Parteitage in Berlin im Juli 1919 führte er über diese Frage aus:

> „Sollte man nicht heute den *Arbeitern und Angestellten einen Teil der Fabrik* geben? Aber *nur gegen Entschädigung*, sonst wäre es ein *Geschenk*, das keine engere Gemeinschaft mit dem Werke begründet, als Betriebsrat, Mitbestimmungsrecht und dergleichen es tun. *Sind diese* einmal unvermeidlich, so ist es schließlich für den Betriebsleiter kein großer Unterschied, ob er zu einem gewissen Bruchteil Publikum und Börsenleute zu *Aktionären* hat oder die eigenen Arbeiter und Angestellten. Es könnte sogar, . . . , den Vorteil bringen, daß die industrielle *Großunternehmung unabhängiger von Börseneinflüssen* und damit in sich bodenständiger wird. Man müßte dann als Zwischenbesitzer die Werksgemeinschaft, d. h. *die Gesamtheit der Mitarbeiter* einschieben und zu einer *juristischen Person* machen, die einen *Anteil am Werke auf Kredit erwerben kann.* Sie müßte diesen Anteil in beliebigen Abschnitten bis zur *Kleinaktie von 50,— Mark* hinunter, deren Einführung eine Voraussetzung der Durchführung des Planes bildet, gegen Kapitalzahlung an die einzelnen Werksangehörigen weitergeben, so daß diese Mitaktionäre würden."

In derselben Rede sagte er:

> „Freiheit der Wirtschaft soll nicht heißen, daß ich die soziale Entwicklung rückgängig machen will, die sich vollzogen hat und ihren gesundesten Ausdruck in der Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands gefunden hat."

Und bei der Debatte über Sozialisierung und Sozialpolitik in der Nationalversammlung hat er als Redner der deutschnationalen Fraktion am 8. März 1919 erklärt:

> „In diesem Sinne sind wir es auch, die heute am klarsten den Gedanken der *Sozialpolitik* vertreten. Er ist als solcher heute nicht mehr Gegenstand des Parteikampfes, sondern dieses Problem schneidet mitten durch alle Parteien hindurch als eine Frage des Möglichen, des Maßes und des Ausgleichs. Das drückt sich auch in der Errichtung der Arbeitsgemeinschaft aus. Gewerkschaftsvertreter sitzen heute in allen Parteien, Kapitalisten auch unter den ‚Unabhängigen Sozialdemokraten'. Aber wer die Privatwirtschaft verneint, verneint auch die Sozialpolitik, denn diese letztere ist nur eine Ergänzung der ersteren und verliert ihre selbständige Bedeutung mit dem Wegfall der Privatwirtschaft."

Hugenberg Bauernfeind?

Angesichts dieses und anderer Beispiele ist es widersinnig, die Platte vom „Sozialreaktionär" Hugenberg immer wieder abzuspielen. Ebensowenig ist es hieb- und stichfest, wenn der „Interessenvertreter des Großkapitals" gelegentlich auch als der „Interessenvertreter der Latifundienbesitzer" geschildert wird, der etwa Hitler in den Sattel gesetzt haben soll, um dem Großgrundbesitz zuliebe die Siedlung zu unterbinden. Hugenberg hat bereits im Alter von 23 Jahren als beurlaubter Gerichtsreferendar im Jahre 1888 an der Universität Straßburg seinen volkswirtschaftlichen Doktortitel mit einem umfangreichen Buche über die *„Innere Kolonisation im Nordwesten Deutschlands"* erworben. Auch seine spätere 15jährige Tätigkeit in der bäuerlichen Siedlungsarbeit des Preussischen Staates und im ländlichen Genossenschaftswesen beweist, daß er unmöglich die bäuerliche Siedlung bekämpft haben kann. *Im Gegenteil war und*

ist Hugenberg als einer der Väter der „Gemeinnützigen Siedlung" allgemein anerkannt. Aus diesem Grunde wurde er auch im Jahre 1903 als Vortragender Rat, insbesondere für das ländliche Siedlungs- und Genossenschaftswesen, in das Preußische Finanzministerium berufen. Die von ihm im Jahre 1930 ausgearbeiteten und von der Deutschnationalen Volkspartei im Reichstag eingebrachten *Gesetzesvorschläge über die Entschuldung der Landwirtschaft* enthielten gerade als einen wesentlichen Kerngedanken die *„Entschuldung durch Landabgabe"*, also eine Hergabe von Siedlungsland durch den Großgrundbesitz, der dadurch seine Schulden tilgen sollte. Daß ein solcher Vorschlag nicht von einem Siedlungsfeind kommen konnte, versteht sich von selbst.

Hugenberg als Parteiführer

Das wesentliche Instrument, das Hugenberg zur Einflußnahme auf die politische Entwicklung zur Verfügung stand, war die von ihm geführte Partei. Stärke und Wirkungsmöglichkeit dieses Instrumentes war jedoch begrenzt. Hugenberg übernahm die Führung der Deutschnationalen Volkspartei im Jahre 1928, als sie bereits in einer schweren inneren Krise stand. Diese stark mit personellen Gegensätzen verbundene Krise konnte nicht so gelöst werden, daß der Bestand der Partei voll erhalten blieb. Es kam zur Abspaltung dreier selbständiger Gruppen, denen zwar keine Aufwärtsentwicklung beschert wurde, die aber durch ihr zeitweiliges Vorhandensein der DNVP, der sie bisher angehört hatten, erheblichen Abbruch taten. Dadurch ging die Deutschnationale Volkspartei 1930 ihrer Stellung als stärkste nichtmarxistische Partei verlustig und wurde zu einer Partei mittlerer Stärke herabgedrückt. Durch den gleichzeitigen gewaltigen, durch Young-Plan und Wirtschaftskrise bewirkten Aufschwung der NSDAP, der sich nur unwesentlich auf bisher deutschnationale Wählerstimmen stützte, wurde die DNVP in ihrem Einfluß erheblich geschwächt.

Im deutschen Parteisystem war die Stärke einer Partei fast noch mehr als von ihrer Mandatszahl von ihrer taktischen Position innerhalb der Gesamtheit der Parteien abhängig. So wurde auch die Stellung der DNVP und damit Hugenbergs noch stärker als durch das weite Zurückbleiben ihrer Mandatszahl hinter derjenigen der NSDAP durch das fast völlige Verschwinden von neun Parteien stark beeinträchtigt. Diese neun Parteien, die im bürgerlichen Sektor zwischen DNVP, Zentrum und SPD bestanden, zählten 1930 noch über 8 Millionen Wähler, — damals das Dreifache der DNVP. Sie wurden fast gänzlich von der NSDAP aufgesogen.

Hugenbergs *Erfolg* in dieser Zeit beschränkt sich darauf, daß es ihm gelang, die *1930 seiner Partei verbliebene Wählerbasis im Stimmungsorkan der Hitlerpsychose intakt zu erhalten und in der zweiten Hälfte 1932 nicht unbeträchtlich zu verstärken.* Aber zu einem wirklich maßgeblichen Machtfaktor stieg seine Partei dadurch nicht wieder auf, trotz der großen Anstrengungen, die sie 1932 in vier großen Wahlkämpfen machte, die sämtlich gegen die NSDAP durchgefochten wurden — der letzte beiderseits mit erbitterter Schärfe.

Gegen den Hitlernimbus kam mit den Mitteln des Verstandes in dieser wild gewordenen Zeit niemand mehr auf — auch nicht Hugenberg. Ebenso wenig Brüning, der in vieler Beziehung doch unter günstigeren massenpsychologischen Voraussetzungen kämpfte. Aber sie beide arbeiteten mit der gleichen, auf eine Wählerschaft normalen Geisteszustandes erfahrungsmäßig auch recht wirksamen Methode, und es war für sie praktisch nicht möglich, etwa zu einer anderen zu greifen. Diese Methode war die von früher überlieferte politische Auseinandersetzung und bestand darin, mit klar durchdachten Beweisgründen an die Vernunft der Wähler zu appellieren und diesen dabei zuzumuten, über das Richtige oder Falsche der Beweisgründe nachzudenken. Damit aber konnten bei der damaligen Geistesverfassung der Wählermassen Hugenberg und Brüning bestenfalls ihre Gefolgschaft zusammenhalten und um ein geringes ver-

mehren. Politiker anderer Richtungen, die dasselbe versuchten, konnten schon das nicht mehr erreichen. Gegenüber dem urteilslosen und denkunwilligen politischen Treibholz mußten Hugenbergs und Brünings Argumente versagen. Es nutzt nichts, an den Verstand zu appellieren, wenn dieser fehlt oder bewußt ausgeschaltet wird. In diesem Sektor herrschten absolut Hitler und Goebbels.

Goebbels hatte bei der Schilderung von Hitler-Versammlungen seine besondere Ausdrucksweise. Die für ihn offenbar eindrucksvollste — und zweifellos mit Recht — scheint die vom 27. Februar 1932 gewesen zu sein. Da schildert er:

> „Der Führer spricht im Sportpalast und in den Tennishallen. Beide sind in einer noch nie dagewesenen Weise überfüllt. Die Berliner Nationalsozialisten bereiten ihm einen unbeschreiblichen Empfang. Er schleudert in einer phantastischen Rede dem System seine Anklage ins Gesicht. Der Sportpalast rast und tobt eine ganze Stunde in einer Art von Besinnungslosigkeit. Der Führer steht wieder auf der Höhe der Situation."

„Rast und tobt in Besinnungslosigkeit", — das ist die höchste Note, die Goebbels, von seiner Perspektive aus durchaus richtig, für eine Versammlung zu vergeben hat. Und er hat nicht besonders übertrieben: es war schon so und zwar nicht nur in Berlin, sondern in diesem und in anschließenden Wahlkämpfen in ganz Deutschland in zahlreichen Versammlungen riesigen Ausmaßes, in denen Hitler oder auch seine wirksamsten Propagandisten keine Tatbestände zu erläutern und keine Beweise zu führen, sondern lediglich die Zündungen der Stimmungsexplosion zu geben hatten. Mehrere Millionen von Menschen „rasten und tobten" andauernd, und der davon ausgehende psychologische Magnetismus setzte sich dann in entsprechende Wahlergebnisse um.

Tendenzschriftsteller, die mit der Laterne nach Generalen, Politikern und Industriellen suchen, denen sie nachweisen wollen, daß sie Hitler „in den Sattel gesetzt" hätten, mögen diese und jene finden, denen sie irgendeine wirkliche oder vermeintliche Unterlassung bei der Abwehr dieses Dämons der deutschen Gegenwartsgeschichte beweisen können. Aber sie werden am Kern der Dinge völlig vorbeigreifen, wenn sie nicht erfassen oder nicht zugeben wollen: Hitlers Aufstieg zur Diktatur war, ebenso wie ähnliche geschichtliche Vorgänge der letzten 2 Jahrtausende, in seinem wirklich entscheidenden Inhalt nichts anderes als einer jener nicht auf Deutschland und nicht auf unsere Zeit beschränkten grauenhaften Totalbankrotte der von einer Krise geschüttelten Massendemokratie, in der es keine Bremsen gab oder in der etwa vorhandene versagten.

In Deutschland gab es 1932 diesen Bankrott: *die souveräne Urwählerschaft beging — in ihrem ausschlaggebenden Teil „besinnungslos rasend und tobend" — mit Wollust politischen Selbstmord*, indem sie Hitler zusammen mit der KPD die „negative Mehrheit" im Reiche und in Preußen verschaffte, und damit die verfassungsmäßige Staatsmaschine total blockierte. Sie tat es in der Auswirkung einer in der Weltgeschichte — vom heutigen Zustande abgesehen — noch nicht dagewesenen Existenzkrise. Der Parteiführer Hugenberg konnte diese verhängnisvolle Entwicklung ebensowenig aufhalten wie andere, die sich mit der gleichen Aufgabe befaßten. Versucht hat er es nachweislich in 4 Wahlkämpfen mit ganzem Einsatz, aber nach der damaligen Lage unvermeidbar erfolglos. Wenn man nun schon heute noch nicht anerkennen will, daß Hugenberg sich dieser Aufgabe, vor der andere verzagt kapitulierten, doch wenigstens unterzogen hat, dann ist es zum mindesten nicht billig, ihm nun auch noch einen Vorwurf daraus zu machen, daß er keinen Erfolg dabei gehabt hat!

Hindenburg und Hugenberg

Hugenberg hat auch nicht die Möglichkeit gehabt, die einzige Bremse zu ziehen, mit der vielleicht — wenn auch keineswegs sicher — die Umwertung von Wählerwahn in Staats- und Volks-Katastrophe verhütet werden konnte. *Diese Notbremse*, dieses Schutzmittel gegen politische Excesse des höchsten Souveräns in der Demokratie, der Urwählermehrheit, *hatte die Weimarer*

Reichsverfassung lediglich in der Stellung des Reichspräsidenten, der — durch besondere Volkswahl neben den Reichstag gestellt — *notfalls den berühmten Artikel 48 benutzen konnte, um äußerste Gefahren abzuwehren.* War an der obersten Stelle des Reiches die klare Erkenntnis, daß eine Berufung Hitlers zum Reichskanzler zwar gerade nach den Regeln des demokratischen Parlamentarismus eigentlich unabweisbar war, daß sie aber wegen des Charakters dieses Mannes und seiner Gefolgschaft eine ungeheure Gefahr für Volk und Staat bedeutete, dann konnte ein zum äußersten Einsatz auch seiner Person entschlossener, tatkräftiger Reichspräsident vielleicht die Lage retten, wenn er mit Artikel 48 das sich selbst durch negative Majorität ausschaltende Parlament beiseite stellte und eine von ihm berufene, nicht parteigebundene Regierung auch ohne und gegen Parlamentsvotum im Amte hielt. Die Chance, daß 1932/1933 diese Methode auch Hitler gegenüber noch geholfen hätte, wenn sie durchgehalten wurde, bis ein Abflauen der mit Energie zu bekämpfenden Wirtschaftskrise ihm seine Erfolgsgrundlage nahm, war groß, wenn auch nicht risikolos.

Es war das Verhängnis Deutschlands, daß in dieser kritischen Zeit ein kranker und todmüder Greis von 85 Jahren Reichspräsident war, dessen Lebenskraft sich in sichtbarem Schwinden befand. Die Vermeidung einer solch' verhängnisvollen Lage war der Grund für Hugenbergs Ablehnung der Kandidatur Hindenburgs in dem entscheidenden Jahr 1932. Hindenburg stand zudem unter dem Einfluß seiner Umgebung, von Männern, deren Denken wohl auch von der Sorge beherrscht wurde, was ihr Schiksal sein werde, wenn der Tod den Präsidenten abberufe.

Der Versuch, Hitlers Zugriff auf die Staatsgewalt mit einem vom Parlament unabhängigen Präsidialkabinett abzuwehren, ist gemacht, aber vorzeitig abgebrochen worden. *Hugenberg hat, das steht außer jedem Zweifel, sich für diesen Versuch und vor allem für sein konsequentes Durchhalten sowohl gegenüber der Öffentlichkeit wie gegenüber der obersten Reichsspitze mit allem Nachdruck eingesetzt.* Zur Vermeidung aller Irrtümer muß allerdings auch klargestellt werden, daß er zu keinem Zeitpunkte dieser kritischen Periode und auch nicht vorher oder nachher einen bestimmenden Einfluß auf den Reichspräsidenten und dessen Umgebung oder auch auf die führenden Stellen der Reichswehr besessen hat. Zwischen dem Reichspräsidenten und Hugenberg bestand zu keiner Zeit ein wirksamer Kontakt, auch nicht zwischen Hugenberg und General von Schleicher.

Dementsprechend haben sich *alle entscheidenden politischen Akte,* die auf unmittelbare Initiative des Reichspräsidenten oder auf Ratschläge seiner Umgebung oder der Reichswehrführung abspielten, *ohne jede Mitwirkung Hugenbergs und in der Regel auch ohne seine vorherige Kenntnis vollzogen:* Berufung und Entlassung Brünings, Berufung Papens, Einsetzung des Reichskommissars in Preußen, Ersatz Papens durch Schleicher, Sturz Schleichers und Entschluß zur Übergabe der Kanzlerschaft an Hitler. Lediglich darüber, ob Hugenberg die wirtschaftlichen Ministerien im Kabinett Hitler übernehmen würde, ist mit ihm unmittelbar vor der Kabinettsbildung durch Papen im Auftrage Hindenburgs verhandelt worden. Diesen selbst hat Hugenberg am 30. Januar erst bei der Vereidigung gesehen.

Auch während der Monate seiner Ministerschaft kam Hugenberg nicht zu einem engeren politischen Kontakt mit Hindenburg. Soweit überhaupt, bestand eine solche Möglichkeit praktisch nur für Papen und vielleicht noch für Blomberg und Neurath. Sehr bald belegte Hitler den Reichspräsidenten total mit Beschlag und stellte den Zugang zu ihm, auch in Neudeck, unter schärfste Kontrolle. Hugenbergs letzter Appell an Hindenburg, eine Woche vor seinem Rücktritt, in dem er unter Klarstellung der Lage um sein Einschreiten gegen Hitlers Diktaturkurs bat, blieb ohne Echo. *Sein Rücktrittsgesuch* wurde dann ohne wei-

teres nach einer Rücksprache Hindenburgs mit Hitler genehmigt. Dabei wäre dieser Vorgang für den Reichspräsidenten auch in Anbetracht der Rechtslage des Ermächtigungsgesetzes Ende Juni 1933 *die einzige und zugleich letzte Gelegenheit gewesen,* die Frage einer allgemeinen Kabinettskrise aufzurollen und *Hitlers totaler Machtergreifung entgegenzutreten.* Noch am 21. April 1933 hatte Hugenberg eine Erklärung veröffentlicht, in der er u. a. zu den Gerüchten Stellung nahm, daß der Bestand der Reichsregierung in ihrer jetzigen Zusammensetzung gefährdet sei. *Hugenberg erklärte:*

> „Demgegenüber wird auf die Tatsache der Regierungsbildung durch den Reichskanzler Hitler, die feierliche Bestätigung dieser Regierung durch den Reichspräsidenten sowie auf die Erklärung des Reichskanzlers über Zusammensetzung und Bestand der jetzigen Reichsregierung in ihrer augenblicklichen Gestalt hingewiesen, endlich auf den Umstand, *daß das Ermächtigungsgesetz das Weiterbestehen der gegenwärtigen Reichsregierung zur Voraussetzung hat.*"

Und der damalige französische Botschafter *François-Poncet* schreibt dazu in seinen Erinnerungen („Als Botschafter in Berlin 1931 — 1938", Deutsche Ausgabe, Florian Kupferberg-Verlag, Mainz, 1947, Seite 118/119):

> „Er (Hugenberg) kapitulierte am 28. Juni und mit ihm verschwindet die Deutschnationale Partei.
> Das Eigenartige seines Abenteuers ist, daß keiner von jenen, die seine natürlichen Verteidiger hätten sein müssen, ihn unterstützt. Die Konservativen im Kabinett, Neurath, Krosigk, Papen, lassen ihn fallen. Und doch sind auch sie Deutschnationale, Männer, die seine Ansichten teilen. Sie stellen in der Regierung vom 30. Januar die Unterstützung durch eine Partei dar, ohne die Hitler in der Minderheit gewesen wäre. Der Sturz Hugenbergs geht auch sie an, schwächt sie und liefert sie wieder mehr der Willkür der Nazis aus. Sie scheinen sich darüber nicht im klaren zu sein oder sich darüber nicht aufzuregen. Sie fügen sich in die neue Situation. Übrigens gibt Feldmarschall Hindenburg, Schutz- und Schirmherr des Stahlhelms, durch seine ganze Vergangenheit und durch viele Freundschaften mit den Deutschnationalen verbunden, das Beispiel. Von allen Seiten bedrängt, hatte Hugenberg angedeutet, daß, wenn er aus der Regierung ausscheide, Hindenburg dem Kabinett sein Vertrauen entziehen könne, da die Zusammensetzung, die dem Kabinett Daseinsberechtigung verleihe, nicht mehr vorhanden sei. Aber der Marschall dachte nicht daran; er stellte sich taub. Immerhin kann ihm nicht entgehen, was vorgeht. Er kann doch nicht übersehen, daß das in Potsdam beim Klang der Glocken besiegelte Bündnis bereits tot ist, und daß er nicht mehr der Herr, sondern vielmehr der Gefangene seines Kanzlers ist. Fühlt er sich außerstande, die Vormundschaft abzuschütteln? Zieht er die Ruhe einer Krise vor, deren Ausgang problematisch erscheint? Oder ist er nicht wie seine Umgebung, seine Freunde, die Barone des Kabinetts, ja, wie das ganze Volk, einfach Opfer einer Psychose und wird von einer gewaltigen Strömung mit fortgerissen?"

Der französische Botschafter irrt lediglich darin, daß die von ihm genannten 3 Minister der Deutschnationalen Volkspartei angehört hätten. Es hätte dem Sachverhalt entsprochen, sie als „rechtsstehend" zu bezeichnen. Im übrigen aber ist diesen zutreffenden Ausführungen nichts hinzuzufügen. Wie auch Hugenberg unter den damals bereits vorliegenden Terrorverhältnissen, im besonderen nach dem nicht aufgeklärten gewaltsamen Tode des deutschnationalen Reichstagsfraktions-Vorsitzenden Dr. Oberfohren, eines scharfen Hitlergegners, seine eigene Situation beurteilte, zeigte eindeutig sein *Abschiedswort an den deutschnationalen Parteivorstand:* „Wenn in einiger Zeit die Mitteilung verbreitet werden sollte, ich hätte Selbstmord begangen, dann bitte ich davon überzeugt zu sein, daß das nicht der Wahrheit entspricht." Da er mit der Möglichkeit von rechtswidrigen Repressalien gegen sein Eigentum rechnen mußte, übertrug er seinen Familienbesitz Rohbraken damals auf seinen Sohn. Er hat

allerdings zu jener Zeit nicht wissen können, daß erst 12 Jahre später — *nach* dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus — eine Situation vorliegen würde, in der man den Versuch des nunmehr von ganz anderer Seite kommenden Eingriffs in seine Eigentumsrechte mit dem Vorwurf begründen würde, er sei ein Helfer Hitlers gewesen! — — —

17 000 000 Steigbügelhalter!

Die deutsche Öffentlichkeit nahm von Hugenbergs Rücktritt verhältnismässig wenig Notiz. Hätte es im Juli 1933 eine Volksabstimmung darüber gegeben, ob Hitler oder Hugenberg im Amte bleiben sollte, dann hätte sich zweifellos auch ohne Terror und Wahlfälschung eine Riesenmehrheit für Hitler ergeben. *Die Massenhypnose war noch in voller Wirkung und Hitlers wahrer „Steigbügelhalter", die Millionenmasse seiner Wähler, strömte bedingungslos hinter ihm her.* Sie kamen zu Hunderttausenden auch ohne Zwang zu den Maifesten auf das Tempelhofer Feld und zu den Paraden am Bückeberg und fühlten sich offenbar recht wohl dabei. Der Katzenjammer kam für sie erst einige Jahre später, für viele davon erst in der zweiten Kriegshälfte.

E. Zusammenfassung

Hugenbergs vergeblicher Widerstand gegen Hitler

Zusammenfassend ist festzustellen, daß Hugenbergs Versuch, durch Regierungsteilnahme die Gefahren abzuwehren, die Hitler und seine Partei über Deutschland heraufbeschworen haben, keinen Erfolg gehabt hat. Man mag ihm vorhalten, daß er gleich allen Parteiführern, die damals in der deutschen Politik standen, und gleich allen sonstigen prominenten Vertretern des öffentlichen Lebens die Gefahr, die Hitler bedeutete, hinsichtlich ihrer Größe und Nähe unterschätzt habe.

Churchills Urteil über Hitlers Möglichkeiten

Aber damit steht er im In- und Auslande durchaus nicht allein. *Winston Churchill* schrieb in seinem Buche „Große Zeitgenossen" (Deutsche Ausgabe 1938 bei Albert de Lange, Amsterdam) über Hitler auf Seite 305/306:

> „Es ist nicht möglich, sich ein gerechtes Urteil über eine Gestalt des öffentlichen Lebens zu bilden, welche die riesigen Ausmaße Adolf Hitlers erreicht hat, bevor nicht sein Lebenswerk als ganzes vor uns liegt. Obgleich keine nachfolgende politische Handlung böse Taten ungeschehen machen kann, ist doch die Geschichte voll Beispielen von Männern, die dadurch zur Macht kamen, daß sie düstere, abstoßende, ja entsetzliche Methoden anwandten, die jedoch nichtsdestoweniger, wenn ihr Leben in seiner Gesamtheit aufgedeckt wird, als große Persönlichkeiten angesehen werden, deren Dasein die Geschichte der Menschheit bereichert hat. So mag es auch mit Hitler sein.
>
> Eine endgültige Ansicht ist uns heute noch nicht erlaubt. Wir vermögen noch nicht zu sagen, ob Hitler der Mann ist, der einmal einen neuen Krieg auf die Welt losläßt, indem die Zivilisation unwiederbringlich erliegen wird, oder ob er einst in die Geschichte eingeht als der Mann, der dem großen germanischen Volk die Ehre und den inneren Frieden wiedergab, der es froh, nützlich und stark in die vorderste Reihe der europäischen Völkerfamilie zurückführte. Zu diesem Mysterium der Zukunft wird sich die Geschichte äußern. Doch darf gesagt werden, daß im Augenblick beide Möglichkeiten gegeben sind. Wenn wir gezwungen sind, uns bei der dunkleren Seite seines Werks und seiner Lehre aufzuhalten, weil seine Geschichte noch unbeendet ist, oder weil just die schicksalschwersten Kapitel noch nicht geschrieben sind, so dürfen wir doch nie vergessen — und nicht aufhören zu hoffen, daß es eine lichtere Alternative gibt."

Wenn also selbst ein kritischer Beurteiler wie Churchill, dessen Bedeutung die ganze Welt anerkennt, noch 1936 oder 1937 bei der Niederschrift seines Buches nicht nur mit einer pessimistischen sondern auch mit einer optimistischen Entwicklungsmöglichkeit der von Hitler gelenkten Politik rechnete — trotz allem, was schon allein 1934 geschehen war! — dann kann Hugenberg kein Vorwurf daraus gemacht werden, wenn er im Januar 1933 die Möglichkeit einer optimistischen Entwicklung für nicht ausgeschlossen gehalten hat. *Es mußte ja keineswegs unvermeidbar alles so kommen, wie es nunmehr, von 1948 her betrachtet, als geschehen feststeht.*

Gewiß kennt die Geschichte auch außer Adolf Hitler noch mehr Beispiele von Männern, die, im Besitze überragender politischer Macht, Selbstbesinnung und Maßstab für die Umwelt verloren, in Größenwahn endeten und ihrem Volke Unheil brachten. Aber sie kennt auch andere Beispiele, und es ist daher durchaus verständlich, daß Churchill auch bei Hitler beide Alternativen, die gute wie die schlechte, für möglich gehalten hat. *Hugenberg hat jedenfalls den Aussichten der günstigen Alternative in Hitlers Entwicklung vor dem Januar 1933 niemals vorbehaltlos vertraut. Er hat sie 1933 sehr schnell als hoffnungslos erkannt. Und dementsprechend hat er sich verhalten.*

Hugenberg hat — damals (1929) natürlich mehr aus Sorge vor dem Radikalismus des wachsenden Kommunismus als vor dem des aufkommenden Nationalsozialismus — die stimmungsmäßige Quelle des drohenden Unglücks durch das Volksbegehren gegen den Young-Plan abzuriegeln versucht. Nachdem dies

mißlungen war und die befürchtete Radikalisierung eingesetzt hatte, war seine Politik dahin gerichtet: bei der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl sowohl die Wahl Hitlers zu verhindern wie auch diejenige des alten kranken Hindenburg, der nicht mehr regieren konnte — zumal in solchen Zeitläufen —, und dessen Zepter bei seinem Tode (1934) dann zwangsläufig in Hitlers Hände fiel. Nachdem dieser Plan in Harzburg zerschlagen war, hat Hugenberg Hitler eindringlich gewarnt und bei der Reichspräsidentenwahl im Frühjahr 1932 eine Gegenkandidatur aufgestellt. Er hat dann die Regierung von Papen — ungeachtet aller sachlichen Kritik an ihrer Arbeit — sofort entschieden unterstützt, weil er in einem Präsidialkabinett das wirksamste Schutzmittel gegen das Kommen einer braunen Diktatur sah. Hugenberg hat alles in seinen Kräften Stehende unternommen, um das Festhalten an einer parteifreien Präsidialregierung durchzusetzen. Der seit Harzburg herrschende Kampfzustand zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten wurde in Folge davon zu einem offenen Kriege, was am klarsten im „Angriff", dem Blatt von Dr. Goebbels (Nr. 164 vom 15. 8. 32), beleuchtet wird. Es wird da „von jenen gewissenlosen Intriganten aus dem Hugenberg-Lager", die „die Machtergreifung durch den Nationalsozialismus sabotieren", gesagt:

> „Sie sind im Augenblicke gefährlicher als selbst der Marxismus und müssen ebenso wie dieser in die Knie gezwungen werden."

(Vgl. auch Anlage V „Der Kampf zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten".) Als dann aber die Berufung Hitlers zum Reichskanzler festbeschlossene Sache war, fand Hugenberg sich — wenn auch schweren Herzens — zum Eintritt in das Kabinett bereit, um so dem Rutsch in die Diktatur entgegenzuwirken. Er hat sich im scharfen Konflikt mit Hitler gegen die Übernahme des Preußischen Innenministeriums und damit der Polizei durch Göring gewandt und sich gegen die Reichstagsauflösung, wie Goebbels schreibt, „mit Händen und Füßen gewehrt". In beiden Punkten drang er nicht durch. Beides war aber für Hitler auf dem Wege zur Diktatur unerläßlich.

Hitler hat den Kampf Hugenbergs gegen diese Entwicklung zweifellos klar als das erkannt, was er war, nämlich als einen Versuch, ihm gerade das zu durchkreuzen, worauf es ihm im Grunde allein ankam. Der Juni 1933 brachte dafür Hitlers Quittung an Hugenberg. Dieser hatte seine eigene Partei mit deren voller Zustimmung das ganze Jahr 1932 hindurch in vier großen Wahlkämpfen gegen die NS-Politik eingesetzt, was ihm und der Deutschnationalen Volkspartei Schmähungen und Haß zuzog. Als Minister hat er sich in keinem seiner vier Ministerien einen nationalsozialistischen Staatssekretär aufnötigen lassen und seine sachliche Handlungsfreiheit hartnäckig verteidigt. Er hatte schließlich mit Hitler heftige politische Auseinandersetzungen und hat, als er die Aussichtslosigkeit jeder Hoffnung auf eine legale Entwicklung erkannte, wenige Monate nach der Kabinettsbildung *als einziger unter allen Ministern damals die Konsequenz seines Rücktritts gezogen.* Er hat ihn trotz Bitten und Drohungen Hitlers auch durchgesetzt, nachdem er zweimal vergeblich an den Reichspräsidenten um ein Eingreifen appelliert und nachdem er in kürzester Zeit positive Leistungen für die deutsche Wirtschaft vollbracht hatte. *Er allein trieb den Konflikt bis zum äußersten,* als seine Parteianhänger tätlich angegriffen wurden, und blieb nicht, wie einzelne Kollegen, noch jahrelang Minister, nachdem ihre Mitarbeiter ermordet waren.

Hugenberg nicht Wegbereiter, sondern Gegenspieler Hitlers

Daß Hugenberg unter solchen Umständen als ein hartnäckiger, wenn auch erfolgloser Gegenspieler des braunen Diktators und nicht als sein „Steigbügelhalter" zu betrachten ist, sollte für eine vorurteilsfreie geschichtspolitische Betrachtung außer jeder Debatte stehen. Will man einmal theoretisch unterstellen, Hugenberg hätte wirklich die Rolle des „Steigbügelhalters" für Hitler spielen wollen, dann würde man jedenfalls nicht an der Feststellung vorbei-

kommen, daß die oben geschilderte Politik, die er das ganze entscheidende Jahr 1932 hindurch im permanenten Gegensatz zu Hitler getrieben hat, und daß seine Taktik als Minister geradezu die widersinnigste und dümmste gewesen wäre, auf die er überhaupt hätte verfallen können. Denn das „Steigbügelhalten" hätte er ja nun wirklich einfacher und für sich angenehmer gestalten können!

Hugenberg war als Politiker ein Mann ausgeprägt konservativer Staats- und Rechtsauffassung, ein entschiedener Verteidiger der Privatwirtschaft, zugleich ein Mann christlich-abendländischer Weltanschauung. Die totale Gegensätzlichkeit seines ganzen Denkens gegenüber der Vorstellungswelt Hitlers wird wohl am deutlichsten durch jene Worte gekennzeichnet, die Hugenberg im Jahre 1927 in seinem Aufsatz *„Das Rathaus"* („Streiflichter aus Vergangenheit und Gegenwart" von Dr. A. Hugenberg, Scherl-Verlag, Berlin 1927, Seite 9 f.) geschrieben hat:

> „Im freien Deutschland, das mir vorschwebt, würde man endlich einmal die Axt an den Wucherbaum des Bürokratismus legen, — auf allen Gebieten, in jeder Organisation — und die Leistungsfähigkeit des auf sich selbst gestellten Einzelmenschen wieder in ihre Erstgeburtsrechte einsetzen. Der Aufstieg des wirtschaftlich Tüchtigen würde in der öffentlichen Meinung wieder den Vorrang vor dem Aufstieg des Redners und Agitators gewinnen und damit das Moment der Hoffnungslosigkeit aus den Werkstätten herausnehmen, das heute in unseren Massen die wirtschaftliche Tüchtigkeit des einzelnen geradezu gewaltsam zu Boden drückt und die einzelne regsame Persönlichkeit in die Sphäre der Agitation zieht."

Welchen Rang in Hugenbergs an sachlichen Leistungen reichem Leben seine Tätigkeit als Parteiführer 1928/33 beanspruchen kann, ist hier nicht zu erörtern. Der Erfolg blieb ihr durch die Ungunst der Umstände versagt. Vielleicht kann man auch sagen: durch das Verhalten seiner Mit- und Gegenspieler. *Nach Ablauf vollzogener Tatsachen ist es müßig, der Geschichte einen anderen Gang auf Grund von „Wenns" zu unterstellen.* Es wäre aber durchaus verständlich, wenn Hugenberg angesichts des vorliegenden Fazits die Frage aufwürfe, ob nicht die Entwicklung eine ganz andere gewesen wäre, wenn es ihm auf einer der entscheidenden Stationen gelungen wäre, mit seiner Auffassung wirklich durchzudringen.

Ein Politiker muß aus dem Blickfeld seiner Zeit heraus beurteilt werden und nicht auf Grund des nachträglichen Wissens der späteren Zeit über seinen Erfolg oder Mißerfolg.

Fehlgriffe und Irrtümer lassen sich bei jedem Menschen nachweisen. Hugenberg aber mit einer „Schuld" zu belasten, vor allem mit einer Mitschuld an dem von der Hitlerdiktatur über Deutschland und die Welt gebrachten Verhängnis, würde eine Geschichtsfälschung bedeuten, die in krassem Widerspruch zu dem wirklichen Ablauf der ganzen Entwicklung stünde. *Jeder Rechtsstaat* und im besonderen ein Staat, der demokratischen Grundsätzen folgt, *kann von einem Politiker nur verlangen, daß er aus dem Blickfeld seiner Gegenwart heraus gewissenhaft prüft, ob er bei seinen Schritten sich auf dem Boden des Rechtes bewegt, und ob er nach bestem Gewissen glauben kann, mit ihnen dem Staat zu nützen.*

Hugenberg konnte diese Frage bei der von ihm verfolgten Politik ehrlich und ohne Einschränkung bejahen. Mit allem, was er dann zu ihrer Ausführung tat, stand er völlig auf dem Boden des geltenden Rechtes: er versuchte als Parteiführer seinem politischen Einfluß legal Geltung zu verschaffen. Er trat in eine verfassungsmäßig gebildete Regierung ein, an deren Spitze der Führer der stärksten Partei in voller Konsequenz des parlamentarischen Systems berufen worden war. Er kämpfte in dieser Regierung zäh und unbeirrbar gegen

ihre Umwandlung in ein willenloses Instrument eines verfassungswidrigen Diktators. Er zog schließlich aus der Aussichtslosigkeit dieses Kampfes die nach der Verfassung und nach dem parlamentarisch-demokratischen Brauch einzig mögliche Konsequenz, nämlich unter Klarstellung seiner abweichenden Anschauungen seinen Rücktritt zu erklären.

Es unterliegt vernünftigerweise keinem Zweifel, daß 1933 oder 1934 Brüning oder auch Breitscheid die Frage, was sie an Hugenberg auszusetzen hätten, dahin beantwortet hätten, daß sie lediglich andere politische Ansichten verträten als der Vorsitzende der DNVP. Die Frage aber, ob man Hugenberg nun deshalb beschuldigen oder zur Verantwortung ziehen könne, hätten beide und auch andere sachlich urteilende Politiker damals nur als sinnlos und lächerlich empfinden können.

Gerechtigkeit fragt nicht nach Erfolg oder Mißerfolg

Das nachträgliche Wissen von Erfolg oder Mißerfolg darf eine Beurteilung, die objektiv sein will, nicht beeinflussen. Das Scherbengericht, das summarisch den in die Minderheit gebrachten politischen Gegner verdammt, hat durch zweieinhalb Jahrtausende mit Recht nicht als eine positive Errungenschaft der Demokratie, sondern als eine krasse Entartung dieses Systems gegolten. *Strafurteile auf Grund politischen oder militärischen Mißerfolges zu verhängen, war seit jeher ein belastendes Merkmal der Despotie aller Spielarten.* Unter den bis heute gestürzten Despoten war Hitler zeitlich der letzte, der diese Methode eifrig und bedenkenlos anwandte. Ihre Anwendung war in der Rechtsgeschichte aller Zeiten eines der wichtigsten Unterscheidungsmerkmale dafür, ob ein Staat als „Rechtsstaat" gelten kann oder nicht.

Wenn diese despotische — nach dem heute üblichen Sprachgebrauch „nazistische" — Methode mit der Beseitigung des Diktaturstaates als überwunden gelten soll, *dann fehlt aber auch jegliche logische Beweisführung, mit der man Hugenberg mit mehr belasten kann als mit der sachlichen Kritik an der schließlichen Erfolglosigkeit seiner Politik.* Ginge der heute im Werden befindliche neue Staat über die Linie dieser Kritik auch noch mit Repressalien und „Strafmaßnahmen" hinaus, dann würde er im voraus die Entschlußfreiheit seiner künftigen Politiker, die als Menschen ebenfalls mit Fehlern und Mißerfolgen rechnen müssen, verhängnisvoll belasten. Er würde zugleich dem Gedanken der Unparteilichkeit alles wirklichen Rechtes nur einen sehr schlechten Dienst leisten.

Er würde auch voreilig die heutigen in Deutschland an Regierungen beteiligten Parteien in eine je nach der späteren Entwicklung unter Umständen recht peinliche Situation bringen! Denn die seit der Moskauer Konferenz eingetretene außenpolitische Entwicklung hat bekanntlich dazu geführt, daß die abendländische Weltöffentlichkeit nun wieder das weiß und sagt, was sie vor zehn Jahren auch schon einmal sehr gründlich und genau gewußt hat, was sie aber zwischendurch zeitweilig mehrere Jahre vergaß und verschwieg: daß nämlich der Kommunismus mit Demokratie, Freiheit und abendländischen Rechtsvorstellungen nicht mehr zu tun hat als der Nationalsozialismus, und daß er diesem gegenüber hinsichtlich der Begriffe „Totalität" und „Terror" unzweifelhaft die älteren Urheberrechte besitzt.

In den USA und in Groß-Britannien werden daraus gegenüber dem Kommunismus bereits sehr eindeutige Konsequenzen gezogen. Nun gibt es aber keine der heute bereits an Regierungsbildungen beteiligten deutschen Parteien, die nicht in einem oder in mehreren Ländern mit der KPD (bezw. SED) in der Regierung gesessen hat oder heute noch sitzt. Minister und Parteien werden sicher für diese jetzt wieder auffallende Tatsache beachtliche Gründe anführen. Sie werden sich nötigenfalls vorsorglich und scharf gegen eine etwaige Unterstellung wehren, sie spielten die Rolle von „Steigbügelhaltern" für Pieck und Grotewohl und für sonstige interimistische Gauleiter einer obersten totalitären Stelle. Vernünftigerweise wird man ihnen das auch wohl zuerkennen.

Wie aber will man es dann noch begründen, Hugenberg mit Vorwürfen zu belasten, weil er 1933 in das Kabinett des Mannes eingetreten ist, der sich in der Folgezeit als der verhängnisvolle Nachahmer des totalitären Kommunismus entpuppte! — — Als diese Entwicklung klar erkennbar wurde und nicht mehr zu hemmen war, hat Hugenberg als einziger Minister dieses Kabinett in offenem Konflikt verlassen.

Unter welchen Gesichtspunkten man sich auch immer mit dem ganzen Fragenkomplex beschäftigen mag, jeder, der es wirklich gründlich und unvoreingenommen tut, — mag er Anhänger, Kritiker oder Gegner gewesen sein oder sein —, *kann nur zu dem Ergebnis kommen, daß die so weit verbreitete und von so vielen Unorientierten so gern geglaubte „Steigbügelhalter-Legende" Hugenberg gegenüber gänzlich unhaltbar ist.*

Verzeichnis der Anlagen

			Seite
Anlage	I	Hugenbergs Kampf gegen den Young-Plan und seine Warnungen vor den eingetretenen Folgen.	56
Anlage	II	Hugenberg über die innerpolitische Entwicklung (Tagung der DNVP am 26. Juni 1932).	61
Anlage	III	Bericht des deutschnationalen Vizepräsidenten Graef über den Empfang des Reichstagspräsidiums bei Hindenburg im Sommer 1932.	62
Anlage	IV	Hugenbergs Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus und dem totalitären Machtanspruch.	62
Anlage	V	Der Kampf zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten im Jahre 1932.	69
Anlage	VI	Reichskanzler a. D. Dr. Brüning über Hugenbergs Einstellung zum Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933.	73
Anlage	VII	Hugenberg als Minister.	74
Anlage	VIII	Hugenbergs Rücktrittsgesuch und Abschiedsschreiben an den Reichspräsidenten vom 26. und 27. 6. 1933.	82
Anlage	IX	Hugenbergs wirtschaftspolitische Auffassungen.	86
Anlage	X	Auszug aus der Schrift Hugenbergs „Die soziale Frage in Deutschland", Berlin 1932.	90
		Zeittafel	93

Anmerkung: Die in den Zitaten der Anlagen durch Kursiv-Druck vorgenommenen Hervorhebungen sind nachträglich erfolgt.

Anlage I

Hugenbergs Kampf gegen den Young-Plan und seine Warnungen vor den eintretenden Folgen.

Vorbemerkung:

Nach Beendigung der Inflation durch Helfferichs Rentenmark wurde im Jahre 1924 mit dem *Dawes-Plan* der Versuch einer wirtschaftlichen Lösung der Reparationen gemacht. Um die Stabilität der Währung nicht zu gefährden, wurde die Übertragung der deutschen Reparationszahlungen an das Ausland von der Erzielung deutscher Ausfuhr-Überschüsse abhängig gemacht (Transfer-Schutz). Obwohl der deutsche Außenhandel passiv war und blieb, funktionierte der Dawes-Plan für einige Jahre. Dies war aber nur möglich durch das Einströmen ausländischer Kredite, die sich auf die Dauer verhängnisvoll auswirkten. Die internationale politische Verschuldung war ein wesentlicher Grund für die spätere Weltwirtschaftskrise, deren erste Anzeichen sich im Herbst 1928 an der New-Yorker Börse bemerkbar machten. Die Gewährung ausländischer Kredite an Deutschland geriet ins Stocken und dadurch war die weitere Durchführung des Dawes-Planes gefährdet. Man entschloß sich zu einer „endgültigen und vollständigen Regelung des Reparationsproblems". Das Ergebnis war der *Young-Plan*, der im Frühjahr 1929 in Paris zustande kam und dann auf den beiden Haager Konferenzen im August 1929 und im Januar 1930 internationale Vertragsform erhielt. Am 12. März 1930 nahm die Reichstagsmehrheit den Young-Plan an, gegen den sich das Volksbegehren gerichtet hatte.

Die Tributforderungen des Young-Planes waren unerfüllbar. Der Zahlungsplan erstreckte sich auf zwei Menschenalter, und an der Reparationsforderung des Londoner Ultimatums vom Mai 1921 in Höhe von 132 Milliarden Goldmark wurde festgehalten. Die bis dahin „politischen" Reparationsschulden wurden „kommerzialisiert", der Währungs-Schutz kam in Fortfall. Deutschland wurden erneut Anleihen gewährt. Aber sie bewirkten nur eine Verschärfung der Weltwirtschaftskrise. Der Verfall von Deutschlands Wirtschaft und Finanzen setzte sich reißend fort. Am 20. Juni 1931 erklärte in Erkenntnis der unhaltbar gewordenen Lage der damalige Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Hoover, ein „Reparationsfeierjahr". Aber es war für Deutschland zu spät. Am 13. Juli 1931 erfolgte der finanzielle Zusammenbruch (Bankenkrise). Rund 4 Millionen Arbeitslose lagen auf der Straße, eine Zahl, die sich schließlich auf über 6 Millionen erhöhte. *„Ein Drittel des wirtschaftlichen Lebens Deutschlands hat aufgehört"*, hieß es in einem internationalen Bericht. Auf der Konferenz von Lausanne im Juli 1932 wurde endlich ein Schlußstrich unter die Reparationen gesetzt. In den deutschen Reichstag aber zogen am 30. Juli 1932 die Nationalsozialisten mit 230 Abgeordneten ein, die damit 40 % aller Reichstagssitze innehatten. Automatisch hatte sich die deutsche Tribut- und Wirtschaftsnot in Radikalisierung der Wählermassen umgesetzt — gemäß der deutschnationalen Prognose.

1. *Ein Brief Hugenbergs an Amerika vom 5. März 1929.* (Veröffentlicht u. a. im „Berliner Lokal-Anzeiger" vom 25. 3. 29.)

   „Die Verhandlungen über eine endgültige *Regelung der deutschen Kriegstribute* geben hervorragenden Mitgliedern des amerikanischen Volkes Gelegenheit ihre gewichtige Stimme im Sinne einer endlichen *Befriedung Europas und damit der Welt* in die Wagschale zu werfen. Diese Befriedung wird nur erreicht, wenn die endgültige Regelung den Grundsätzen der Vernunft und Gerechtigkeit entspricht und der Leistungsfähigkeit Deutschlands angepaßt wird."

   „Wir wollen keinen Krieg; aber wir wollen unser Recht und unsere Freiheit."

„Nur eine gerechte Endlösung gibt dem deutschen Volk die Möglichkeit, die Aufgaben zu erfüllen, die ihm seine geographische Lage zuweist, den *Schutz der zivilisierten Welt vor dem Bolschewismus.*"

„Unsere Sache ist die Sache aller derjenigen Elemente, die den Kampf gegen das Chaos wollen. Macht man uns durch eine unvernünftige Regelung der Tributlasten den Kampf unmöglich, dann bricht das Chaos über Deutschland und damit über Europa herein und bringt schließlich die ganze zivilisierte Welt in Gefahr."

Das war 1929. — 1949 ist infolge des von Hitler — dem Produkte der deutschen Tribut- und Wirtschaftsnot — in frevelhafter Weise heraufbeschworenen Krieges und seiner Auswirkungen dieser Zustand annähernd erreicht.

2. *Interview Hugenbergs vom 1. Juli 1929,* das in acht englischen Zeitungen erschienen ist.
Hugenberg äußerte seine Meinung zum Pariser-Entwurf des Young-Planes dahin,

„daß es im Interesse aller Beteiligten liegen würde, wenn der Entwurf Entwurf bliebe und nicht zum Weltgesetz würde."
„Mit der Kommerzialisierung der Staatsschulden vergiftet man das ganze internationale Kreditwesen."
„Das Ende muß nach unerbittlichen ökonomischen Gesetzen ein großer Krach sein. Der unerfüllbare Dawes-Vertrag hätte, wenn er sinngemäß gehandhabt wäre, wenigstens das eine Gute gehabt, daß er sich infolge seiner Schutzklauseln (Transfer- und Währungsschutz, Zahlungen nur aus Ausfuhrüberschüssen, Revisionsmöglichkeit) nach einiger Zeit in sich selbst totlaufen müßte."

„Der Pariser-Plan ist nicht einmal 5 Jahre lang durchführbar. Er gefährdet eine vernünftige Weltkreditwirtschaft und die ausländischen Privatgelder, die nach Deutschland wandern."

„Wir werden versuchen, den Vertragsentwurf mit den Mitteln des Volksbegehrens zu Fall zu bringen."

3. *Rede in Nürnberg am 28. August 1929.*

„Nach dem Young-Plan muß nach unerbittlichem Gesetz die Proletarisierung Deutschlands weiter fortschreiten."

„Mit dem Young-Plan ziehen Katastrophen-Entwicklungen herauf, deren Ablauf sich jeder Berechnung entzieht."

4. *Rede am Hermann-Denkmal bei Detmold am 2. September 1929.*

„Unser Volk soll selbst sagen, ob es die Folgen des Pariser-Tributplanes, die furchtbaren seelischen Prüfungen, die Unfreiheit, den Wirtschaftsverfall, die Arbeitslosigkeit, die neue Erschütterung unserer Währung auf sich nehmen will oder nicht."

5. *Kundgebung im Berliner Sportpalast am 24. September 1929.*

„Wir übernehmen im Pariser Tributvertrage Verpflichtungen, die wir nach allgemeiner Auffassung des Inlandes und des Auslandes nicht erfüllen können, deren Übernahme also eine Unehrlichkeit ist.... *Diese Unehrlichkeit ist eines anständigen Volkes unwürdig."*

„Die 15 Milliarden Auslandsschulden, die wir in den fünf Dawes-Jahren gemacht haben, beweisen unsere internationale Zahlungsunfähigkeit."
„Die Dawes-Krise würde, richtig angefaßt, für das deutsche Volk eine *Gesundungskrise sein, wie einst bei der Helfferich'schen Stabilisierung der Währung."*

„Der Dawes-Vertrag hat uns den Verfall der Landwirtschaft und unendlich viele andere Not gebracht. Der Young-Vertrag wird für die gesamte Wirtschaft das Elend vollenden und versperrt uns vor allem den letzten Ausweg."

6. *Rede in Hamburg am 17. Oktober 1929.*

„Der Young-Plan ist ein furchtbares Unglück für das deutsche Volk, und wer das heute noch nicht einsieht, und daraus nicht Folgerungen zieht, der wird es später am eigenen Leibe verspüren."

„Wir haben aus unserem Gewissen und aus unserer Überzeugung heraus die Verpflichtung, Deutschland vor diesem Unglück, das ihm droht, zu bewahren."

„Die Summen sind höher geworden und die Zeit, die hindurch wir zahlen müssen, ist länger geworden. Und das schlimmste ist, daß *in dem neuen Vertrag keinerlei Klauseln enthalten sind, die es uns ermöglichen könnten, von diesen Lasten wieder frei zu werden.*
Die Vorteile des Dawesvertrages lagen in diesen Klauseln. Es war ein Provisorium und man war von vornherein überzeugt, daß eine Revision stattfinden müsse. Man war sich klar darüber, daß Deutschland nur zahlen könne aus dem Überschuß seiner Ausfuhr über seine Einfuhr."

„Die dritte Klausel war der sogenannte Währungsschutz. Die anderen Mächte haben durch den Dawespakt die Verantwortung dafür übernommen, daß diese Währung durch unsere Zahlungen an das Ausland nicht erschüttert werde."

7. *Interview für die „München-Augsburger Abendzeitung" vom 6. November 1929.*

„Noch bevor der Young-Plan wirklich fertig oder gar dem Reichstage vorgelegt ist, bestätigt sich Punkt für Punkt alles, was wir behauptet haben. Die Überweisungen an die Länder können nicht rechtzeitig bewirkt werden, und es ist sehr zweifelhaft, ob die Ultimo-Verpflichtungen des Reiches einschließlich Beamtengehälter in vollem Umfange rechtzeitig erfüllt werden können."

Diese Äußerung wurde amtlich bestätigt, als der damalige Reichskanzler Hermann Müller am 12. Dezember 1929 im Reichstag eine Erklärung der Reichsregierung über die Finanzlage verlas. Danach ergab sich für Ultimo Dezember in der Reichskasse ein Fehlbetrag von 1 700 Mill. RM, der nur z. T. durch Reichsschatzwechsel und Kredite, also durch weitere Schuldenaufnahme, „gedeckt" werden konnte. Es verblieb nach der Regierungserklärung noch ein ungedeckter Fehlbetrag von 330 Mill. RM, für dessen Überbrückung nicht einmal auf dem Kreditwege Mittel zur Verfügung standen.

Angesichts dieser trostlosen Finanzlage mußten sich die Vertreter der Reichsregierung im Januar 1930 auf die zweite Haager Konferenz begeben, auf der nicht Erleichterungen des Young-Planes festgelegt, sondern seine Lasten noch erhöht wurden.

8. *Auf dem Reichsparteitag der DNVP in Kassel am 21. November 1929.*

„Der amerikanische Professor Coar, ein Freund Owen Youngs hat erklärt, als Deutscher würde er den Young-Plan ablehnen; die ganze Reparationspolitik sei ein Unsinn und Owen Young verurteile selbst ebenso den Young-Plan wie den Dawes-Plan."
„Volksbegehren und Volksentscheid gegen Young-Plan und Kriegsschuldlüge weisen den Weg für eine grundlegende Umstellung der deutschen Außenpolitik. Die Losung ist Freiheit. *Wir werden sie ohne Krieg haben, wenn unser Volk selbst wirklich und ernstlich will. Gestützt auf ein Freiheit liebendes und ehrliches Volk können und werden wir eine auswärtige Politik der gegenseitigen Auslöschung der Kriegsschulden der Welt weitertreiben.* Die englische Arbeiterregierung hat das gleiche Ziel verkündet."

„*Wir wollen eine gesunde Wirtschaft, aber keine Verelendung unserer Arbeiterschaft durch Herabsetzung ihrer Bezüge.* Wir wehren uns gegen die fortschreitende materielle und geistige Proletarisierung unseres Volkes."

„Falls der Pariser Tributplan Gesetz werden sollte, so wird dies der Ausgangspunkt einer Zeit allerschwersten Leidens und unwürdiger Knechtschaft — ein Unheil für unser ganzes Volk sein."

9. *Aus Hugenbergs Reichstagsrede vom 11. Februar 1930.* (Bereits zitiert im Text der Schrift Seite 7)

„Wir bitten heute im Interesse von Land und Volk das furchtbare Unglück dieses Vertragswerkes von Deutschland abzuwenden. *Wir sind zu Gunsten dieses Zieles nach wie vor zur Verständigung mit allen bereit,* die über diesen Punkt mit uns übereinstimmen."

Man muß sich diesen entscheidenden Entwicklungsabschnitt vor Augen halten, bevor man Hugenberg in der Richtung Vorwürfe macht, daß er zu „stur" gewesen sei, um sich gegen den Nationalsozialismus rechtzeitig mit Zentrum und Sozialdemokratie zu verbünden: wäre dadurch etwa vermieden, daß Nationalsozialisten und Kommunisten — also die durch die Young-Plan-Not aufgestörten radikalen Massen — 1932 zusammen die Mehrheit im Reichstage und damit die Hand an der Gurgel der Staatsmaschine hatten?

10. **„*Regieren*". Aufsatz von Dr. A. Hugenberg, M. d. R., in „Der Tag" Nr. 61 vom 12. März 1930.**

„Wollt ihr regieren oder Katastrophenpolitik treiben? ... *Katastrophenpolitik wäre die Annahme des Young-Planes.*"

„Die Mittelparteien ... werden mit der Annahme des Young-Planes als führender Faktor nationaler Politik verspielt haben."

Schon 1932 waren bei den Juliwahlen von den 119 Mittelparteilern des Jahres 1930 nur noch 20 übrig geblieben (beide Male ungerechnet das konfessionelle Zentrum nebst Bayr. Volkpartei).

11. **Die schwedische Zeitung „*Afton Bladet*" schrieb Anfang *August 1930* (nach „Berliner Lokal-Anzeiger" vom 9. 8. 1930):**

„Tatsache ist, daß alles, was Hugenberg gesagt und geschrieben hat, eingetroffen ist. Er wies darauf hin, daß der Young-Plan zum Verderben führen müßte, und wer kann wohl jetzt noch bestreiten, daß dieser tatsächlich im Begriffe steht, wirtschaftlich ganz Deutschland zu ruinieren? ... Hugenberg ist der Anwalt des Reiches, des verarmten deutschen Volkes."

12. **In der französischen Zeitung „*Le Temps*" *vom 21. November 1930* schrieb Renée Lauret (nach der „Hessische Landeszeitung" vom 8. 12. 1930 Nr. 338):**

„Wenn man darüber nachdenkt, so muß man Hugenberg vollkommen recht geben. Er ist es gewesen, der vor einem Jahre die Begründungen angegeben hat, auf die man sich jetzt beruft. ... Wenn man wirklich glaubte, daß man die Zahlungen des Young-Planes nicht auf sich nehmen könne, dann wäre es besser gewesen, ihn nicht anzunehmen und sich noch einige Zeit an den Dawes-Plan zu halten. Im Falle der Unfähigkeit (Deutschlands zu zahlen) hätte der Generalagent das Moratorium aussprechen müssen. Die Wirkung auf die öffentliche Meinung der Welt wäre dann eine ganz andere gewesen, als jetzt, wo die Regierung des Reiches die Verantwortlichkeit dafür übernommen hat, und Deutschland hätte sich in besseren Bedingungen befunden, um eine Revision zu erlangen. — Das ist genau das, was Hugenberg gepredigt hat."

13. *Der englische Ministerpräsident Mac Donald* auf der Konferenz von Lausanne *im Juli 1932:*

„Das Kapitel der Reparationen ist geschlossen."

„Die großen Zahlungen und Transfers sind nicht nur eine Strafe für die einen, sondern ein Verhängnis für alle Völker gewesen, der Ursprung aller unserer Leiden."

14. So erwies sich schließlich, als in Deutschland der *offensichtlich friedliche Wille* zu einer ehrlichen Politik nationalen Widerstandes gegen den Young-Plan endlich deutlich einsetzte, dieser Young-Plan keineswegs als die Bastion feindlichen Unterdrückungswillens. Vielmehr bewahrheitete sich die Hugenbergsche Auffassung, daß hier ein allseitig begriffenes *gemeinsames internationales Interesse vorlag.* Die Nachgiebigkeit Deutschlands im Punkte Young-Plan hatte aber inzwischen zu einer verhängnisvollen wirtschaftlichen und dadurch dann politischen und geistigen Zerrüttung in Deutschland und rückwirkend im ganzen Abendland — zu einem Fehler auf Fehler häufenden Radikalismus der deutschen inneren und auswärtigen Politik — und zu der Ratlosigkeit der ganzen Welt geführt, wie sie sich am Schlusse der Londoner Weltwirtschaftskonferenz vom Sommer 1933 offenbarte.

15. Reichskanzler a. D. *Dr. Brüning über die verhängnisvollen Folgen des Young-Planes.*
Quelle: Brief Dr. Brünings an den Herausgeber der „Deutsche Rundschau", veröffentlicht im Juli-Heft 1947 dieser Zeitschrift. Die nachstehend zitierten Sätze beziehen sich auf die Lage im *Frühjahr 1932.* Der Rücktritt des Kabinetts Brüning erfolgte am 30. Mai 1932.

„Alle diese Probleme sind nie im Kabinett erörtert worden, weil das Bewußtsein des vollen Ernstes selbst die loyalsten Mitglieder möglicherweise aller Hoffnungen beraubt hätte, die gewaltigen Schwierigkeiten zu überwinden, die sich während der Reparations- und Bankenkrise aus der Verantwortlichkeit der deutschen Regierung für alle finanziellen und wirtschaftlichen Maßnahmen ergaben, die der Young-Plan verlangte.
Eine ähnliche Verantwortung unter dem Dawesplan hatte deutlich auf Mr. Parker Gilbert, dem Agent-General für Reparationen, gelegen, der für die Anwendung gewisser dehnbarer Verfügungen des Dawesplanes verantwortlich war, um so eine Deflation zu vermeiden. Wenn man eine einzelne Ursache für die Heftigkeit der wirtschaftlichen Krise in Deutschland und der folgenden politischen Entwicklung nennen will, so ist es die Entfernung solcher dehnbaren Klauseln aus dem Young-Plan, eine Änderung, auf die ich in der Einführung zu dem veröffentlichten „Reparations Diary" von General Dawes hingewiesen habe.
Schon Ende 1929 war es vorauszusehen, daß diese Maßnahmen nur zu einer Weltinflation führen konnten."

Diese Sätze aus der Feder eines früheren politischen Gegners und im besonderen des Reichskanzlers des Krisenjahres 1931 sind die stärkste positive Würdigung des Kampfes gegen den Young-Plan, die von einem Manne, der nicht zu den Anhängern dieses Kampfes zählte, formuliert worden ist. Vor allem gilt das von den Sätzen: *„Wenn man eine einzelne Ursache für die Heftigkeit der wirtschaftlichen Krise in Deutschland und die folgenden politischen Entwicklungen nennen will, so ist es die Entfernung solcher dehnbaren Klauseln aus dem Young-Plan ... Schon 1929 war es vorauszusehen, daß diese Maßnahmen nur zu einer Weltinflation führen*

konnten." Eine solche Beurteilung von einem Mann, der zu einer Fraktion gehörte, die damals *für* den Young-Plan stimmte, zeugt von einer großzügigen und beispielhaften Sachlichkeit. (Vgl. hierzu die Ausführungen Hugenbergs in seiner Hamburger Rede vom 17. Oktober 1929 — oben Ziffer 6 dieser Anlage, Seite 58)

Anlage II

Hugenberg über die innerpolitische Entwicklung

Rede vom *26. Juni 1932* auf der Führertagung der DNVP in Berlin.

„*Es ist jetzt eine Art von Geschichtsklitterung im Gange* und findet sich in manchen links-, aber auch mittelparteilichen Organen, die etwa darauf hinausläuft: der Totengräber der deutschen bürgerlichen Welt ist Herr Hugenberg und die Deutschnationale Volkspartei, sie haben eine ungeheure Schuld auf sich geladen, indem sie es ermöglicht haben, daß der Nationalsozialismus die Stellung in Deutschland erobert hat, die er heute besitzt."

Man merke es sich: *dies war der Anfang des Versuches der Schuldabwälzung auf die DNVP*, dem Hugenberg damals an Hand der frischen Tatsachen sofort entgegengetreten ist. Er fuhr fort:

„Die Mittelparteien, die in dem nunmehr aufgelösten Reichstag immer noch eine starke Stellung hatten, haben es gemeinschaftlich mit dem Zentrum unmöglich gemacht, daß nach den Wahlen vom 14. September 1930 rechtzeitig die Heranholung der Nationalsozialisten an die Verantwortung vorgenommen wurde. Ich habe immer von neuem darauf hingewiesen, wie notwendig das sei. Ich habe es auch in persönlichen Unterhaltungen mit dem Reichskanzler Brüning getan. Ich habe ihm gesagt: Jetzt ist der letzte Augenblick, wo es geschehen muß. Ich habe auf dem Parteitag in Stettin nicht zuviel gesagt: Wenn in diesem Herbst 1931 nicht die Wahlen stattfinden, dann stehen in Deutschland die Zeichen auf SOS. Nun, man hat die Dinge weiterlaufen lassen. Man hat den Kessel immer weiter unter Druck gehalten, und der Druck hat sich infolgedessen immer mehr verstärkt. Der Radikalismus ist immer größer geworden. *Darüber sind die Mittelparteien verschwunden.* Deshalb müssen nun gerade wir, diejenigen, die von vornherein wußten, worauf es ankam, nunmehr unsererseits mit dem Nationalsozialismus kämpfen, weil die anderen uns eine Situation beschert haben, bei der sich ein wirtschaftlicher Radikalismus sondergleichen entwickeln *mußte* ... Nicht wir sind es, die das zuwege gebracht haben, sondern es sind diejenigen, die mißverstanden haben, was uns als leitender Gedanke vorgeschwebt hat, — die nicht rechtzeitig in eine Entwicklung eingeschwenkt sind, die wir ihnen ganz klar vor Augen gestellt haben."

Anlage III

Bericht des deutschnationalen Vizepräsidenten Graef

über den Empfang des Reichstagspräsidiums bei Hindenburg nach der Reichstagswahl vom *31. Juli 1932.*

„Nach der Vorstellung des Reichstagspräsidiums beim Reichspräsidenten hielt der nationalsozialistische Reichstagspräsident Göring eine Ansprache, in der er betonte, daß im Reichstage eine arbeitsfähige parlamentarische Mehrheit sei, daß der Reichstag sich nicht ausschalten lassen wolle und daß er als Reichstagspräsident sich gegen die Gerüchte, daß der Reichspräsident diese Ausschaltung beabsichtige, zur Wehr setzen müsse. Er habe den einstimmigen Auftrag des Reichstages, dies zum Ausdruck zu bringen. *Der deutschnationale Vizepräsident Graef widersprach diesen Äußerungen Görings auf das schärfste.* Er führte aus, daß das Reichstagspräsidium nicht befugt sei, dem Staatsoberhaupt politische Ratschläge zu erteilen. Das Präsidium sei keine politische Körperschaft und überdies in seiner Meinungsbildung absolut nicht einheitlich. Herr Graef betonte, daß die Einsetzung eines wirklich von den Parteien unabhängigen Kabinetts ein Fortschritt sei, demgegenüber der Rückfall in den Parlamentarismus und in das Koalitionsspiel, wie es die Nationalsozialisten und das Zentrum erstreben, einen absoluten Rückschritt bedeuten würde. Hierüber sei sich der größte Teil des Volkes einschließlich weiter Kreise der Nationalsozialisten einig. Die Rücksicht auf die Stetigkeit der politischen Entwicklung und auf die Autorität des Staatsoberhauptes verbiete es, einen Kurswechsel in der Regierungsführung vorzunehmen, selbst für diejenigen, die nicht mit allen Maßnahmen des Kabinetts Papen im Reich und in Preußen einverstanden seien."
(„Unsere Partei" Nr. 18 vom 15. 9. 1932, Seite 273).

Anlage IV

Hugenbergs Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus und mit dem totalitären Machtanspruch,

1. In einem *Aufsatz im Berliner Lokal-Anzeiger vom 15. 11. 1925 (!)* befaßt sich Hugenberg u. a. mit der Behebung der deutschen Wirtschaftsnot. Er verweist auf die unlösbare Relativität zwischen Wirtschaftsnot, Radikalismus, Gesundheit der *Wirtschaft* und Gesundheit der *Köpfe* und führt dabei aus:

   „daß in der Wirtschaft noch das Gefühl lebendig sei, daß die Wirtschaft nicht alles, daß sie vielmehr nichts ist, wenn nicht die Seele nationaler Eigenart und nationalen Sichauswirkens dahintersteht."

   Andererseits:

   „Losgelöst von der Wirtschaft würde die nationale Bewegung sehr leicht in die Hände von Exaltados kommen, denen der freie Überblick über die Wirklichkeit der Dinge fehlt."

2. In einem Aufsatz „*Selbstverwaltung*" („Streiflichter" S. 43 ff.) schreibt Hugenberg *(1927!)* (nach Erörterungen über die Gefahren einer entarteten Parteiherrschaft):

   „Eine Macht ohne Machthaber. Es ist nach allen geschichtlichen Erfahrungen nur eine *Frage kurzer Zeit, wann, wie und wo der Machthaber sich findet,*

unter welchen Umständen und mit welchen Erfolgen. Im Zweifel ist aber leider in Deutschland zu vermuten, daß es kein ehrlicher Machthaber sein wird. Der Deutsche hat den politischen Fehler, daß meistens die ehrlichen Leute die Macht nicht lieben, wenn sie ihnen nicht von Gott verordnet ist. *Und der unehrliche Machthaber würde das Letzte verspielen.* —"

3. Auf dem *Reichsparteitag der DNVP in Kassel am 22. 11. 1929:*

„Eine Reichsregierung, die etwa nach der Annahme und zur Durchführung des Young-Planes ... ohne die Sozialdemokratie gebildet würde, stände bei der damit gegebenen Haltung einerseits der Sozialdemokratie, andererseits des *Nationalsozialismus vor dem garnicht abzuwehrenden Schlagworte,* daß sie eine bürgerliche Regierung zur Erfüllung des Young-Planes auf Kosten der breiten Masse des Volkes sei."

4. *Hugenberg vor dem Parteivorstand am 24. Juli 1930:*

„Zu der nationalsozialistischen Frage ist zu bemerken, daß es bei dem Anwachsen der Nationalsozialisten unbedingt richtig ist, sie sobald wie möglich vor die Verantwortung zu stellen. Sie können dann zeigen, was sie können, oder was sie nicht können."

„So unbequem es mir ist, daß sich jetzt eine nationalsozialistische Bewegung entwickelt hat, so müssen wir doch damit rechnen."

„Die Gefahr der nationalsozialistischen Bewegung ist mir völlig klar."

5. Auf dem *Reichsparteitag der DNVP in Stettin am 20. 9. 1931:*

„Vom Herbst 1929 ab (vgl. Kasseler Parteitag) war es für den gesunden Menschenverstand klar, daß die Sozialdemokratie sich nach der Annahme des Young-Planes aus der Verantwortung drücken wollte ... Im Frühjahr 1932 sollte dann — im Sturme marxistischer Entrüstung über diese unfähige bürgerliche Welt, über diese törichten ‚Nationalisten' — ein marxistischer Reichspräsident und ein in der Mehrheit marxistischer Reichstag gewählt werden. Es fehlten, wenn man Kommunisten und Sozialdemokraten zusammenrechnet, nur noch 40 Sitze daran — also eine Kleinigkeit."

„Aber damit nicht genug. Ich glaube, auch einer anderen Gefahr vorgebeugt zu haben. Wenn auch wir uns damals in einem bürgerlichen Mischmasch zur Durchführung des Young-Planes hätten das Rückgrat brechen lassen, — was wäre dann im Frühjahr 1932 (d. h. bei den 1932 bevorstehenden Wahlen — Reichspräsidentenwahl pp.) bei den jungen Menschen in Deutschland ... das Urteil gewesen? ... Es hätte folgenden fürchterlichen Inhalt gehabt: ‚Alles, aber auch alles, was sich in Deutschland bürgerlich nennt, ist ein feiges und faules Pack und denkt nur an Gut und Geld, — alles, was in Deutschland privatwirtschaftlich denkt, ist bar jedes nationalen Empfindens, jedes Gefühles dafür, daß über dem Einzelnen und der Wirtschaft das Volk und die Gemeinschaft steht!' Wenn aber das Urteil so hätte lauten müssen, so wäre das der *Weg zum Nationalbolschewismus* geworden, also *der andere Weg zum Untergang.* Wir mußten vor der Welt und vor der Zukunft die nationale Ehre des privatwirtschaftlich denkenden Menschen retten."

Und voller Sorge sprach Hugenberg die Befürchtung aus, daß „Sonderwünsche, Eitelkeit, Ehrgeiz, Raffgier, Vorurteile, eigennützige Herrschsucht und sonstige Eigenbrödelei" es fertig bringen könnten, *„daß schließlich unser Volk doch noch in dem Sumpfe, sei es des marxistischen Bolschewismus, sei es des Nationalbolschewismus versinkt".*

6. Hugenberg im *Berliner Sportpalast am 19. November 1931:*

„Es sind hier unter uns Tausende von Arbeitern, Arbeitslosen, Angestellten und Beamten. Gerade zu ihnen möchte ich sprechen, insbesondere zu den Arbeits-

losen. Ist es denn wahr, daß Krieg und Weltwirtschaftskrise es sind, die ihnen die Arbeit genommen haben? Seit 1924 habe ich immer von neuem einige ganz einfache und nüchterne Thesen des gesunden Menschenverstandes vertreten. Nicht, weil mir das Spaß machte, sondern weil die Sorge um unser Volk mich treibt ... Indessen — ich war ein sturer Bock, — ein lederner Geheimrat aus versunkener Zeit und ein sozialreaktionärer Arbeiterfeind. Euch, das war meine ständige Warnung, *die Arbeiter, Angestellten und Beamten, wird ganz am Ende dieses verheerenden Irrweges die Not am schwersten treffen:* Eine ungeheure Arbeitslosigkeit und ein Versagen der öffentlichen Kassen bei der Zahlung der Gehälter, Pensionen und sozialen Leistungen. Wendet rechtzeitig diese Gefahr ab, indem Ihr den politischen Kurswechsel rechtzeitig erzwingt. Dann brauchte das alles nicht zu kommen. Deutschlands *handelspolitische Lage* ist, rechtzeitig ausgespielt, ausgezeichnet. Die Weltwirtschaftskrise, richtig gesehen und benutzt, kann Deutschlands Rettung werden."

„Laßt es nicht dahin kommen, daß der richtige Augenblick verpaßt wird, *daß in der Verzweiflung der kühle Verstand versagt, daß Wirrköpfe sich des Volkes bemächtigen* und schließlich ein Strudel alles wegreißt, was ruhige Menschenhände geschaffen haben."

Dazu schrieb die demokratische *„Vossische Zeitung"* von 20, 11. 1931:

„Hugenberg warnt vor wirren Köpfen, die sich des Volkes zu bemächtigen suchen."

7. Vor der *Parteivertretung der DNVP am 1. 12. 1931:*

„Keine nationale Partei darf etwas anderes sein als ein Werkzeug des Vaterlandes. Aber ich bin der Meinung, daß die Deutschnationale Volkspartei niemals nötiger gewesen ist als heute: von ihrer Stärke und von ihrem Einfluß wird es wahrscheinlich abhängen, ob neue schwerste Gefahren überwunden werden, die über unserem armen Lande schweben."

8. Ein Jahr überspringend, geben wir hier einen kurzen Stoßseufzer wieder, der sich aus den Sorgen der Zwischenzeit und den Fehlern des Jahres 1932 ergab.

Hugenberg auf der *Vorstandssitzung der DNVP am 15. 12. 1932:*

„Wenn wir unsere Landwirtschaft nicht in Ordnung bringen, wird sie einfach zur Verzweiflung getrieben: sie wird politisch rabiat und gibt den Ausschlag zugunsten derjenigen Mächte, die den deutschen Staat zerstören wollen."
(Vgl. Görings Äußerung, bei der Novemberwahl 1932 habe die Landwirtschaft den Nationalsozialismus „gerettet").

9. Hugenberg *an die Jugend am 1. 3. 32 in Essen:*

„Angesichts Arbeitslosigkeit, Wirtschaftszusammenbruch und Gefahr des Staatsbankerotts stehen naturgemäß bei der deutschen Rettungsaufgabe die Wirtschaftsfragen im Vordergrunde. Sie sind nicht allein mit jugendlicher Begeisterung und Parteiagitation zu lösen. Führen kann in diesen Dingen nur, wer die wirtschaftlichen Verhältnisse bis zum Grunde der Dinge kennt."

10. *Reichspräsidentenwahl vom Frühjahr 1932.*
Hugenberg stellte in offenem Protest gegen die Kandidatur Hitlers den Stahlhelmführer Duesterberg auf.

Beim 2. Wahlgang verweigerte Hugenberg die Unterstützung Hitlers, um die dieser ihn gebeten hatte. Hugenberg legte seinen ablehnenden Standpunkt in einem veröffentlichten Brief an Hitler vom 20. März 1932 dar. (Vgl. im Text S. 21)

11. *Rede in Nürnberg am 5. 4. 32* (vor dem zweiten Wahlgange der Reichspräsidentenwahl):

„*Ich habe in diesem Augenblick die oberste Pflicht,* nicht die falsche Vorstellung aufkommen zu lassen, als sei nationale Opposition gleichbedeutend mit Hitler und Nationalsozialismus."

12. *Rede im Berliner Sportpalast am 21. 4. 1932:*

„Wir sind es der Jugend und unseren Kindern schuldig, in diesem Wahlkampf (Wahlen zum preuß. Landtag) laut und ehrlich zu betonen, daß wir nicht Nationalsozialisten sind und daß die Nationalsozialisten für sich allein und ohne uns die Aufgaben unserer Zeit nicht lösen können."

13. Hugenberg auf der *Reichsführertagung der DNVP am 26. 6. 32:*

„*Eine ungeheure Gefahr sehe ich auch in einem etwaigen alleinigen Regimente der Nationalsozialisten.*"

14. *Rede in Düsseldorf am 17. 7.32:*

„Der bisherige Parteistaat soll nicht durch einen neuen, auch nicht durch einen nationalsozialistischen Parteistaat ersetzt werden."

15. Rede in Mühlheim a. d. Ruhr auf einer *Jugendtagung am 17. 7. 32:*

„Aber mehr und mehr steigt in uns eine schwere Sorge auf. Wir müssen uns um des Vaterlandes willen darüber mit den Nationalsozialisten auseinandersetzen. *Wir müssen mit rücksichtsloser Kraftanstrengung das Unsrige tun, um die gefürchtete Entwicklung nicht Tatsache werden zu lassen.* Darum müssen wir auch im Wahlkampf dieser Wochen die deutschen Menschen bitten: Wählt nicht nationalsozialistisch, sondern deutschnational!"

„Will — so müssen wir fragen — der Nationalsozialismus ... diesen deutschen Individualismus totschlagen? ... Es widerspricht innerstem deutschem Wesen, wovon wir da reden hören: nach römischem Faschistenmuster die Dinge von oben her ordnen, statt Saaten auszustreuen, und sie von unten her wachsen zu lassen. Einem einzelnen Menschen alle Macht geben wollen, zugunsten der Auffassungen *eines* Menschen, eines schwankenden Parteiprogrammes unduldsam sein, statt allein zugunsten des Gedankens der inneren nationalen Einheit!"

16. In der *Parteivorstandssitzung vom 6. 10. 32* sprach Hugenberg folgenden Wunsch aus:

„Es hat sich bei unseren Versammlungen der Ruf eingebürgert: ‚Heil Hugenberg!'
Ich bitte, ihn in den Kampfruf ‚Heil Deutschland!' abzuändern. Mehr denn je muß heute alles auf die Person Bezügliche in den Hintergrund treten. Die Person ist nichts, die Idee, das Vaterland ist alles."

17. In einem *Aufsatz im „Berliner Lokal-Anzeiger" Nr. 482 v. 11. 10. 32* schrieb Hugenberg:

„Auf der Grundlage einer gemeinsamen Machtausübung, die nationale Leidenschaft und Vernunft miteinander verband, wäre alles erreichbar gewesen. Da regten sich ... bei den Nationalsozialisten die Geister der Zersetzung: des Ehrgeizes, der Eifersucht, des Machtdurstes und der Zwietracht der Diadochen. Eine neue Phase der Entwicklung setzte ein. *Der Nationalsozialismus vergaß, daß auch er nur dienendes Glied ist,* wurde sich Selbstzweck, wurde Partei. Er vergaß, daß Deutschland nie ein Land der Imperatoren war und auch nie ein Land wirklicher Demokratie der Zahl, daß es vielmehr in Deutschland immer nur dann politisch vorangegangen ist, wenn ein mehr oder minder großer Kreis

sachlich denkender, von der Leidenschaft für das Ganze erfüllter Menschen zusammenstand, sich vertrug und ergänzte und gemeinsam eine Wirkung erzielte, wie der Einzelne sie nie zu erzeugen vermag."

18. *Rede in Stendal am 13. 10. 32:*

„Vor einigen Tagen hat der englische Ministerpräsident Mac Donald einen eindringlichen Appell an seine Wähler gerichtet und gesagt: ‚Reine Parteierwägungen schwächen den Einfluß unserer Nation in der Welt. Deshalb rufen wir den Wählern zu: Eine Nation braucht eine überparteiliche Regierung.' Diese Worte könnten zu dem deutschen Volke gesprochen sein . . .
Wenn wir Deutschnationalen den neuen Kurs, der mit der Regierung Papen eingeleitet wurde, bewußt unterstützen — trotz mancher personeller Bedenken und trotz vieler Versäumnisse und Fehlgriffe, die man im Lande der Regierung zur Last legt —, dann tun wir das, weil wir uns bei der Frage, ob wir den Staat oder die Partei wollen, *für den Staat* entscheiden."

19. *Rede in Essen am 23. 10 32:* (nach einem Bericht des BLA Nr. 505 vom 24. 10. 32):

„Vom Zentrum kam Hugenberg auf die Nationalsozialisten zu sprechen. Eine tüchtige Schlappe von diesen wäre das Nützlichste, was dem Vaterlande aus den Wahlen erwachsen könne."

Dieses Ziel wurde bei den Reichstagswahlen vom 6. November 1932 erreicht. Die NSDAP verlor mit 2 Millionen Wählerstimmen 34 Mandate. Die von Hugenberg befürwortete Fortsetzung dieses Kampfes war bei den damals Regierenden leider nicht zu erreichen.

20. *Hugenberg in Chemnitz am 29. 10. 32* (nach der „Schlesischen Tagespost" vom 2. 11. 32):

„Als Hugenberg seine Rede mit dem Rufe ‚Heil Deutschland!' beenden wollte, riefen die Nationalsozialisten im Chor ‚Heil Hitler!' Hugenberg schloß dann unter ungeheurem Beifall:

„Das ist einer der Unterschiede zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten, daß wir damit gebrochen haben, den einzelnen Menschen in den Vordergrund zu stellen und ihn zu vergöttern. Unser Ruf, unser Ziel und unsere Sehnsucht ist: Heil Deutschland!""

Aus Anlaß dieser Rede schrieb die marxistische „*Chemnitzer Volksstimme*" Nr 258 vom 3. 11. 32:

„In diesem Reichstagswahlkampf interessieren, soweit das bürgerliche Lager in Frage kommt, unzweifelhaft am meisten die Auseinandersetzungen zwischen den Blauen und den Braunen, den Anhängern Hugenbergs und Hitlers."

Also auch von marxistischer Seite eine Bestätigung des Kampfzustandes zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten.

21. *Rede in Breslau am 1. 11. 1932:*

„*Was man heute von den Nationalsozialisten hört, läuft auf den leichtsinnigen Versuch hinaus, das deutsche Volk zu einem Fehlsprung in den Abgrund zu veranlassen. Wer noch Vernunft und Lebenswillen im Leibe hat, der helfe diesen Unsinn verhindern und komme zu uns,* die wir auch eine klare, lichte nationale Zukunft mit aller Leidenschaft des Herzens wollen, aber zugleich in Ruhe und Ehrlichkeit die Schwierigkeiten und die wirklich tragfähigen Grundlagen des Brückenbaues in die Zukunft zeigen."

„Derjenige ist der Beste, der am wenigsten an sich selbst und am meisten an das Ziel und an die Sache denkt, — der sich der Vorsehung als Werkzeug unterordnet, statt sich selbst als Vorsehung zu fühlen."

„Wir wollen uns unser ernstes, auf den Grund der Dinge gehendes, auf Erden immer den Himmel suchendes, wahrheitsliebendes, ehrliches, in Natürlichkeit gesundes bäuerlich ehrfurchtvolles und bürgerlich kulturgebundenes Volk nicht durch Skrupellosigkeit und Lüge, durch Neid und Hetze, durch Stank und Klimbim, durch politische Prozessionen und Oberflächlichkeit, durch Schlagworte und Ehrfurchtlosigkeit verderben lassen.
Es gibt Parteiführer, die ganz systematisch ihre eigenen Worte mit Honigseim bestreichen und es ihren Unterführern überlassen, Gift und Galle nach allen Seiten auszuspritzen ... Nach meiner Auffassung trägt letzten Endes der Führer die Verantwortung dafür, wenn seine Truppe dauernd vergiftete Dumdumgeschosse verwendet. *Wenn Lüge zur täglichen Waffe im politischen Kampfe wird, wie heute bei den Nationalsozialisten, so wird dadurch die ganze Bewegung und ihre Führung gebrandmarkt.*"

„Dutzendfach, hundertfach wird von den Nationalsozialisten aus Weiß Schwarz und aus Schwarz Weiß gemacht. Sie nehmen es sich heraus, mich in Flugblättern und Zeitungen als Landesverräter zu beschimpfen. Vor einiger Zeit habe ich den ‚Vorwärts' wegen gemeiner Verleumdung verklagt. Der verantwortliche Redakteur ist zu 500,— RM Geldstrafe und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt ... Ich habe Auftrag gegeben, in diesem Sinne gegen nationalsozialistische Zeitungen und gegen den ersten Urheber der Verleumdungen (wie z. B. ‚Lumpengesindel, Blutsauger, Halunke, Schurkereien, Landes- und Volksverrat') vorzugehen."

22. *Rede im Berliner Sportpalast am 3. 11. 1932:*

„In den Köpfen ihrer Anhänger haben die Nationalsozialisten mit ihrer Politik des letzten Jahres eine ungeheure Verwirrung angerichtet. Insbesondere der Teil der nachdenkenden Jugend, der bisher beim Nationalsozialismus war, weiß nun nicht mehr, woran er glauben und was er denken soll."

Hugenberg kleidet im folgenden die gegensätzlichen Auffassungen zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten in ein *Zwiegespräch zwischen Vater und Sohn.* Dann heißt es:

„Wir wollen keinen Parteistaat, sondern einen Staat einheitlichen nationalen Willens. Er soll eine Verkörperung der deutschen Seele sein. Er soll nicht westlerisch oder russisch oder römisch, sondern deutsch sein. Er soll so wenig wie Gott mit sich spielen lassen. Aber er soll seinen Bürgern die Freiheit lassen, die ein deutscher Vater den Kindern gibt, die in seinem Garten spielen. Wie in Amerika über jedem Volksschulkatheder das Sternenbanner weht, so wird deutscher Geist und deutsche Geschichte die unangefochtene Grundlage des Unterrichts bilden ... *Wir wollen die deutsche Nation vor ihrem eigenen Individualismus retten. Aber wir wollen um Gottes Willen nicht diesen Individualismus totschlagen. Sonst würden wir, auf den Lippen die Worte ‚Deutschland, Deutschland über alles', in Wirklichkeit Deutschland zerstören ... Das sagen wir warnend den Nationalsozialisten.*"

Über diese Veranstaltung berichtet die demokratische „*Vossische Zeitung*" Nr. 530 vom 4. 11. 32 unter der Überschrift: „Hugenberg im Sportpalast" u. a.:

„Hugenberg sprach gestern abend im Sportpalast. Man erhält eine neue Bestätigung des Eindrucks, den der Wahlaufmarsch der Deutschnationalen von Anfang an bot: *Die Front steht gegen Hitler.*"
„Zunächst protestiert er in schärfster Tonart gegen die nationalsozialistischen Agitationsmethoden. ‚Lumperei', erklärt er kurzweg. Die Hitlerbewegung sei allmählich auf einem Tiefstand angekommen, wo Verleumdung das einzige Kampfmittel sei. ‚Wie schlecht muß es um die Sache einer Partei stehen, die es für nötig hält, die Lüge zum System im politischen Leben zu erheben.' Tobender Beifall der Versammlung."

23. *„Das Präsidialkabinett"* von Dr. A. Hugenberg („Der Tag" Nr. 298 vom *13. 12. 32):*

„Der Grundgedanke, der den Reichspräsidenten bei der Bestellung des zurückgetretenen ‚Präsidialkabinetts' (von Papen) leitete, war richtig und bleibt richtig. Die erste Tagung des neuen Reichstages hat es wieder deutlich erwiesen. Die Verwirklichung ist leider an der Zusammensetzung des Kabinetts zunächst gescheitert."

24. *Rede in Bad Salzuflen am 11. 1. 1933:*

„Werden die Grundgedanken des nationalen Wiederaufbaues, der Volkserneuerung, der Neugliederung der lebendigen deutschen Kräfte stümperhaft, leichten Sinnes oder in Materialismus und Ichsucht angefaßt, so ist alle bisherige Arbeit wieder vergeblich. So bricht Deutschland und die Kraft des deutschen Herzens zusammen."

25. *Hugenberg über die Aufgabe der DNVP* in der Fraktionssitzung vom *11. 4. 1933:*

„Alle Revolutionen tragen die Gefahr in sich, daß sie sich überschlagen, daß sie in Radikalismus, Geschichtlosigkeit und damit in geistiger und materieller Zerstörung enden. Wir gehören zu den Mächten, die dafür bürgen, daß das, was man Revolution von 1933 nennt und was in deutscher Ordnung und Gesetzmäßigkeit unter der Schirmherrschaft des Reichspräsidenten und Generalfeldmarschalls von Hindenburg eingeleitet ist, wirklich eine deutsche Auferstehung wird. Wo gehobelt wird, fliegen Späne, aber jeder Mitwirkende, *jeder Führer* — und zwar umso mehr, je höher er steht, und je rückhaltloser er als Führer anerkannt wird —, *ist vor der Geschichte dafür verantwortlich, daß Ziel und Ergebnis nicht ein Trümmerhaufen, sondern ein neuer Frühling des Volkes ist."*

Anlage V

Der Kampf zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten

Eine „Blütenlese" aus der Fülle des noch vorliegenden Materials.

1. Am *3. April 1930* hatte die deutschnationale Reichstagsfraktion geschlossen gegen die Mißtrauensanträge der SPD und KPD gestimmt und dadurch das Kabinett Brüning gerettet. An demselben Tage *erklärte die NSDAP ihren Austritt aus dem Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren gegen den Young-Plan.* Im Anschluß daran verschärften sich Angriffe der Nationalsozialisten gegen Hugenberg.

2. Im Winter 1930/31 nahmen die nationalsozialistischen Angriffe gegen die Deutschnationalen, insbesondere in Ostpreußen, weiter zu.

3. Befehl des NS-Gauleiters *Wagner*, München, vom *10. 2. 32:*

   „Ich befehle daher allen Dienststellen der Bewegung, rücksichtslos den Kampf gegen die Deutschnationale Volkspartei in Bayern durchzuführen."

4. Der NS-Abgeordnete Wilhelm Kube im „VB" Nr. 121 vom *30. 4. 32* über das Wahlergebnis der Preußenwahl vom 24. April 1932:

   „Die Agitation der Deutschnationalen war mit besonderer Unanständigkeit und Verlogenheit gegen uns Nationalsozialisten gerichtet."

5. In einem *Flugblatt der NSDAP* „Deutsch? National?" vom *April 1932* heißt es u. a. :

   „Aus Parteigeist hat sie im zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl *gegen Hitler Stimmenthaltung proklamiert und damit den Feinden des Deutschtums kampflos das Feld überlassen.*"

6. In der von *Darré* herausgegebenen „Nationalsozialistischen Landpost" vom *8. 5. 32* heißt es:

   „Deutschnational sein heißt Geschäftspatriotismus mit wahrem Vaterlandsgefühl zu verwechseln."

7. Aufklärungsblatt der Deutschnationalen Volkspartei vom Mai 1932 *„Der Nationalsozialismus — eine Gefahr" — von Kleist-Schmenzin* (wurde nach dem 20. 7. 44 gehenkt).

8. Der *Propagandaleiter der NS-Betriebszellenorganisation*, Georg Grau, in Köslin (Juni 1932):

   „Die deutschnationale Presse ist von Juden bestochen. Hugenberg ist 40-facher Millionär."

   Dazu bemerkt „Unsere Partei" vom 8. 7. 32: Obwohl durch Gerichtsverhandlungen eindeutig bewiesen ist, daß die Behauptung, Hugenberg sei 50-facher Millionär eine Lüge ist, wird sie von beamteten Persönlichkeiten der Nationalsozialisten wiederholt."

9. In einem Artikel „Vernünftige Steuerpolitik" in „Unsere Partei" Nr. 14 vom *15. 7. 32* wendet sich *Dr. Oberfohren*, der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, gegen das NS-Steuerprogramm, in dem er nach näherer Begründung erklärt:

   „Die nationalsozialistischen Anträge sind bar aller Wirtschafts- und steuerpolitischen Vernunft und Einsicht."

10. Der braunschweigische NS-Ministerpräsident *Klagges* hat nach dem „Helmstedter-Beobachter" Nr 75, dritte Ausgabe *Juli 1932*, geäußert:

„Wir müssen Herrn Hugenberg das Recht absprechen, sich ‚national' zu nennen."

11. Der oldenburgische NS-Ministerpräsident *Röver* bezeichnete am *26. 7. 32* lt. „Auricher Zeitung" vom 27. 7., die Deutschnationalen als „Lumpen, Verräter am Volk, gemeines Gesindel."

12. *Die gescheiterten Verhandlungen mit Hitler.* Der historische 13. August 1932.
Dazu schrieb die „*Kreuz-Zeitung*" Nr. 226 vom *14. 8. 32:*

„Der Reichspräsident bot Herrn Hitler den Posten des Vizekanzlers an und drei weitere Sitze im Kabinett, Herr Hitler forderte dagegen die Ernennung zum Reichskanzler mit der Maßgabe, daß die Reichsminister als Untergebene des Reichskanzlers lediglich dessen Weisungen auszuführen hätten ... Der Reichspräsident hat unter Berufung auf seine Verantwortung vor dem deutschen Volke abgelehnt, die ganze Staatsmacht an eine Partei auszuliefern."

13. Der „*Angriff*" (Blatt des Dr. Goebbels) Nr. 164 vom *15. 8. 32* äußerte sich dazu wie folgt:

„Die Schuld (an der Ablehnung der überspannten Forderung Hitlers) tragen vielmehr *jene gewissenlose Intriganten, die insbesondere aus dem Hugenberg-Lager stammen, und die* aus reinem parteiegoistischen Neid *die Machtergreifung durch den Nationalsozialismus* und damit die nationale Wiedergeburt Deutschlands vorläufig *sabotieren* ... Sie sind im Augenblick gefährlicher als selbst der Marxismus und müssen ebenso wie dieser in die Knie gezwungen werden."

14. In einem Artikel „*Quo vadis, Hitler?*", veröffentlicht in „Unsere Partei" Nr. 18 vom *15. 9. 1932*, heißt es:

„Wer sich in den Kreisen der Hitlerpartei und der Hitlerwähler aufmerksam umsieht, kann seit einigen Wochen eine zunehmende Unsicherheit bemerken, die gerade die denkenden Kreise stark bewegt.
Den stärksten Anstoß gab hier zweifellos Hitlers ‚Nein' am 13. August gegenüber dem Angebot der Regierung und Hindenburgs klare Absage an jede Parteidiktatur."
„Er brüskierte Hindenburg durch sein Telegramm nach Beuthen (Schutz der Mörder von Potemba), durch seine Pressedrohungen mit Erhebung der Anklage gegen den Reichspräsidenten — und enttäuschte andererseits seine SA durch erneute Schwüre der Legalität, durch ein Bekenntnis zu Demokratie und Parlamentarismus, das in den Handlungen Kerrls (als Präsident des preußischen Landtags) ebenso peinlich zum Ausdruck kam, wie in der Rede Hitlers im Sportpalast am 1. September 1932."
„Alle diese Ereignisse haben auf die Denkenden und auf die kämpferischen Elemente der Hitlerpartei tiefen Eindruck gemacht. *Nie war der Zustand der Partei so labil wie heute*, nie die Spannung zwischen Parteiapparat und Bewegung so groß und gefährlich wie in diesen Tagen."

15. In einem großen Artikel wendet sich „Unsere Partei" Nr. 18 vom *15. 9. 32* unter der Überschrift „*Der Nationalsozialismus auf Irrwegen*" gegen die nationalsozialistischen Bestrebungen und Kampfmethoden.

16. Der „VB" Nr. 239 vom *26. 8. 32* veröffentlicht einen Aufsatz mit der Schlagzeile:

„Die deutschnationale Reaktion sterbe,
damit die deutsche Nation lebe."

17. *Hitler am 7. 9. 32* in München im Zirkus Krone lt. „Nachtausgabe" Nr. 211 vom 8. 9. 32:

„Der Reichspräsident ist 85 Jahre alt, ich bin 43 Jahre alt. Ich fühle mich ganz gesund, das kann ich den Herren versichern ... Und bis ich einmal 85 Jahre alt bin, lebt Hindenburg schon längst nicht mehr."

Dazu schreibt die deutschnationale Zeitschrift *„Unsere Partei" Nr. 18 vom 15. 9. 32:*

„Wenn der ‚Führer' Hitler sich zu solchen Geschmacklosigkeiten hinreißen läßt, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Kampfesweise seiner Unterführer einen Tiefstand erreicht hat, wie wir ihn bisher kaum auf der äußersten Linken erlebten."

18. *Entschließung der deutschnationalen Reichstagsfraktion vom 8. 9. 32.:*

„Die deutschnationale Reichstagsfraktion nimmt mit Empörung von den lügnerischen Veröffentlichungen Kenntnis, die besonders die nationalsozialistische Presse planmäßig im ganzen Lande, offenbar auf Anweisung von zentraler Stelle, über die Deutschnationale Volkspartei und ihren Führer verbreitet."

19. *Erklärung der deutschnationalen Reichstagsfraktion vom 13. 9. 32* zu dem Konflikt zwischen Regierung von Papen und Reichstagspräsident Göring. Darin heißt es u. a. :

„Der Reichstagspräsident Göring hat die Entgegennahme der verfassungsmäßigen Auflösungsorder verweigert und ist in der Nichtachtung von Recht und Gesetz soweit gegangen, daß er die Auflösung als ungültig zu bezeichnen wagte. *Das bedeutet die Ausrufung der Parteiherrschaft gegen den Staat.*"

20. Unter der Überschrift der „Dolchstoß" veröffentlicht „Unsere Partei" Nr. 18 vom 15. 9. 32 einen Artikel, der die *Vorgänge in der Reichstagssitzung vom 12. September* beleuchtet. Der Aufsatz beginnt mit dem Satz:
„Schamloser hat sich noch niemals ein deutscher Reichstag betragen als der kurze Reichstag, in dem die Nationalsozialisten die Führung hatten."

21. Die *NS-Halbwochenschrift* „Deutschland erwache" veröffentlicht in ihrer Nummer 24 vom *11. 9. 32* einen Artikel:

„Hugenberg sterbe, damit Deutschland leben kann."

22. *Teilstreik bei Scherl.*

Es handelte sich um einen Teilstreik gegen einen Schiedsspruch, dem sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer bereits unterworfen hatten. Der Streik war also tarifwidrig.

Dazu schrieb der *„Angriff"* Nr. 196 vom *28. 9. 32* unter der Spitzmarke „Kampf gegen den Lohnraub":

„Mit Recht wehrten sich die Betroffenen gegen die unsozialen Maßnahmen und traten in den Streik, an dem sich die starke nationalsozialistische Betriebszellenorganisation führend beteiligte."

23. In der Sitzung *des Preußischen Landtages vom 19. 9. 1932* hielt der deutschnationale Abgeordnete Steuer eine Rede gegen die Politik, die die NSDAP in Preußen und im Reich betrieb. Hierbei mußte infolge wilder Tumultszenen der 160 nationalsozialistischen Abgeordneten die Sitzung zweimal unterbrochen werden. Sie konnte erst fortgesetzt werden, nachdem der Ältestenrat den nationalsozialistischen Landtagspräsidenten Kerrl genötigt hatte, seine Pflicht zur Sicherung von Ordnung und Redefreiheit zu erfüllen.

24. Der *„Freiheitskampf"*, die NS-Tageszeitung für den Gau Sachsen schrieb am *30. 9. 32:*

„Niemand kämpft so schändlich und niederträchtig, wie die deutschnationalen Reaktionäre und deshalb gibt es kein Paktieren mit ihnen. Deutschland wird erst dann gesunden, wenn dieses Lager endgültig zerschlagen ist."

25. *„Deutschnationale Riesenkundgebung in der Hasenheide"* „Bolschewistische Methoden der NSDAP" („Unsere Partei" vom 8. 10. 32):

„Die Versammlung wurde von Nationalsozialisten systematisch gestört. Die Nazis schleuderten Biergläser und Stühle in die Menge. Die Friedensstörer wurden aus dem Saale entfernt. Noch draußen auf dem Herrmannplatz riefen sie: ‚Heil Hitler! — Hugenberg verrecke!'"

Der deutschnationale Vizepräsident *Graef* stellte fest:

„Die Bevölkerung von Neukölln hat einen Begriff bekommen, wie es im nationalsozialistischen Dritten Reich ausschauen wird."

Der deutschnationale Abgeordnete *Steuer* sagte:

„Wer heute diese Szene miterlebt hat, der muß erkennen, in welcher ungeheuren Gefahr sich das deutsche Vaterland, das deutsche Volk, die deutsche Kultur befinden ... Wir wollen nicht, daß der Staat die rote Zwangsjacke mit einer braunen vertauscht."

26. Der *„Angriff"* Nr. 203 *vom 6. 10. 32:*

„Ist dem deutschnationalen Klüngel alles erlaubt? ... *Wir fordern sofortiges Verbot aller deutschnationalen Versammlungen.*"

27. Telegramm von einer deutschnationalen Kundgebung in *Stendal* am *13. 10 1932:*

„Den in Berliner Krankenhäusern verwundet liegenden Parteifreunden senden Frauen und Männer aus der Altmark, die sich heute hier in Stendal um unseren verehrten Parteiführer, Geheimrat Dr. Hugenberg, versammelt haben, ihren Dank für mutiges Eintreten für unsere gemeinsame Idee und die herzlichsten Wünsche für eine baldige Genesung. Mit deutschem Gruß — Heil Deutschland! gez. Doering."

28. *„Die Redeschlacht in der Hasenheide:* Die nationalsozialistische Demagogie am Pranger. Scharfe, aber sachliche Abrechnung mit Dr. Goebbels." („Unsere Partei" v. 24. 10. 1932). In dieser großen Versammlung vom 19. 10. 32 führte der deutschnationale Abgeordnete *Schmidt-Hannover* den „VB" vom 14. 10. 32 an, in dem der NS-Abgeordnete Stöhr der SPD eine Koalitionosofferte auf der Grundlage gemacht hat: Bildung einer qualifizierten Mehrheit zur Verwirklichung der sozialistischen Ziele und zur evtl. Absetzung des Reichspräsidenten. Schmidt erwähnt ferner das Wort eines bolschewistischen Kommissars:

„Wir kommen zur Weltrevolution nur über Adolf Hitler."

29. In derselben Versammlung (Hasenheide, Berlin, 19. 10. 1932) hatte Goebbels auf eine entsprechende Frage des Abgeordneten Schmidt-Hannover zugegeben, daß er bei einer Machtübernahme durch den Nationalsozialismus als Minister für Kultur und Presse vorgesehen sei. Schmidt-Hannover hatte ihm darauf zugerufen: „Wenn dies eintreten sollte, so würde dies das Ende der deutschen Kultur bedeuten!"

Als Mitglied des Hitlerkabinetts wurde Dr. Goebbels *nicht* etwa bei der Bildung des Kabinetts genannt. Vielmehr tauchte er — und zwar nicht als

„Kultusminister", sondern als „Propagandaminister" — erst etwas später auf, und zwar sozusagen als „vollzogene Tatsache": Hitler hatte sich über ihn mit Hindenburg verständigt, wie dieser überhaupt bald nicht viel mehr war als das ausführende Organ für Hitlers vorsichtig auf ihn übertragenen Willen.

Anlage VI

Reichskanzler a. D. Dr. Brüning über Hugenbergs Einstellung zum Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933

(Aus dem Brief des früheren Reichskanzlers Dr. Heinrich Brüning an den Herausgeber der „Deutsche Rundschau", veröffentlicht im Heft 7 dieser Zeitschrift, Juli 1947 S. 17/18):

„Viele Mitglieder der DNVP waren sich wie Abgeordnete anderer Parteien darüber klar, daß Hitlers Machtbefugnisse unter dem Reichstagsbrand-Erlaß vom 28. Februar tatsächlich weitreichender waren als das eingebrachte Ermächtigungsgesetz. Am Morgen des 21. März trat Oberfohren vor der Zeremonie in der Potsdamer Garnisonkirche an mich heran, und am gleichen Tage erhielt ich eine Nachricht von einem anderen einflußreichen Mitglied der DNVP, das mich um ein *Zusammentreffen mit Hugenberg* in seinem Hause an diesem Abend bat. Bei diesem Zusammentreffen wurde vereinbart, daß ich ein *Amendement zum eingebrachten Ermächtigungsgesetz entwerfen sollte, das die bürgerliche und politische Freiheit garantieren würde,* und daß dieses Amendement im Reichstag aus taktischen Gründen durch die DNVP beantragt werden sollte. Das Amendement wurde von Dr. Bell und mir mit zwei anderen Mitgliedern der Zentrumspartei entworfen und der DNVP übergeben. Als der Reichstag zusammentrat, hatten wir kein Anzeichen dafür, daß die DNVP dieses Amendement nicht wie verabredet einbringen würde. Unmittelbar vor der zweiten Lesung des Gesetzes ging ein Abgeordneter der DNVP nahe genug an meinem Platz vorbei, um mir schnell zuzuflüstern, daß der Antrag an diesem Tage nicht eingebracht werden könnte. Man sagte mir am folgenden Tage, daß 22 Mitglieder der DNVP, geführt von Dr. Eduard Stadtler, gedroht hätten, im Falle, daß das Amendement eingebracht würde, die Partei zu verlassen und sich den Nazis anzuschließen. Zu dieser Zeit war es sehr schwierig, die Stärke irgendeiner Partei zu verändern, besonders, weil die Nazis bereits Minister Severing von der SPD verhaftet hatten, der gerade vor der dritten Lesung des Gesetzes freigelassen wurde, und gedroht hatten, die Verhaftungen fortzusetzen, bis sie eine Zweidrittelmehrheit ohne die Stimmen des Zentrums und der kleineren Parteien hätten."

Anlage VII

Hugenberg als Minister

Bei Übernahme seiner Ministerämter gab Hugenberg folgende *Erklärung* ab:

„Ich habe die mir übertragenen Ämter in der Reichsregierung übernommen, um zu arbeiten, zu helfen und zu handeln. Durch Reden ist noch kein Volk gerettet worden.
Meine Sorge gilt der deutschen Wirtschaft in ihrer Gesamtheit, vom Bauernhof, vom kleinen Laden, vom Arbeitsplatz in Werkstatt und Büro bis zur weltumspannenden Ozeanschiffahrt. Nur wenn die Wirtschaft als Ganzes gesundet, steht auch der Bau des Staates fest. Allein dann ist auch der Beamte in seinen Rechten gesichert.
Ein Erfolg meiner Arbeit ist aber nur möglich, wenn das nationale Deutschland mir sein Vertrauen schenkt. Dann schaffen wir es.

Hugenberg."

Von den *handschriftlichen Aufzeichnungen*, die sich Hugenberg bei Beginn seiner Ministertätigkeit machte, verdienen folgende Sätze Hervorhebung:

Es gibt keine Beute zu verteilen — es gibt nur Pflichten zu erfüllen.
Ehrlichkeit — keine großen Worte.
Kein Rasseln mit dem Säbel, den wir nicht haben.

Seinen Grundsätzen getreu, ging Hugenberg an die Arbeit: Die Gesundung der deutschen Wirtschaft muß mit der Rettung des deutschen Bauern beginnen.

Die ersten Maßnahmen galten der *Förderung der bäuerlichen Veredelungswirtschaft*. Am 14. Februar erging die Verordnung über den landwirtschaftlichen Vollstreckungsschutz unter besonderer Berücksichtigung des Mittelstandes und des Gewerbes, um zunächst einmal den bedrohten Existenzen eine Atempause zu gewähren.

Sodann folgten grundlegende Verordnungen zur Regelung der deutschen Fettwirtschaft, *der sog. „Fettplan"*. In Verbindung mit anderen Maßnahmen wurde die Erzeugung und der Verbrauch deutscher Butter angeregt, und die Margarineproduktion, die zu 95 % mit ausländischen Rohstoffen arbeitete, gedrosselt. Für die minderbemittelte Bevölkerung wurden „Butterverbilligungsscheine" ausgegeben. Die Margarineindustrie mußte vorzugsweise billige Sorten herstellen (Ladenpreis 32 Pfennige das Pfund). Ihre Produktions-Kontingente wurden bei Verwendung von neutralem Schweinefett inländischer Herkunft erweitert, so daß auch die Margarineindustrie gesund weiterleben konnte.

Unter Anpassung an die Handelspolitik des Auslandes wurden die Zölle nicht nur für landwirtschaftliche Erzeugnisse (Butter, Käse, Schmalz, Eier, Fleisch, Vieh, Fische, Hülsenfrüchte, Gemüse, Honig) neu geregelt, sondern auch für industrielle Waren. Indem an richtiger Stelle das Einfachste schnell ausgeführt wurde, ergaben sich größte Sofortwirkungen.

Die *Getreidewirtschaft* wurde vereinfacht, die Schlachtsteuer und die Umsatzsteuer für Vieh ermäßigt.

Für Hanf und Flachs wurden Absatzprämien gewährt und ein Verwendungszwang für deutsche Ölsaaten eingeführt.

Ein Abkommen zwischen Wollindustrie und Schafzüchtern sicherte die Abnahme des gesamten inländischen Wollanfalles zu erhöhten Richtpreisen. Die dadurch bedingte Preissteigerung betrug für einen Herrenanzug noch nicht 10 %.

Ähnliche Abmachungen wurden mit der Lederindustrie getroffen, die das

gesamte inländische Gefälle an Häuten und Fellen zu angemessenen Preisen übernahm; diese Preise lagen im Januar 1933 80 % unter dem Vorkriegsstande!

Zum Schutze der Pächter erging ein besonderes Gesetz. Die Handelsspanne für Frischmilch wurde neu geregelt.

Für die Sanierung der landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaften, für die Instandsetzung landwirtschaftlicher Wohn- und Wirtschaftsgebäude, für die Förderung der Siedlung und der Bauernhochschulen, für die Einstellung von neuen Arbeitskräften in der Landwirtschaft und für die Senkung der Frachtkosten, der Zinsen und Sozialbeiträge, wurden (als Prämien stark wirkende) Reichszuschüsse zur Verfügung gestellt.

Es regte sich neues Leben. Der deutsche Bauer begann wieder zu hoffen.

Über Wesen und Bedeutung von Hugenbergs erfolgreicher Arbeit auf dem Gebiete der Landwirtschaft gibt ein Aufsatz aus dem *demokratischen „Berliner Börsen-Courier" vom 21. Mai 1933* Aufschluß. Es heißt dort unter der Überschrift

„Neue Agrarpolitik":

„Die deutsche Agrarpolitik der letzten Jahre schützte in erster Linie den Getreidebau. Dem vornehmlich Viehzucht treibenden kleinen Landwirt wurde damit wenig geholfen. Bei den sinkenden Erlösen seiner Erzeugnisse wurde er durch die verhältnismäßig stabilen Getreidepreise sogar eher noch geschädigt."

„Die Situation wurde unhaltbar, als mit der großen Getreideernte 1932/33 die Selbstversorgung in Weizen, Roggen und Hafer in eine Überversorgung umzuschlagen drohte. Der früher einseitige Schutz des Getreidebaues hat damit dazu geführt, daß trotz aller Maßnahmen auch die Getreidepreise selbst nur noch unter den größten Schwierigkeiten zu halten waren."

„Es war also höchste Zeit, gerade die zwölfte Stunde, um mit einem System zu brechen, das zu einer immer stärkeren Ausdehnung des Getreideanbaues auf Kosten der anderen Zweige der Landwirtschaft geführt hat. Diese Notwendigkeit ist von der nationalen Regierung erkannt worden, und daher richteten sich auch ihre Maßnahmen — wie man an der Preisbewegung sieht, mit Erfolg — immer mehr auf den Schutz der agrarischen Veredelungswirtschaft. Die Erhöhung der Zölle auf Vieh, Fleisch, Schmalz, Käse, Honig, Fische, Hülsenfrüchte und eine Anzahl von Gemüsearten, die Anbauprämien für Flachs, der Verwendungszwang für inländische Ölsaaten und Ölfrüchte und die Maßnahmen zur Hebung der Verwendung deutscher Wolle, sind die Etappen auf den im Interesse dieser Ziele bisher beschrittenen Wege. Im Mittelpunkt aller Maßnahmen steht jedoch die großangelegte Neuregelung der deutschen Fettwirtschaft mit ihren weit verzweigten Einzelbestimmungen, die ihren sichtbarsten Ausdruck in der Preisbewegung der Butter gefunden hat, die seit dem Amtsantritt der neuen Regierung pro Zentner von 85 auf 120 M (Großhandelspreis in Berlin für I. Qualität) gestiegen ist. Welche Bedeutung einer derartigen Preissteigerung von Butter, die sich selbstverständlich in entsprechend höhere Erlöse für Milch umsetzt, zukommt, erhellt daraus, daß bei einer jährlichen Milchproduktion von etwa 20 Milliarden Liter ein Preisgewinn von auch nur einem Pfennig bereits Mehreinahmen von 200 Millionen M für die Landwirtschaft erbringt und damit der Größenordnung nach einem Zinsbeitrag in Höhe von etwa 2 Prozent auf die Kapitalsumme der Verschuldung der deutschen Landwirtschaft entspricht."

Der Aufsatz schildert weiter, wie sich die Förderung der bäuerlichen Veredelungswirtschaft auf eine Verstärkung der Viehhaltung auswirkte, die wieder zu einem höheren Verbrauch an Futtergetreide führte und demzufolge auch dem Brotgetreidemarkt zugute kam.

Eine weitere grundlegende Gesundungsmaßnahme bedeutete das *„Gesetz zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse vom 3. Juni 1933"*, das

in seinen Kerngedanken dem Hugenbergschen Gesetzentwurf vom Jahre 1930 entsprach. Auch jetzt spielte die *Entschuldung durch Landabgabe* eine große Rolle, um dadurch *Siedlungsland für Jungbauern und Landarbeiter* zu gewinnen.

Dem Zustandekommen dieses und anderer wichtiger Gesetze wurde von dem nationalsozialistischen „Bauernführer" Darré erheblicher Widerstand entgegengesetzt. Er forderte unentwegt eine Senkung des landwirtschaftlichen Zinsfußes auf 2 %. Aber Hugenbergs Erfahrung und Sachkunde trugen in diesem Falle den Sieg davon. Hugenberg hatte nicht nur ein Auge für die Lage der Schuldner. Er nahm auch Rücksicht auf die Rechte der Gläubiger und Sparer, deren Vertrauen nicht erschüttert werden durfte.

Von dem Verständnis, das Hugenbergs Maßnahmen aus wirklich bäuerlichen Kreisen entgegengebracht wurde, zeugt der Brief eines ostfriesischen Bauern aus Emden („Der Tag" Nr. 115a vom 15. 5. 33), in dem es heißt:

> „Sehr geehrter Herr Reichsminister! Ihre Ausführungen über die *Zinsfrage* haben in der Landwirtschaft großen Anklang gefunden. Dem Landwirt ist es viel lieber, für seine Erzeugnisse angemessene Preise zu erzielen, um dann seinen Gläubigern angemessene Zinsen zahlen zu können, als den Sparer mit 2% Zinsen für Fleiß und Sparsamkeit bestrafen zu müsen."

Über *Hugenberg als Siedlungspolitiker* schrieb der demokratische „Montag Morgen" vom 24. 4. 33:

> *„Die Doktorarbeit des Reichsministers."*
>
> „Aber auch der für die praktische Verwirklichung des Siedlungsprogramms zuständige Ernährungsminister Dr. Hugenberg ist sowohl nach seinem Werdegang, als nach seinen eigenen Veröffentlichungen als ein Verfechter des Siedlungsgedankens anzusprechen."

Es folgen Zitate aus Hugenbergs Doktorarbeit „Innere Kolonisation im Nordwesten Deutschlands". Dann heißt es:

> „Eine wahrhaft klassische Charakterisierung des Siedlungsproblems, die heute fast noch im vollem Umfange, ja in verstärkter Form, Geltung hat, obwohl sie bereits 1891 in Straßburg gedruckt wurde. Es sind keinerlei Anzeichen dafür vorhanden, daß der Reichswirtschafts- und Ernährungsminister Dr. Hugenberg inzwischen seine Ansichten über die Bedeutung der Siedlung für die ‚Marschfähigkeit des Deutschen Reiches' geändert hat."

Und im Märzheft 1933 des „Archiv für innere Kolonisation" (zitiert nach „Der Tag" Nr. 79 vom 2. 4. 33) hatte Geheimrat Dr. Pauly, einst Nachfolger Dr. Hugenbergs in Posen, einen Aufsatz veröffentlicht:

> *„Was hat die ländliche Siedlung von Hugenberg zu erwarten?"*
>
> Der Verfasser erinnert an die Tätigkeit Hugenbergs, der vor 30 Jahren erster und wichtigster Mitarbeiter in der Kgl. Ansiedlungskommission gewesen sei. *Hugenberg sei der eigentliche Bahnbrecher der staatlichen Siedlungspolitik* gewesen, und das Genossenschaftswesen habe er in ganz großem Stile gefördert. Auf Hugenbergs Betreiben seien in den Provinzen Brandenburg, Ostpreußen, Pommern und Schlesien die sog. „Landgesellschaften" zur Förderung der bäuerlichen Siedlung gegründet worden. Man müsse Prof. Bernhard zustimmen, wenn er sagt, daß es weder in Preußen noch im Reiche je einen Minister gegeben habe, der das Siedlungswesen so von Grund auf kannte wie Hugenberg.

In einem Aufsatz „*Mittelstand*" („Deutsche Zeitung" vom 7. 6. 33) betonte Hugenberg, daß nach Erlaß des Fettgesetzes und des Entschuldungsgesetzes die Bahn für die übrige Wirtschaftspolitik frei sei. Schon im Februar hatte er die Ernennung eines besonderen Staatssekretärs für den Mittelstand im Reichswirtschaftsministerium vorgeschlagen. Als *„Reichskommissar für den deutschen Mittelstand"* wurde dann *Dr. Wienbeck* ernannt, ein alter bewährter Vorkämpfer des Mittelstandes.

Am 12. Mai war das *Gesetz zum Schutze des Einzelhandels* ergangen. Scharf wandte sich Hugenberg gegen die nationalsozialistische Forderung auf Beseitigung der Warenhäuser.

„Wir wollen keine Begünstigung der Mammutbetriebe mehr, aber *wir wollen nicht sinnlos vorhandene Werte zerschlagen.*"
Aber „der *neue Umsatz* soll auf die Mühlen des Mittelstandes geleitet werden. Es soll kein neues Warenhaus entstehen."

Auch auf dem Gebiete der *Handelspolitik* setzte Hugenberg seine schon seit Jahren verfochtenen Gedanken schnell in die Tat um. In dem *Handelsvertrage mit Holland*, das Deutschlands bester Kunde war, verstand er es, das Schutzbedürfnis der heimischen Landwirtschaft mit den Exportwünschen der deutschen Industrie in Einklang zu bringen und gleichzeitig auch den Interessen der Holländer entgegenzukommen.

Die „Berliner Börsen-Zeitung" vom 28. 4. 1933 brachte unter der Überschrift:

„*Niederländische Anerkennung für Hugenberg*"
„Wirklicher Wirtschaftsfrieden erreicht."

eine Meldung, nach der *Dr. Ries*, Mitglied der niederländischen Delegation, im offiziösen niederländischen „Korrespondenz-Büro" das große Verdienst des „loyalen, liebenswürdigen und unermüdlichen Reichsministers Dr. Hugenberg" hervorgehoben hat. Dieser sei tatsächlich von dem Willen beseelt gewesen, zu einem wirklichen Wirtschaftsfrieden mit Holland zu gelangen. Dr. Hugenberg habe die zur Verhandlung stehenden Probleme vollkommen beherrscht; er sei ein geborener Unterhändler. —

Die „Berliner Illustrierte-Nachtausgabe" vom 28. 4. 33 unterstrich die Stellungnahme des niederländischen Unterhändlers durch folgende Meldung:

„*Deutschlands bester Kunde zufrieden. Hugenberg hat Holland überzeugt.*"
„Ausgleich zwischen den deutschen und holländischen Interessen."

„Dieses Abkommen erbringt also den Beweis, daß eine durchdachte nationale Wirtschaftspolitik dem gesunden Warenaustausch der Völker durchaus nicht hinderlich zu sein braucht, sondern diesem erst die rechte Förderung gibt."

Der Handelsvertrag mit Holland bildete Grundlage und Muster für das deutsche Handelsvertragssystem der nächsten Jahre.

Eine brennende Frage bildete für alle beteiligten Völker die *Regelung der internationalen Verschuldung*, für deren vernünftige Gestaltung sich Hugenberg schon vor seiner Ministerzeit besonders eingesetzt hatte. Am 26. Februar 1933 hielt er eine *Rundfunkrede* über das Thema:

„Wie kann die Weltwirtschaftskonferenz zu einem Erfolge führen?",

die *von allen amerikanischen Sendern übertragen wurde.*

Hugenberg führte weiter aus:

„Laßt uns einen Pakt miteinander machen, der nicht auf formellem Recht, sondern auf Vernunft aufgebaut ist."
„Es muß eine Jahreszahlung deutscher Zinsen und Tilgungen gefunden werden, deren Gegenwert in Waren das Ausland ohne Dumping aufnimmt. Mehr kann Deutschland ohne verhängnisvolle Wirkung auf seine eigene Wirtschaft und auch die übrigen Volkswirtschaften der Welt nicht zahlen. Es will auf diese Weise seine ganzen privaten Handelsschulden abzahlen. Aber das geht nur bei niedrigen Zinssätzen. Der Gläubiger kann nicht gleichzeitig Sicherheit des Kapitales und hohe Zinsen verlangen. Die Wiederherstellung der Kaufkraft Deutschlands liegt auch im amerikanischen Interesse."

Gleichzeitig mit der Wiedergabe dieser Rundfunkrede veröffentlichten die „*New York Times*" einen spaltenlangen, mit Bildern versehenen Artikel über Hugenberg, in dem sein Lebenslauf und sein Wirken gewürdigt wurden.

Welchen Widerhall aber fand Hugenbergs rastlose, von sichtbaren Erfolgen begleitete Arbeit für Deutschlands Wirtschaft *in der deutschen Öffentlichkeit?* Kaum waren die Glocken des Tages von Potsdam verklungen, so brach die nationalsozialistische Hetze gegen Hugenberg aufs neue hervor.

Es seien zunächst *Äußerungen aus dem Munde führender Nationalsozialisten* wiedergegeben:

Der Gauleiter von Schleswig-Holstein, *Lohse*, erklärte in Husum (Husumer Zeitung *vom 2. 5. 1933):*

> „Die Zeugnisse der Unfähigkeit (Hugenbergs) seien so eindringlich, daß der Reichspräsident sich dem nicht verschließen könne und auch das Wirtschaftsministerium und das Landwirtschaftsministerium umschalten werde. Das begreife man bereits in den Kreisen des Herrn Hugenberg."

Die „Deutsche Wochenschau", Herausgeber Gottfried *Feder*, der Verfasser des Programms der NSDAP, brachte *am 20. 5. 1933* einen Artikel unter der Überschrift:

„Darré soll Hugenberg ablösen".

Aus dem *Bereiche des Reichsbauernführers* W. Darré seien aus der Fülle des noch weiter vorliegenden Materials einige Beispiele für den systematischen Feldzug gegen Hugenberg angeführt.

„Nassauische Bauernzeitung", Limburg a. d. L., *23. 4. 33* unter der Überschrift: „Wer wird Landwirtschaftsminister?":

> *„Diese ablehnende Haltung gegenüber Hugenberg gründet sich auf die Feststellung, daß der Minister nicht in der Lage ist, den Schwung der deutschen Revolution innerlich mitzuerleben und die neue Wirklichkeit mitgestalten zu helfen."*

Am *26. 4. 33* erklärte der Landbundpräsident *Meinberg* in einem Interview:

> „Ich will es offen aussprechen, daß, falls das Reichsernährungsministerium sich weiterhin dem Wollen der nationalsozialistischen Revolution entgegenstemmt, der Druck der Bauern aus dem Lande so groß werden wird, daß die Stellung verschiedener Herren im Reichsernährungsministerium bis in die höchsten Spitzen hinauf unhaltbar wird."

Der *Thüringer Landbund* forderte unter dem Diktat der NSDAP auf dem „Meininger Bauerntag" *15. 5. 33* den sofortigen Rücktritt Hugenbergs. Entsprechende Telegramme wurden an Hindenburg, Hitler und Göring abgesandt.

Nach einer Meldung der „Deutsche Zeitung" vom *24. 5. 33* forderte der Siedlungsausschuß des Reichslandbundes unter Vorsitz des Präsidenten *Lind*,

> „daß das Preußische Landwirtschaftsministerium mit einem besonderen Minister besetzt, d. h. der Einwirkung Hugenbergs entzogen wird."

Der nationalsozialistische *„Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand"*, führte ebenfalls im ganzen Lande ein Kesseltreiben gegen den Reichsminister Dr. Hugenberg durch. Auf einer der zahllosen „Kundgebungen" hieß es z. B. am *14. 5. 1933:*

> „Minister Hugenberg erweist sich auch in Wirtschaftsfragen immer mehr als Klotz am Bein. Und wenn er gesagt hat, er stehe und falle mit der Vereinigung der Wirtschaftsministerien in seiner Hand, so muß ihm gesagt werden: So falle! — nach dem Grundsatz: ‚Funktionäre, die nicht funktionieren, fliegen!' "

Es sei noch folgendes Stuttgarter Plakat wiedergegeben:

„Protest-Kundgebung in der Stadthalle
Dienstag, den 23. Mai, abends 8 Uhr

Thema:

Weg mit Hugenberg!

dem Feind des gewerblichen Mittelstandes, dem Hemmklotz beim Aufbau und der Ankurbelung der deutschen Wirtschaft!

Weg mit Hugenberg!

dem Kämpfer um die Erhaltung seiner Machtposition, dem Beschützer der national-kapitalistischen Interessen-Schichten!

Redner: Dr. Adrian von Renteln, Präsident d. Reichsstandes des deutschen Handwerks und Handels,
Schreinermeister Bätzner, M. d. L., Kampfbundführer,
Flaschnermeister Dempel, M. d. L., Vorstand der Handwerkskammer.

Militärkonzert SA- und SS-Einmarsch.

Eintritt: RM 1,— u. 50 Pfg. Studierende und Erwerbslose 20 Pfg.

Vorverkauf: NS-Buchhandlung, Adolf-Hitler-Str., Buchhandlung Rueff, Wilhelmplatz, Kampfbundbüro, Friedrichstraße 13/3.

Werdet Mitkämpfer! Tretet ein in den

Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes."

Auch die *NSBO (die nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation)* des Reichsorganisationsleiters Dr. Ley wurde gegen Hugenberg mobilisiert:
Unter der Überschrift: „Hugenbergs Absetzung gefordert", berichtet die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" vom *10. 5. 33:*

„Zum Schluß der Versammlung in der Hagener Akkumulatorenfabrik wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der der Reichsminister Dr. Hugenberg als der größte Feind der Arbeiterschaft bezeichnet und die Reichsregierung gebeten wird, Minister Hugenberg ohne viele Umstände von seinem Posten abzuberufen."

Dieser Bericht wurde fast in der ganzen deutschen Presse verbreitet.

Auf einer NSBO-Kundgebung in Eschwege und in Duisburg (Eschweger Tageblatt vom *18. 5. 33)* wurde erklärt:

„Wir werden mit den Deutschnationalen und Stahlhelmern noch schärfer abrechnen als mit dem Marxismus."

Die „Gladbecker Zeitung" vom *19. 5. 33* schreibt unter der Überschrift:

„NSBO fordert Rücktritt Hugenbergs":

„Zum Schluß der Versammlung wurde mit brausendem Beifall eine Entschließung angenommen, wonach 1500 im Vestischen Hof versammelte Mitglieder der NSBO Gladbeck vom Reichskanzler Adolf Hitler den Rücktritt des Reichsministers Dr. Hugenberg fordern, der ein Hindernis zur Verwirklichung des Nationalsozialismus sei."

Der NSBO-Führer Stock erklärte auf einer Versammlung in Kassel („Homberger Zeitung" vom *31. 5. 33):*

„Den Nationalsozialisten gehört neben der politischen Macht die Führung der deutschen Wirtschaft." Die nationalsozialistische Revolution wird erst dann

zu Ende sein, „wenn es mit der Ministerherrlichkeit Hugenbergs und seines Anhanges vorbei ist."

Um dieser Hetze vorzubeugen, hatte *Hugenberg bereits am 28. April erklärt:*

„Es kommen immer wieder Anfragen und Beschwerden über unberechtigte Eingriffe in wirtschaftliche Unternehmungen und Organisationen an mich. Ich kann nur von neuem auf die Erklärungen verweisen, die in letzter Zeit von verschiedenen Stellen der nationalen Regierung abgegeben sind. Unsere Freunde im Lande haben durchaus recht und Anlaß, solchen Eingriffen nicht zu weichen. Auch die auf dem Boden unserer Bewegung stehenden Beamten haben nach dem Willen der Regierung keinen politischen Druck zu befürchten."

Gegen diesen planmäßigen Propaganda-Feldzug konnten im Massenrausch des Nationalsozialismus die zahlreichen *Vertrauenskundgebungen*, die Hugenberg aus allen Teilen des Reiches zugingen, nichts ausrichten. Doch seien einige Beispiele angeführt, um zu zeigen, daß der Propagandarausch nicht jedermann in Deutschland erfaßt hatte.

Deutschnationale Parteifreunde in Württemberg sandten am 26. 5. 1933 an den Reichskanzler Hitler ein Telegramm, in dem es hieß:

„Der umfassende Ansturm auf die Stellung des Reichswirtschaftsministers Dr. Hugenberg hat sich neuerdings auch über unser Land ausgebreitet. In Mittelstandskreisen werden nach vorgedruckten Mustern Entschließungen gegen die Fortsetzung der Tätigkeit des Reichswirtschaftsministers gefaßt, die öffentlich verbreitet und in Telegrammen an die Reichsregierung weitergeleitet werden. Wir bitten dringend, diesem Kampf ein Ende zu machen."

Eine Abordnung aus dem Mansfelder Seekreis überreichte Hugenberg am *29. 5. 33* unter Führung des Abgeordneten Paul Rüffer eine *Dankadresse, die von 500 deutschen Arbeitern unterzeichnet war.*

Vertreter des Bergbaues und der Eisenindustrie des niederrheinisch-westfälischen Industriebezirkes, richteten am *19. 6. 33* ein *Telegramm an Hugenberg.* Hier fand seine Persönlichkeit und Wesensart in folgenden Worten *eine wahrhafte Würdigung:*

„In langjähriger enger Zusammenarbeit lernten wir die Weite Ihres Blickes, die Unbestechlichkeit Ihres Urteils, die Reinheit Ihrer Vaterlandsliebe und die Wärme Ihres Empfindens für alle schaffenden Stände unseres Volkes kennen und schätzen. Ihr Leben ist eine einzige vorbildliche Hingabe an die großen und vielseitigen Aufgaben, die Ihnen das Schicksal immer wieder gestellt hat. Es ist unsere feste Überzeugung, daß das deutsche Volk in der ungeheuren Notlage, in der es sich gegenwärtig befindet, keinen besseren Mann für das Amt hätte stellen können, das Sie im Rahmen der nationalen Regierung übernommen haben. Nur jene schöpferische Verbindung von glühendem Idealismus und nüchternem Tatsachensinn, die durch Ihre Person verkörpert wird, vermag die Riesenaufgabe zu lösen, der von Grund auf zerstörten Wirtschaft unseres Volkes neues Leben einzuhauchen. Wir begrüßen Sie in Dankbarkeit und Treue mit dem Ihnen vertrauten ‚Glück auf'."

Dieses Telegramm ist umso bedeutungsvoller, als Hugenberg sich als Wirtschaftsminister am wenigsten um die Sorgen der sog. Schwerindustrie gekümmert hat. Dem Bauern, dem Mittelstand und dem Arbeiter galt in erster Linie sein Wirken. Trotz aller Widerstände arbeitete Hugenberg unverdrossen. Ihn drückte nicht die Bürde seiner vier Ministerämter, sondern die Sorge um Deutschlands Zukunft. Er bezog nur für *ein* Ministeramt, als Reichsernährungsminister, ein Gehalt, und auch dieses stellte er wohltätigen Zwecken zur Verfügung.

Noch einmal sei herausgestellt, in welchem Geiste und nach welchen Grundsätzen *Hugenberg* seine Wirtschaftspolitik führte. In einer der wenigen Reden, die er in seiner Ministerzeit gehalten hat, hat er *am 3. 3. 1933 in Stettin* betont:

„Die Sanierung der Landwirtschaft ist der Untergrund, auf dem der Aufbau der übrigen Wirtschaft erfolgen muß. Der Mittelstand in Handwerk und Gewerbe soll in seinem Wiederaufbau tatkräftig unterstützt werden."

„Unsere Arbeit wird von dem Grundsatz geleitet, daß der Wert und die Widerstandsfähigkeit einer Wirtschaft nicht nach der Größe von Konzernen oder gar nach der ungesunden Zusammenballung spekulativer Kapitalkräfte gemessen wird, sondern nach der Zahl und dem Wohlstande von Millionen von Einzelexistenzen."

„Mit diesem organischen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft wird auch dem Arbeiter am meisten geholfen. Er will, wie jeder andere Stand, zu Eigentum und bescheidenem Wohlstand gelangen und die Zukunft seiner Familie gesichert sehen."

Es war für Hugenberg natürlich von vornherein klar, daß für ihn persönlich das Ministeramt nichts Erstrebenswertes und kein Gegenstand der Befriedigung war oder werden konnte, sondern der pflichtmäßige Versuch der Abwendung von Gefahren für Volk und Land.

Das Thermometer der Erfolgshoffnungen schwankte schnell hin und her. Gleich im Anfang führte die unerwartete Haltung Blombergs zu einem jähen Fall. Hitlers Durchhalten gegenüber Darré in den Fragen der Agrarpolitik ließ es nach oben pendeln. Eine Unterhaltung, die Ende April oder Anfang Mai stattfand, stellte den konstanten Nullzustand her: mit einer sonst bei ihm ungewohnten besonders freundschaftlichen Liebenswürdigkeit suchte Hitler Hugenberg zu überzeugen, es sei beiderseits ein Fehler, der im Interesse des *„Urteils der Geschichte"* wiedergutgemacht werden müsse: *„daß wir unsere Parteien nicht vereinigt haben'*. Gleich liebenswürdig ablehnend wußte Hugenberg nun, daß Hitler des Reichspräsidenten und des Kabinetts sicher war und *daß er selbst allein stand,* denn sonst konnte Hitler sich nach dem Ringen der letzten 1½ Jahre und bei dem von Hugenberg auch nach der Kabinettsbildung stets festgehaltenen Standpunkt absoluter Parität eine solche *freche* Zumutung nicht erlauben. Es kam jetzt nur noch auf eine anständige Form des Abschieds an.

Diese Gelegenheit boten die Vorgänge auf der Londoner *Wirtschaftskonferenz vom Juni 1933.* Hugenberg reichte unmittelbar im Anschluß daran sein Rücktrittsgesuch ein, aus dem die entscheidenden Gesichtspunkte ersichtlich sind. (Vgl. die folgende Anlage VIII.)

Anlage VIII

Hugenbergs Rücktrittsgesuch und Abschiedsschreiben

Berlin, den 26. Juni 1933.

An Seine Excellenz
den Herrn Reichspräsidenten
Generalfeldmarschall von Beneckendorff und von Hindenburg
Neudeck

Hochzuverehrender Herr Reichspräsident!

Euerer Excellenz

beehre ich mich hierdurch die Bitte um Entlassung aus meinen Ämtern zu unterbreiten.

Ich tue es mit umso schwererem Herzen, je deutlicher ich das Gefühl habe, daß die inzwischen von mir ergriffenen und eingeleiteten Maßnahmen, insbesondere auf landwirtschaftlichem Gebiete, nicht ohne Erfolg geblieben sind, und daß bei folgerichtiger Durchführung einer entsprechenden Politik auf sämtlichen Wirtschaftsgebieten die Grundlage des allgemein ersehnten Wiederaufstiegs gesichert sein würde.

Wenn ich gleichwohl meinen Abschied beantrage, so geschieht es ebenso sehr aus der Sorge um das mir anvertraute Werk heraus wie aus der Verpflichtung zur Treue gegenüber meinen Freunden und zur Wahrung meines eigenen Namens. Entsprechend meiner Zusage, nicht ohne rechtzeitige vorherige Mitteilung von meinem Posten zu weichen, habe ich mir bereits vor einiger Zeit erlaubt, Eurer Excellenz kurz den Tatbestand vorzutragen.

Ich bin der Auffassung, daß die Grundlagen nicht mehr gewahrt sind und werden, auf denen die Kabinettsbildung vom 30. Januar ds. Js. beruhte. Ich habe mich vergeblich bemüht, ihre Einhaltung zu erreichen. Es war vereinbart, daß zwecks einheitlicher Leitung der Wirtschaftspolitik gleich nach den Wahlen vom 5. bzw. 12. März die Angelegenheiten des Arbeitsrechtes und der Sozialpolitik auf das Reichswirtschaftsministerium übergehen sollten. Insbesondere war eine dahingehende Vereinbarung mit dem Reichsarbeitsminister, Herrn Seldte, getroffen worden. Es ist mir nicht möglich gewesen, ihre Ausführung durchzusetzen. Sachlich hat dies zu einer Behandlung der fraglichen Geschäfte geführt, die nach meiner Auffassung für den wirtschaftlichen Enderfolg verhängnisvoll werden kann. Die fehlende Einheitlichkeit der Wirtschafts- und Arbeitspolitik und die sich daraus ergebende Unmöglichkeit eines wirksamen Eingreifens hat zu ihrem Teile zu dem Durcheinander beigetragen, das sich in den letzten Monaten auf dem Gebiete der Wirtschaft entwickelt und in den zahllosen Eingriffen unverantwortlicher Stellen ausgewirkt hat. Ich kann vor der Zukunft die Mitverantwortung dafür nicht übernehmen.

Auf dem engeren Gebiete der landwirtschaftlichen Gesetzgebung ist es mir zwar bisher gelungen, der von außen kommenden Störungen Herr zu werden. Aber die Heftigkeit und die Formen des Kampfes, der auf diesem wie auf allen anderen Gebieten draußen im Lande und in der Presse von Organen und Einzelpersonen der NSDAP gegen mich und meine Mitarbeiter, insbesondere auch gegen den Staatssekretär v. Rohr, geführt wird, haben in steigendem Maße die Arbeit erschwert. Sie gefährden, da nicht dagegen eingeschritten wird, nachgerade die Staatsautorität. Die Duldung dieser Angriffe ist auch mit der Kameradschaftlichkeit nicht mehr zu vereinbaren, die eine der wesentlichen Grundlagen der Kabinettsbildung vom 30. Januar ds. Js. bildete. Die Anlagen geben lediglich Beispiele aus einer einzigen Zeitung wieder. (Hier nicht abgedruckt.)

Zu der einheitlichen Leitung der Wirtschaftsressorts, die vereinbart war, gehörte auch die Übernahme der beiden Preußischen Wirtschaftsministerien. Diese Vereinigung von Ämtern hatte für denjenigen, der zugleich die Wirtschafts- und Ressortverhältnisse kennt, keinen Sinn, wenn sich daraus nicht eine organische Zusammenfassung der gleichartigen Reichs- und Preußischen Geschäfte ergab. Eine solche wollte ich durch einen von mir vorgelegten Staatsvertrag herbeiführen. Zur Bewältigung dieser Aufgabe hätte ich auch einer leitenden Hilfskraft bedurft. Es ist nicht gelungen, über diese Fragen zu einer Einigung zu gelangen, während gleichzeitig größte Ressortveränderungen und Beamtenvermehrungen auf anderen Gebieten (z. B. Propagandaministerium) vorgenommen wurden. Schließlich wurde mir jedes Eingreifen in die Preußischen Ressorts durch die Schaffung eines Schwebezustandes unmöglich gemacht: seit der Bildung des jetzigen Preußischen Staatsministeriums war ich nicht Preußischer Minister, sondern blieb weiterhin „Kommissar des Reichs", auch nachdem Euere Excellenz die Grundlage dieses Reichsauftrages aufgehoben hatten.

Es wird Euerer Excellenz ohne weiteres verständlich sein, daß die Auseinandersetzung mit solchen Hemmungen in Verbindung mit der freiwillig übernommenen Arbeitslast der Leitung von vier trotz aller Bemühungen nicht organisch verbundenen Ressorts die Kraft eines Menschen stark in Anspruch nimmt. Ich habe — dies hervorzuheben scheint notwendig — dies alles ohne Einbuße von Gesundheit und Arbeitslust überstanden. Ich hätte auch die weitere Auseinandersetzung mit den aufgetretenen Schwierigkeiten nicht gescheut, wenn nicht Ereignisse eingetreten wären, die mir den Beweis dafür erbrachten, daß ich mich im Reichskabinett nicht derjenigen Unterstützung erfreue, die zu einer erfolgreichen Erledigung der Geschäfte erforderlich ist.

Ich sehe hier selbstverständlich davon ab, auf irgendwelche Einzelheiten einzugehen, die sich auf die Bestellung und Tätigkeit der deutschen Delegation für die Londoner Weltwirtschaftskonferenz beziehen. Es wird aber der Aufmerksamkeit Euerer Excellenz nicht entgangen sein, daß — offenbar aus dem Schoße der deutschen Delegation heraus — in der in- und ausländischen Presse ein von mir überreichtes Memorandum als die „Privatarbeit" des deutschen Reichswirtschaftsministers und als von der deutschen Delegation zurückgezogen bezeichnet wurde. Ich betone auch hier — auf der Grundlage des politischen Anstandes, den mir in allen politischen Kämpfen bisher im Ernste noch niemand hat absprechen können —, daß die fragliche Denkschrift mit der ausdrücklichen Zustimmung des vom Herrn Reichskanzler bezeichneten Führers der deutschen Delegation und außerdem nach *meiner* sich aus den vorangegangenen Besprechungen ergebenden Auffassung auch im Einvernehmen mit den übrigen Mitgliedern der Delegation überreicht worden ist.

Selbst wenn letzteres zweifelhaft wäre, hätte keinesfalls die erfolgte Desavouierung des deutschen Wirtschaftsministers vor dem Aus- und Inlande stattfinden dürfen. Dies um so weniger, als die Denkschrift lediglich Ausführungen enthielt, die nach Lage der Dinge sowohl dem Auslande wie dem Inlande gegenüber durchaus notwendig waren. Sie waren insbesondere dazu bestimmt, Angriffe gegen die Grundlagen der von mir getriebenen und vom Kabinett gebilligten Handelspolitik abzuwehren und auf den wirklichen Kern der Weltwirtschaftskrise, die internationale Schuldenverkettung, hinzuweisen.

Ein im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsaußenminister von mir unternommener Versuch, die Nachrichten über die Uneinigkeit in der deutschen Delegation durch ein Dementi zu widerlegen, wurde — wohl durch Zusammenwirken der Londoner Pressestelle der Delegation und der Reichspressestelle in Berlin — in Form eines Verbotes des Dementis nach Möglichkeit unterdrückt.

Meine Beschwerde über diese Vorgänge wurde in der Kabinettsitzung vom

22. ds. Mts. als unerheblich einer weiteren Erörterung und Beschlußfassung entzogen.

Mein Antrag, einen mir unterstellten, der Delegation zugeteilten Beamten, der mein Vertrauen nicht mehr besitzt, zur Disposition zu stellen, wurde in der Kabinettsitzung abgelehnt.

Die Frage, ob ich als Reichs*wirtschafts*- und Reichsernährungsminister es für angebracht halte, diesem oder jenem Teile der Welt*wirtschafts*konferenz persönlich beizuwohnen, wurde dem Ermessen des Reichsaußenministers als des vom Herrn Reichskanzler bezeichneten Führers der Delegation unterworfen.

Es ist wohl selbstverständlich, daß jemand, der auf seinen Namen und seine politische Selbstverantwortung etwas hält, in einem Kabinett nicht mehr mitwirken kann, das solche Beschlüsse gegen ihn faßt. Es ist aber auch selbstverständlich, daß nicht derjenige von den Vereinbarungen vom 30. Januar zurücktritt, gegen den solche Beschlüsse gefaßt werden, sondern diejenigen, die sie fassen.

Dies gilt umsomehr, wenn der Ausgangspunkt der Meinungsverschiedenheit eine Denkschrift ist, die lediglich Darlegungen enthält, die vom deutschen Standpunkte aus in dem Augenblick unerläßlich sind, in dem die deutsche handelspolitische Stellung soweit bedroht ist, wie zurzeit auf der Londoner Weltwirtschaftskonferenz unter der Nachwirkung der außenpolitischen Entwicklung der letzten Monate.

Zu dieser Sachlage kam endlich der Umstand hinzu, daß durch die Entschließungen der Leitung des Stahlhelm die Deutschnationalen, die stets geholfen haben, den Stahlhelm zu fördern, und bis 1929 ihm zuliebe leider auf eine eigene Jugendbewegung verzichtet haben, nunmehr von der Mitgliedschaft im Stahlhelm ausgesperrt werden sollen. Auch in den Grenzprovinzen werden hierdurch alte wertvolle Zusammenhänge willkürlich zerrissen. Ferner ist vor einigen Tagen die seit 1929 allmählich entstandene deutschnationale Jugendbewegung sowie zum Teil die deutschnationale Betriebszellen- und Mittelstandorganisation verboten und gewaltsam aufgelöst worden. Ich hatte dem Herrn Reichskanzler gegenüber die Gewähr übernommen, daß überall, wo wirklich der Nachweis eines Eindringens kommunistischer oder marxistischer Elemente in die deutschnationale Jugendbewegung geführt würde, mit schärfsten Mitteln für Abhilfe gesorgt werde. Die Bereitwilligkeit der Organisationen selbst zur sofortigen Ausschließung etwaiger ungeeigneter Elemente ergibt sich aus der mir gemeldeten Tatsache, daß in weitem Umfange die Mitgliederlisten im Orginal freiwillig an die Polizeibehörden zur Nachprüfung überreicht sind. Aber ich weiß, daß die erhobenen Vorwürfe für das Gros der deutschnationalen Jugendbewegung *nicht* zutreffen. Gegenüber den Verboten und der Art ihrer Durchführung gibt es für mich und meine Freunde trotz meiner Zugehörigkeit zur Regierung keine Abwehr. Es ist widersinnig, uns, den alten Vorkämpfern für den nationalen Staat, eine Gemeinschaft mit Kommunisten und Marxisten oder irgendeine Illoyalität gegen den von uns selbst ersehnten nationalen Staat zuzutrauen. — An meiner und meiner deutschnationalen Freunde vaterländischen Loyalität werden alle diese Vorgänge nichts ändern. Nach wie vor gehören unsere Kräfte der Nation.

Ich lege das mir am 30. Januar anvertraute Amt in Ihre Hände zurück. Was mich hierbei bewegt, möchte ich in diesem Augenblick nicht aussprechen. Aber es ist mir ein inneres Bedürfnis, Ihnen, Herr Feldmarschall, für das Vertrauen zu danken, das Sie mir während dieser Zeit stets bewiesen haben und ohne das ich die Kämpfe der letzten Monate nicht hätte auf mich nehmen können.

In dieser Gesinnung verbleibe ich
Euerer Excellenz stets
aufrichtig ergebener
gez. Hugenberg.

Berlin, den 27. Juni 1933.

An Seine Excellenz
den Herrn Reichspräsidenten
Generalfeldmarschall Beneckendorff und von Hindenburg
Neudeck

Hochzuverehrender Herr Reichspräsident!

Darf ich meinem gestrigen offiziellen Schreiben ein persönliches Wort anfügen?

Bei der Mitteilung meiner Absichten bat der Herr Reichskanzler mich zwar, im Amte zu bleiben aber die Deutschnationale Front aufzulösen, den Staatssekretär von Rohr durch einen Nationalsozialisten zu ersetzen und auf einen Teil der jetzt von mir bekleideten Ämter zu verzichten. Trotz der freundlichen Form, in der diese Vorschläge erörtert wurden, ist es klar, daß dadurch meine Lage, die ich in meinem gestrigen Schreiben geschildert habe, nur noch unhaltbarer werden würde.

Nach meiner Erklärung, daß dieser Weg mir nicht gangbar erscheine, und daß ich meine Freunde im Lande nicht im Stiche lassen könnte, meinte der Herr Reichskanzler, der Erfolg meines Austrittes würde ganz unabhängig von seinem Willen der sein, daß Tausende meiner Anhänger im Lande ihre Stellen verlören und ins Unglück kämen und daß ein Kampf auf der ganzen Linie, auch auf dem Gebiete der Presse und des Films entbrennen würde, der binnen drei Tagen entschieden sein würde.

Ich wies darauf hin, daß ich nach der bereits abgegebenen Erklärung nicht in die „Opposition" gehen wolle, daß ich deshalb nicht einsähe, weshalb eine solche Feindschaft zwischen Verbündeten wegen meines Ausscheidens notwendig sei. Entspräche dieser Rücktritt doch den unter stärksten Beschimpfungen ausgesprochenen Wünschen vieler nationalsozialistischer Organe.

Sehr verehrter Herr Reichspräsident! Ganz gleichgültig wie die von meinen Freunden geführten Verhandlungen über eine Auflösung der Partei auslaufen: mein Austritt aus der Regierung darf nicht den Vorwand zu einer Verfolgung gutgesinnter Ihnen und Ihrer Regierung ergebener Deutscher bilden. Andererseits darf mir durch solche Hinweise nicht die Freiheit genommen werden, auf meine Mitarbeit in der Regierung zu verzichten, wenn sie unter Bedingungen und in einer Lage erfolgen soll, die für mich untragbar und so, wie die Dinge z. Zt. aussehen, für das Land nutzlos sein würde. Ich glaube, diese menschliche Freiheit und die Sicherheit derjenigen, die meiner Führung bislang anvertraut sind, von Euerer Excellenz als dem Schirmherrn der gesamten nationalen Bewegung in Deutschland umsomehr erbitten zu dürfen, als unter Ihrem Segen doch eigentlich der Bund vom 30. Januar geschlossen ist. Ich *kann* auf der mir zugemuteten Grundlage nicht mitarbeiten — kann es auch als evangelischer Christ nicht.

In dieser Gesinnung verbleibe ich
Euerer Excellenz stets
aufrichtig ergebener
gez. Hugenberg

Anlage IX

Hugenbergs wirtschaftspolitische Auffassungen

Einige Stichworte aus seinen Reden und Schriften.

1. *Rede in der Nationalversammlung in Weimar am 8. 3. 1919.* („Streiflichter", Seite 169 ff.):

„Grundsätzlich stehe ich nicht an zu erklären, daß meine Partei entsprechend ihrem Programm mit jeder Art von Sozialisierung einverstanden sein würde, für die überwiegende Gründe des Gemeinwohles sprechen."

„Wir stehen also, wie es im Wahlkampfe auch die Deutsch-Demokratische und die Christliche Volkspartei (Zentrum) zu tun erklärt haben, *grundsätzlich auf dem Boden der freien Wirtschaft als der besten Nährmutter des Wohlstandes und der geistigen und sittlichen Kultur.*"

„Diejenigen, die die Werke leiten, haben fast durchweg nicht mit Geld angefangen, sondern lediglich mit ihrer Persönlichkeit, und wenn er (Reichswirtschaftsminister Wissell) meint, es sei nur ein Glückszufall, wenn es ein Arbeiter zum Unternehmer bringe, so bitte ich ihn, sich dieserhalb doch einmal im Remscheider Revier, im Bergischen Lande und anderswo etwas näher zu unterrichten. Ich habe oft darüber nachgedacht und mich schon vor mehr als 12 Jahren darüber geäußert, wie man den dringend wünschenswerten Aufstieg der Tüchtigsten unter den Arbeitern — wir brauchen sie alle, brauchen sie heute mehr denn je — fördern könne. Ich fürchte nur, daß das System des Herrn Minister Wissell (Gemeinwirtschaft) mehr *die Redner, diese gefährlichste Klasse der Menschen,* als die Organisatoren in den Vordergrund schieben würde."

„Deutsche und Angelsachsen vermochten bisher den Weg durch die Welt zu machen, weil sie gemeinsam in dem Glauben erzogen wurden, daß ein jeder seines eigenen Glückes Schmied sei. In diesen Worten liegt Kraft, Zukunft und Erfolg."

2. *Rede auf dem deutschnationalen Parteitage vom 12./13. Juli 1919.*

„Es muß wieder ein Boden geschaffen werden, auf dem der Wahnsinn verdorrt und gesunder Geist wächst."

„*Wir möchten endlich von dem Organisationsfimmel befreit sein,* der sich namentlich seit der Kriegswirtschaft wie ein Alp auf das deutsche Leben gelegt hat."

„*Das kaufmännische Ehrengericht muß ausgebaut,* im Anschluß an die Berufsorganisationen auf das ganze wirtschaftliche Leben ausgedehnt und mit weitgehenden Befugnissen versehen werden — bis zur zeitweiligen oder schließlich dauernden Aberkennung der Geschäftsfähigkeit."

3. „*Die große Lüge*", Aufsatz aus dem „Berliner Lokal-Anzeiger" vom *2. 8. 1925.*

„In der normalen Wirtschaft quillt aus allen diesen Betrieben das neu erzeugte Betriebskapital heraus, und das Volk wird reicher. Im heutigen Deutschland muß, wenn die Betriebe nicht wieder rentabel werden, das Betriebskapital schließlich ganz versiegen. Je knapper es wird, umso weniger Menschen können arbeiten, und umso mehr Betriebe brechen zusammen und machen zu. Also, umso mehr Arbeiter müssen feiern."

„Schon kracht es überall im deutschen Wirtschaftsleben. Trotzdem wütet der Wahnsinn weiter. Es handelt sich heute darum, ob der Zusammenbruch ein vollständiger werden soll . . ., oder ob im letzten Augenblick die Notgerüste gezimmert werden sollen, die den Zusammenbruch der Betriebe und damit die ungeheuerste und nicht wieder gutzumachende Arbeitslosigkeit wirklich verhindern."

4. „*Der springende Punkt*“ (Ein damals nicht veröffentlichter Aufsatz aus dem Jahre *1925*. Vgl. „Streiflichter“ S. 51 ff.).

„Auch für das Wirtschaftsleben bedeutet die Ablehnung des Sozialismus keine schrankenlose Entfaltung jedes einzelnen. Der deutsche Staat steht auch in unseren Gedanken über der Wirtschaft. Aber nicht als ihr Leiter, sondern als ihr Gewissen und ihr Richter.“

5. „*Das Rathaus*“ (Aufsatz aus dem Jahre *1927*. Vgl. „Streiflichter“ S. 1 ff.).

„Die Grundfragen des aus der Tiefe zum Lichte wieder emporstrebenden Volkes knüpfen sich naturgemäß an seine größten Güter, an Arbeitskraft und Landwirtschaft.“

„*Das Interesse an einer starken — einer baumstarken Landwirtschaft,* die, selbst durch einen Hauch industriellen Geistes belebt und in ihrer Leistungsfähigkeit gesteigert, mit ihr fühlen kann, *ist das Lebensinteresse der Industrie* ... Wenn die ländlichen Arbeiterhäuser — statt, wie es heute schon vielfach auf den Gütern anfängt, leerzustehen, im großen Maße vermehrt werden müssen, wenn gleichzeitig, nach Wiederherstellung natürlicher und gesunder Zustände auf dem Baumarkte (Beseitigung der Zwangswirtschaft und Reform der Baugeldbeschaffung) die von der Schildbürgerpolitik der heutigen Bürokraten wieder befreite innere Kolonisation aufs neue in dem erwünschten Umfange einsetzen kann, welche Absatzmöglichkeiten bieten sich damit für die deutsche Industrie! ... Wenn in der Industrie nicht eine Politik der Hungerlöhne, sondern des allmählichen Wiederaufstiegs der deutschen arbeitenden Menschheit betrieben werden soll — wenn dann in den ländlichen Arbeiterhäusern sich, wie in den industriellen Gebieten, ein steigender Verbrauch auch an industriellen Erzeugnissen entwickelt und wenn dies, wie es unausbleiblich ist, auch auf die Bauernhäuser übergreift —, welcher große neue ‚Weltmarkt‘ erschließt sich dann für die Industrie!“

6. „*Bauernschicksal — Volksschicksal*“, „München-Augsburger Abendzeitung“ vom *21. 9. 1927*.

„Das deutsche Bürgertum steckt den Kopf in den Sand und will die Gewitterwolken am Himmel nicht sehen. Man will Geschäfte machen und die Sorgen los sein.“

„*Es deutet alles darauf hin, daß wir nichtsehenwollenden Auges in neues Unheil hineinrennen* — ganz wie vor dem Kriege und während des Krieges — und mit dem Leichtsinn des Verblendeten unser Elend voll machen. Die ‚Schuld‘ wird wegen seiner Faulheit dann wieder das Bürgertum tragen.

Zu denjenigen ‚großen Aufgaben‘, die wir lösen könnten, wenn wir wollten, ..., gehört die Rettung des schwer gefährdeten deutschen Bauernstandes und damit unserer Wirtschafts- und Kulturgrundlage überhaupt und damit der großen Masse unserer Arbeiterschaft, die von dieser Lebensgefahr, in der sie schwebt, und von ihren wirklichen Ursachen nichts hören und sehen will.“

7. „*Land — Wirtschaft.*“ „Der Tag“ vom *27. 1. 1928*.

„Es handelt sich um die deutsche Landwirtschaft, d. h.: es handelt sich um unser deutsches Land und um unsere deutsche Wirtschaft.

Auf dem inneren Markte, der durch deutsche Erfindungsgabe und Arbeitskraft heute um das vielfache wichtiger ist als vor dem Kriege, beruht für die nächsten Jahrzehnte die Hoffnung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Arbeiters in Stadt und Land. *Oder wollen und können wir etwa ein westelbisch-berlinisches Belgien werden, das den gesamten deutschen Osten preisgibt?*“

8. Vortrag vor dem Arbeitsausschuß deutschnationaler Industrieller in Berlin über „*Verfassung und Wirtschaft*“, am *7. 2. 1928*.

„Die entscheidende Frage ist die der Rentabilität der Landwirtschaft. Ich ver-

folge diesen Gedanken ganz besonders, weil mir daran liegt, gerade in den Kreisen der Industrie und des Gewerbes dahin zu wirken, daß diese großen Berufsstände zusammenkommen."

„Ich bin persönlich überzeugt, daß wir die Verfassung ändern müssen, *sonst führt der Weg zur Verzweiflung, und für Verzweiflung bin ich nicht.*"

9. *„Zwei Gesichter deutscher Handelspolitik"*, „Der Tag" vom *26. 2. 1928.*

„Das Gespenst einer schwarzen Zukunft der Wirtschaft steht heute schon deutlich vor den Augen der wirklich sehenden Menschen im Lande."

„Unsere Handelspolitik muß ein gesetzliches Doppelgesicht tragen: *Das Gesicht des Hausvaters* auf der einen Seite, der den Grundstock der vaterländischen Wirtschaft vor den sinnlosen Verwüstungen fremder Wirtschaftskräfte schützt, *und das Gesicht des Händlers* auf der andern Seite, der sich bemüht, im Wege des Handelns über Handelsverträge und Meistbegünstigung für diejenigen Teile der Wirtschaft, die im Weltverkehr stehen, die denkbar günstigsten Entwicklungsbedingungen zu schaffen."

10. *„Rettung der Landwirtschaft"*, Rede vor dem landwirtschaftlichen Reichsausschuß der DNVP am *10. 11. 1928.*

„Ganze Provinzen sterben wirtschaftlich ab, wenn der deutsche Bauer nicht wieder gesundet ... Sein Sterben ist gleichbedeutend damit, daß die übrige Wirtschaft folgen muß."
„Drei große Fragen müssen vor allem gelöst werden.
1. Frage des deutschen Realzinsfußes.
2. Frage der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, und
3. Frage des handelspolitischen Schutzes und damit der Rentabilität der Landwirtschaft."

11. *„Die Kraft des Mittelstandes"*, Rede vom *14. 2. 1929* in Berlin.

„Ein breiter, starker Mittelstand aller Schattierungen und Berufe bildete den Angelpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung, den Quell gewaltiger Ströme des Wohlstandes und der Kapitalbildung. Aus ihm stiegen immer neue staatserhaltende Kräfte hervor."

„Aber das eine muß die neue, aufsteigende Zeit, für die wir Deutschnationale kämpfen, mit der alten gemein haben: einen starken, gesunden Mittelstand, der den *Kern des Staates* bildet."

12. Rede in Frankfurt am Main am *7. 4. 1932* über die *„Neuordnung der Wirtschaft"*.

„Ich habe schon 1925 angedeutet, wie wir die schwach werdenden Teile der deutschen Wirtschaft auffangen und in den Neubau unserer Wirtschaft einfügen können. *Die Grundlage können immer nur die unzähligen, wieder freigemachten mittelständischen und bäuerlichen Existenzen sein, zu denen auch die aus dem Proletarierbewußtsein herausgehobene Arbeiterschaft gehört ...* Damit rettet man Arbeitstätten und damit deutsche Menschen."

13. Rede in Uelzen am *8. 7. 1932* über *„Der Kampf um die deutsche Scholle"*.

„Im Anfange der wirtschaftlichen Entwicklung war die Landwirtschaft. Sie ist das A und O des wirtschaftspolitischen ABC. Bevor die Landwirtschaft nicht gesundet, wird nichts gesund. Wenn sie nicht gesundet, stirbt Deutschland. Ihre Gesundung ist eigentlich eine leichte, einfache, selbstverständliche Sache. Aber nur wenn man will und die Welt mit gesundem Menschenverstande sieht."
„Das erste Erfordernis ist die Wiederherstellung der finanziellen Lebensfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe. Seit Jahren liegen unsere Vorschläge hierüber vor aller Augen."

„Unser Binnenmarkt muß wieder in Ordnung gebracht werden, ebenso der Binnenmarkt aller anderen Völker, bei denen er zerrüttet ist. Dann kommt der stockende Weltverkehr alsbald wieder in Ordnung. Wie zwischen zwei Funktürmen kein Funkverkehr möglich ist, wenn ihre Maschinerie nicht in Ordnung ist, so gibt es Weltverkehr nur zwischen starken, geordneten Binnenmärkten."

„Wir wollen einen freien Bauern, der seine Scholle als den Thron betrachtet, den Gott ihm zur Verwaltung anvertraut hat."
„Wir wollen freie Wirtschaft, aber d. h. nicht, daß jeder einzelne tut, was er will, daß der Bauer, der Industrielle, der Handwerker usw. sich rücksichtslos im Kampfe aller gegen alle gegenüberstehen. Das war die vergangene Freiheit des Liberalismus. Unsere Freiheit ist eine konservative Freiheit, die eines jeden Menschen Kraft entfesselt, ohne ihm das unnatürliche Recht des Totschlags aller anderen zu geben."

„Nicht Sozialismus, sondern Wirtschaftsfreiheit. Aber die Seele der wirtschaftenden Menschen muß eine andere sein als zur Zeit des Liberalismus."

14. Rede in Bremen am *9. 7. 1932* über *„Autarkie"*.

„‚Autarkie' als handelspolitisches System ist *ein Unsinn*, wenn man dies Wort im Sinne seiner eigentlichen Bedeutung auslegt: ein autarkischer Staat hat keinen Handelsverkehr mit anderen Staaten."

„Vergletschern die Binnenmärkte, so hört auch der Weltverkehr auf. Eine Exportpolitik, die den Binnenmarkt schädigt, schädigt auch den Export. Eine richtige Wirtschaftspolitik ist ohne weiteres auch exportfördernd."

„Der Bedarf an Kolonialwaren, Baumwolle, Erzen usw. steigt entsprechend der Stärkung der inneren Wirtschaft. Was so an Ware gekauft wird, kann nur mit Ware bezahlt werden. Das ergibt Ausfuhr."
„Wenn wir 1925 oder bald nachher die ungeheuren Entwicklungsmöglichkeiten auf dem deutschen inneren Markt schnell und scharf ausgenutzt hätten, so wären wir mit der Umstellung unserer Wirtschaft schon ungefähr fertig gewesen, als die sogenannte *Weltwirtschaftskrise* kam. Dann wäre Deutschland das Land geworden, das von der eigentlichen Weltwirtschaftskrise vorwiegend Vorteile in Gestalt billiger Rohstoffpreise gehabt hätte. Eine unseren Vorschlägen entsprechende auswärtige und Tributpolitik hätte hinzutreten müssen. Dann wäre auch die Weltwirtschaftskrise nur halb so schlimm geworden und Deutschland hätte sozusagen die Hälfte der Kriegsfolgen schon überwunden."

„Der deutsche Export- und Importhandel aber wäre gleichfalls sanft über die Krise hinweggehoben worden, die ihn jetzt so furchtbar gefaßt hat. Deutschland hätte heute einen starken inneren Markt, wenig Arbeitslosigkeit, sehr viel mehr Kaufkraft und deshalb einen viel stärkeren Warenaustausch mit dem Auslande."

Anlage X

„Die Soziale Frage in Deutschland"

von Dr. A. Hugenberg

(Scherl-Verlag, Berlin 1932)

1. Sozialpolitik und Schuldenregelung.

„Es ist jetzt Zeit, an einen großen weltgeschichtlichen Akt wirklich heranzutreten, von dem schon oft gesprochen wurde: die *Wiederversöhnung von Kapital und Arbeit* nach einem mehr als sechzigjährigen, in England mehr als hundertjährigen Kriege — die Entproletarisierung des Arbeiters — seine seelische Eingliederung in die Volksgemeinschaft deutscher Bürger."

„*Wir brauchen Frieden.*"

„Es besteht kein Interessengegensatz zwischen Wirtschaft und Kapital auf der einen und Sozialpolitik oder Arbeit auf der anderen Seite. Denn wenn jene menschliche Kraft des Wissens, Geistes und Muskels unser größtes Wirtschafts- und Lebensgut ist, so ist eine schonsame Pflege dieses Gutes selbstverständliche Notwendigkeit. Wir wollen uns auswirken und schaffen — aber wir wollen auch gesund und lebensfroh bleiben, das ist eine gottgegebene Ergänzung."

„Die größte soziale Sünde der Glanzzeit Deutschlands war der Aufbau der Großstädte ... *Wo keine Bäume mehr sind, da hat der Deutsche keine Heimat mehr.*"

„Was das Volk zu einem Ganzen macht, soll nicht nur die gemeinsame Sprache sein, sondern die in Familie, Schule, Jugendbund, Berufsgemeinschaft, Heer und Arbeit auch den Ärmsten erfassende Gemeinsamkeit der Geschichte, der vaterländischen Denkmäler, der Schönheiten des Landes, der Großtaten der heimischen Technik usw. — das alles soll nicht Sache einer Kaste, einer Klasse, sondern bewußt und stolz gehüteter und hochgehaltener Gemeinbesitz des Volkes sein."

„Würde es etwas so Ungeheuerliches sein, wenn in irgendeiner Form das gesamte Volk — also das Reich — der „*Klasse der Eltern*" jährlich für jedes Kind unter 14 Jahren 100 oder gar 200 RM zahlte? Dies Geld wäre besser angelegt als alle Mehrausgaben seit 1914, die dem Reiche, den Ländern und den Gemeinden aufgebürdet sind. Es flösse sofort in den Kreislauf der Volkswirtschaft zurück. Es würde den Kinderreichtum wieder erleichtern. Wir wollen nicht aussterben! Daß unsere Kinder leben und gesunde, würdige Nachkommen ihrer Vorväter werden, ist unsere größte sozialpolitische Aufgabe."

„*Wir denken nicht daran, den Arbeiter und Angestellten der Willkür unsozialer Unternehmer preiszugeben.* Aber es wird Zeit, zu begreifen, daß auch in der Wirtschaft Friede die Nährmutter des Glückes und daß Kampf nicht Selbstzweck ist."

„*Wir kämpfen nicht gegen das Wesen oder das Wort Gewerkschaften.* Aber allerdings müssen wir auf das heftigste gegen das kämpfen, was der Geist der Zeit, d. h. der Marxismus, in den letzten Jahrzehnten aus den Gewerkschaften gemacht hat."

„*Nicht Abbau der Sozialversicherung ist unsere Parole, sondern deren Rettung und Erhaltung durch eine Reform an Haupt und Gliedern.*"

„Derjenige, der seine Arbeitskraft zu Markte trägt und keinen anderen Rückhalt besitzt, muß in Not und Alter gesichert sein."

„*Wir möchten, daß jeder Arbeiter im Mannesalter zum Eigentümer wird.*"

„Wir haben in der ganzen Welt gewisse Dinge vor dem Kriege noch nicht gewußt. Die meisten wissen auch heute noch nichts davon, weil es erst in die

Köpfe hineingehämmert sein will. Das zwischen den Staaten vagabundierende zuchtlose Kapital hat die Neigung, alles in Unordnung zu bringen. Es ist nicht auf Gütererzeugung, sondern auf Geldgewinn abgestellt. Es übersieht die Folgen seines Tuns oft nicht. Es ist bemüht, internationale Schuld- und Abhängigkeitsverhältnisse aufzubauen. Das ist eine falsche Anwendung der englischen Kolonialmethode auf Völker, die zur Freiheit und aktiven Mitarbeit an der Entwicklung der Welt geboren sind. Diese Völker heben sich gegenseitig in ihrem Lebensstande, in Erzeugung und Verkehr. Wird eines von ihnen ausgeschaltet oder herabgedrückt, so sinkt der Lebensstand aller hochentwickelten, miteinander im Warenaustausch stehenden Völker."

„Das ist der Grund — nicht ein Interesse am „Kapital", — weshalb ich mir seit langem Mühe gebe, unseren deutschen Menschen die *Notwendigkeit einer Schuldenregelung* begreiflich zu machen, und zwar aus deutscher Initiative heraus. Ich tue es inbesondere seit dem Augenblick, wo unser Kampf gegen den unsinnigen Young-Plan ... als berechtigt anerkannt wurde. *Der deutsche Arbeiter — ja, der Arbeiter der ganzen Welt — muß verlangen, daß diese Aufgabe schleunigst gelöst wird,* ja, daß sie vor allen anderen Aufgaben gelöst wird. Denn alles andere hat sonst keinen Zweck und wird erfolglos sein."

„Es (das Kapital) ist dienendes Glied und nicht Selbstherrscher. Es hat Verantwortlichkeiten, die der Ordnung und Klärung bedürfen. *Seine Verwalter, die Kapitalisten und Unternehmer, sollen, wie ich schon 1925 gefordert habe, Berufs-Ehrengerichten unterworfen sein.* Deren Zuständigkeit soll so weit gehen, daß äußersten Falles dem Schuldigen die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit abgesprochen werden kann."

„Nicht anonyme Spekulanten sollen die Träger der wirtschaftlichen Macht sein, sondern entweder Einzelpersonen und Familien, die mit Namen und Person für das einstehen, was sie tun, oder Gruppen und Verbände, die man kennt und deren Führer die Verantwortung tragen."

„Daß man mit Staatszuschüssen und Versicherungen des ungeheuren Unglücks einer großen Arbeitslosigkeit nicht Herr werden kann, wissen wir nun aus Erfahrung. Aber womit denn? *Wer soll die Last der Arbeitslosigkeit tragen? Nun einfach: die Zeiten der Hochkonjunktur.* Die Zeiten der Hochkonjunktur sind schwer mit den Opfern zur Überwindung der nächsten Arbeitslosigkeit zu belasten."

„Drosselung neuer Produktivanlagen und Konzentration aller Kräfte auf die Befriedigung des Konsumbedarfes in der Zeit der Konjunktur und andererseits Ermutigung und Erleichterung von Neuanlagen und Ersatzbauten in der Zeit des Niederganges: das ist ein wesentliches Interesse gerade der Arbeiter und Angestellten. Steuerliche und kreditpolitische Verteuerung unzeitgemäßer Investitionen ist ein Mittel zur Reform, das scharf und zielbewußt zu handhaben wäre. Aber das müßte z. B. auch der deutschen *Reichsbahn* gegenüber geschehen, die noch immer nicht begriffen hat, daß es für sie das Billigste und für die deutsche Wirtschaft ein absolutes Erfordernis ist, daß *ihre großen Bestellungen in der Zeit der Depression vergeben werden müssen* statt in der Zeit der Konjunktur."

„Schuldenregelung ist im großen Zusammenhange der Dinge der erste Schritt zur Beseitigung der deutschen Arbeitslosigkeit. Ist dieser Schritt getan, so wird sich auf der Grundlage einer richtigen Handelspolitik ein Zusammenschmelzen der furchtbaren deutschen Reservearmee der Arbeitslosen ziemlich schnell vollziehen."

„Arbeiter und Angestellte an die Front! Wenn irgendwelche Kräfte Deutschland retten können, so sind es die nationalen Arbeiter und Angestellten."

2. Leitsätze vom Februar 1930
„Über den Schutz und die Pflege der deutschen Arbeit."

„Der größte Schatz, über den Deutschland verfügt, ist seine Arbeitskraft im weitesten Sinne des Wortes. Die Pflege dieses größten Schatzes ist die höchste Aufgabe deutscher Staatskunst."

„Die beste Gewähr für die leibliche und seelische Gesundheit des Volkes liegt in der Erhaltung der Familie."

„Das eigene Haus und Heim, der eigene Hof und Garten ist für die Masse der deutschen Menschen das erste, elementarste und natürlichste Ziel von Arbeit und Aufstieg."

„Der planmäßige Aufbau von Eigentum für die besitzlosen, entwurzelten Arbeiterfamilien ist wichtigste sozialpolitische Zukunftaufgabe. Die Schaffung, Erhaltung und Mehrung des kleinen Eigentums in Stadt und Land und der *Schutz der kleinen Eigenunternehmung* ist eine Voraussetzung der Gesunderhaltung der deutschen Arbeitskraft. *Es ist zugleich die beste Aufstiegsmöglichkeit der Arbeiterschaft."*

„Der Nahrungsspielraum und Lebensraum für die Masse des Volkes ist der leitende Gesichtspunkt für jeden, der wirklich Staatsmann sein will — es darf nicht über dem materiellen Fortbetrieb der Wirtschaft das Dasein der lebendigen Menschenmassen vergessen werden — *wer sein Volk führen will, muß die Massen seines Volkes lieben,* auf deren Nahrungsspielraum und Entwicklung die Zukunft aller beruht."

„Der arbeitende Mensch hat Anspruch auf eine Sicherstellung im Alter und bei dauernder Arbeitsunfähigkeit. Dies Ziel muß in erster Linie durch Anregung des Spar- und Eigentumssinns des einzelnen, nicht aber unter Abtötung dieses wichtigsten Hebels wirtschaftlichen Aufstiegs angestrebt werden."

„Es ist eine alte und nie aufhörende Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, daß seine Bürger in der Wirtschaft Arbeit und damit Brot finden."

„Der Kampf um die Wiedergewinnung unserer wirtschaftlichen Freiheit, der zugleich ein sozialer Kampf ist, erfordert *planvolle Maßnahmen zur Kapitalbildung.* An diesem wirtschaftlichen Befreiungskampf müssen alle Glieder unseres Volkes, durch Sparen für den eigenen Besitz, beteiligt werden. *In wachsendem Sparkapital muß auch der letzte Arbeiter das zweckvolle Ergebnis der eigenen Arbeit und des eigenen Fleißes sehen.* Die Kapitalbildung darf nicht auf Kosten einer Verarmung der breiten Masse des Volkes erfolgen."

„Die Anerkennung der Gleichberechtigung von Unternehmer und Arbeiter und ihre geistige Umstellung auf den Gedanken, daß sie beide verantwortliche Diener eines höheren Gemeinschaftszweckes sind, ist die selbstverständliche Voraussetzung dieser Entwicklung."

Zeittafel

15. 11. 1923	Ende der Inflation durch Helfferichs Rentenmark.
29. 8. 1924	Annahme des Dawes-Planes im Reichstag. (Provisorische Regelung des Reparationsproblems).
26. 4. 1925	Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten.
20. 5. 1928	Reichstagswahlen. Starker Rückgang der DNVP: 78 Mandate gegenüber 110 bei den letzten Reichstagswahlen vom 7. 12. 1924. NSDAP 12 Reichstagssitze.
28. 6. 1928	Regierungsantritt der Großen Koalition (SPD-DVP) unter dem Reichskanzler Hermann Müller.
20. 10. 1928	Wahl Hugenbergs zum Vorsitzenden der DNVP.
11. 2.—7. 6. 1929	Beratungen des Sachverständigen-Ausschusses in Paris unter dem Vorsitz des Amerikaners Owen Young über eine vollständige und endgültige Regelung des Reparationsproblems.
5. 3. 1929	Brief Hugenbergs an 3000 hervorragende Männer der Vereinigten Staaten von Amerika betr. Regelung der Reparationsfrage nach Vernunft und Gerechtigkeit zur endlichen Befriedung Europas und damit der Welt.
9. 4. 1929	Veröffentlichung des Verfassungsreformplanes Hugenbergs und seiner Vorschläge zur Rettung der Landwirtschaft.
6.—31. 8. 1929	Erste Haager Konferenz über den Young-Plan.
16.—29. 10. 1929	Eintragungsfrist zum Volksbegehren gegen den Young-Plan. 4,14 Millionen Wähler (= 10,02 % der Stimmberechtigten) tragen sich ein.
22. 12. 1929	Volksentscheid über den Young-Plan. Rund 6 Millionen Wähler stimmen gegen die Annahme des Young-Planes.
3.—20. 1. 1930	Zweite Haager Konferenz über den Young-Plan mit weiteren Verschlechterungen für Deutschland.
11. 2. 1930	Letzte Warnung Hugenbergs im Reichstage vor den Folgen des Young-Planes.
12. 3. 1930	Annahme des Young-Planes im Reichstag.
27. 3. 1930	Rücktritt der Regierung Hermann Müller.
30. 3. 1930	Ernennung Dr. Brünings zum Reichskanzler.
1. 6. 1930	Hugenbergs Vorschlag zur Erhebung einer Reparationsabgabe auf die Einfuhr ausländischer Waren zwecks Erleichterung der Tributlasten.
18. 7. 1930	Auflösung des Reichstages.
14. 9. 1930	Reichstagswahlen. Die Nationalsozialisten gewinnen unter dem Einfluß der wachsenden Wirtschaftsnot 107 Mandate (bisher 12) und die Kommunisten 77 (bisher 54) Mandate.
22. 12. 1930	Hugenbergs Gesetzentwurf zur Entschuldung der Landwirtschaft.

27. 1. 1931 „Zurück zur Helfferich-Mark!" Hugenberg schlägt die Schaffung eines inländischen Zahlungsmittels vor, um die Gefahren der Deflation zu bannen, die infolge der Zurückziehung der ausländischen Kredite das deutsche Wirtschaftsleben tödlich bedroht.

20. 6. 1931 Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika verkündet ein Reparationsfeierjahr.

13. 7. 1931 Finanzieller Zusammenbruch Deutschlands. Schließung der Banken und Börsen. 4½ Millionen gemeldete Arbeitslose!

11. 10. 1931 Die Harzburger Tagung. Die geplante Sammlung der rechtsstehenden Parteien und Verbände zur Vorbereitung der Reichspräsidentenwahl scheitert.

13. 3. 1932 Erster Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl. Keiner der aufgestellten Kandidaten erhält die absolute Mehrheit.

10. 4. 1932 Zweiter Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl. Hindenburg mit 19,36 Millionen Stimmen wiedergewählt. Hitler erhält 13,42 und Thälmann 3,71 Millionen Stimmen.

30. 5. 1932 Rücktritt der Regierung Brüning.

1. 6. 1932 Ernennung des Präsidialkabinetts v. Papen.

31. 7. 1932 Reichstagswahlen. Die Nationalsozialisten erobern mit 230 Mandaten fast 40 % der Reichstagssitze.

13. 8. 1932 Der Reichspräsident bietet Hitler den Posten des Vizekanzlers und 3 weitere Sitze im Kabinett an. Hitler fordert dagegen die politische Führung des Deutschen Reiches. Der Reichspräsident lehnt die Auslieferung der Staatsmacht an die NSDAP ab.

6. 11. 1932 Neuwahlen zum Reichstag. Die Nationalsozialisten verlieren über 2 Millionen Stimmen.

17. 11. 1932 Rücktritt des Kabinetts v. Papen.

4. 12. 1932 Ernennung des Generals v. Schleicher zum Reichskanzler.

30. 1. 1933 Einsetzung der Regierung Hitler. v. Papen Vizekanzler, Hugenberg Wirtschafts- und Ernährungsminister. 3 nationalsozialistische und 8 nichtnationalsozialistische Kabinettsmitglieder.

28. 2. 1933 Reichstagsbrand-Erlaß. Aufhebung der bürgerlichen Grundrechte.

5. 3. 1933 Reichstagswahlen.

23. 3. 1933 Annahme des Ermächtigungsgesetzes.

12.6.—27.7. 1933 Londoner Weltwirtschaftskonferenz.

26. 6. 1933 Rücktritt Hugenbergs.

Missionsdruckerei Breklum DE 60 29 | 200 | 5. 49 Kl. C Serial No. V/13